

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Interlons-Gebühr

Befragt für die sechsgehaltene Annoncen- oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Moskauer „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Eine Militär-Revolution.

Belgrad, 11. Juni. Eine an den Straßen angeschlagene Proklamation teilt mit: Heute nacht sind König Alexander und Königin Draga erschossen worden. Eine neue Regierung ist gebildet, die Verfassung vom 6. April 1901 wieder in Kraft gesetzt, die Volksvertretung wird auf den 15. Juni einberufen. Es folgen die Unterschriften der neuen Minister. Das Ereignis ist vom Heere ausgeführt. Außer dem Königspaar sind der Ministerpräsident, Generaladjutant Petrowitsch und der frühere Kriegsminister Pawlowitsch erschossen. Das Ereignis wurde ruhig aufgenommen. Die Leichen des Königspaares sind im Konak geborgen. Das Ereignis hat sich zwischen halb 11 Uhr und 2 Uhr nachts abgespielt.

Semlin, 11. Juni. Heute nacht zog ein Trupp Offiziere zum Königspalais. In Vereinbarung mit dem radikalen Führer Ljuba Jivkowsch forderten die Offiziere den König Alexander auf, zu Gunsten des Präidenten Karageorgewitsch auf den Thron Verzicht zu leisten, was der König verweigerte. König Alexander erschoss hierauf den Obersten Raumowitsch, der ihm die Abdankungsurkunde unterbreiten wollte. Die Offiziere ließen nun den Kriegsminister und den Minister des Innern holen und erschossen das Königspaar, den Adjutanten Lazar Petrowitsch und mehrere königstreue Offiziere unter Hochrufen auf Karageorgewitsch, der in Semlin sein soll. Das Ereignis vollzog sich zwischen 2 und 3 Uhr nachts. Die Situation ist vollständig ungeklärt. Militär durchzieht die Straßen.

Semlin, 11. Juni. Sämtliche Geschwister der Königin, Ministerpräsident Jinar Markowitsch, Adjutant Lazar Petrowitsch und der frühere Kriegsminister Pawlowitsch sind ermordet. Der seitliche Polizeipräsident Waskitschmanin wird vermisst. Oberstleutnant Wischitsch vom 6. Infanterie-Regiment führte das Militär an und ermordete eigenhändig die Königin. König Alexander wurde erschossen, ebenso der Minister, während die Königin Draga, die sich zuerst verwehrt hatte, und ihre Geschwister mit der Gabel erschlagen wurden. Nur die Königin war sofort tot, König Alexander lebte noch etwa fünf Minuten, die andern sogar noch etwas länger. Wischitsch war als sehr tüchtiger Offizier bekannt, er absolvierte mit Auszeichnung die Petersburger Kriegsakademie. Das Militär hat die seitlichen Königsabzeichen von den Uniformen entfernt. Die überlebenden Mitglieder des seitlichen Kabinetts wurden verhaftet. Die Straßen sind festlich geschmückt. Die Leichen des Königspaares liegen in einem Hinterzimmer des Konaks, die andern Leichen alle im Spital. Am Sonntag soll das feierliche Leichenbegängnis sein. Man sagt, Awokomowitsch sei Ministerpräsident ohne Portfeuille, Ljuba Jivkowsch Justizminister, Wischitsch, der die Mörder angeführt, Kriegsminister. Alle Geschäfte in Belgrad sind geschlossen. Für heute abend ist eine festliche Straßenbeleuchtung geplant. Viele Gruppen durchziehen die Straßen mit Hochrufen auf Karageorgewitsch. In Belgrad herrscht ungeheurer Jubel.

Belgrad, 11. Juni, 7 Uhr 20 Min. früh. Heute erschien folgende Proklamation: „An das serbische Volk! Heute nacht sind König Alexander und Königin Draga erschossen worden. In diesem ersten und schicksalsschweren Augenblick haben sich die Freunde unsres Vaterlandes und unsres Volkes geeinigt und eine neue Regierung gebildet. Zudem die Regierung die dem serbischen Volk bekannt gibt, ist sie überzeugt, daß sich das serbische Volk um sie scharen und ihr verhelfen werde, daß im Lande überall die Ordnung und Rechtssicherheit ansrechterhalten bleibe. Die Regierung verlaunt hiermit, daß vom heutigen Tage die Verfassung vom 6. April 1901 mit allen Befehlen, die bis zum 25. März d. J. alten Stils in Geltung waren, in Kraft tritt. Die mit der Proklamation vom 24. März alten Stils aufgeschlossene nationale Volksvertretung wird für den 2. Juni alten Stils, das ist der 15. Juni neuen Stils, nach Belgrad einberufen.“

Es folgen die Unterschriften der neuen Minister. Es sind dies Jowan Awokomowitsch, Ministerpräsident ohne Portfeuille, Ljubomir Kaljewitsch, Minister des Aeußern, Stojan Protitsch, Minister des Innern, Georg Gentschitsch, Handelsminister, General Jowan Atanaszowitsch, Kriegsminister, Dr. Wajslaw Belkowschitsch, Finanzminister, Oberst Alexander Waskin, Minister für Bauten, Professor Ljubomir Stojanowitsch, Kultusminister und Ljubomir Schinkowitsch, Justizminister. Das heutige Ereignis wurde vom Heere ausgeführt.

Belgrad, 11. Juni. Heute vormittag spielten die Militärlapellen auf den öffentlichen Plätzen der Stadt. Viele Häuser sind beslaggt, nirgends ist jedoch eine Trauerfahne sichtbar. (Aus Telegrammen.)

So läßt die Armee Throne krachen! In einer scheußlichen Mehelei ist das „angefamnte“ Fürstenthum Serbiens auf einmal ausgerottet worden, samt aller Verwandtschaft, die erreichbar war. Serbien hat eine neue Dynastie. Die Armee jubelt. Die Militärlapellen spielen. Die Häuser werden beslaggt. Die Patrioten illuminieren! Es ist wie eine rasende Götterdämmerung des Monarchismus und des Militarismus! Die Armee, die treueste Hüterin der Throne, manüelt den obersten Kriegsherrn und alles, was ihm anhing. Und

die treuen Unterthanen fallen sich in die Arme vor Mürung über den schönen Mord. Man wird an die byzantinischen Zeiten erinnert, da es der Veruf der Kaiser war, auf solche Weise zu enden. Vor 1000 Jahren, am 11. Juni 1003, wurde das Haus Obrenowitsch niedergemetzelt — so klingt die Nachricht, die der Telegraph meldet. Was wollen die revolutionären Hinrichtungen hochverrätherischer Fürsten besagen gegenüber dieser wildesten Schlächtere von Frauen durch die allgetreueste Armee. Das Heer verzieht kein Handwerk. Es giebt keinen Pardon — auch wenn es dem eignen König gilt!

Und seltsam! So oft ein Wahnsinniger oder ein Fanatiker in den letzten Jahrzehnten ein Staatsoberhaupt tötete — immer gestellte ein Schrei der Rache durch die Welt der herrschenden Klassen. Man veranstaltete Treibjagen wider einen sagenhaften Anarchismus oder versuchte es gar mit Umsturzgehehen gegen die Socialdemokratie. Man erfand weitverzweigte Verschwörungen und eine fürchterliche revolutionäre „Interne“. Endlich haben wir es einmal mit einer wirklichen Verschwörung zu thun, wie sie kein Kolportageromancier blutiger zu erfinden vermöchte: Eine wahre „Königsschlacht“, in der Scepter und Purpurmantel durch Blut geschleift wird. Wo sind jetzt die Mufe nach Ausnahmegehehen wider die Armeen, wider den Militarismus, der vor dem Grausigsten nicht zurückschreckt, der hunnisch selbst die eignen Könige mordet und wehrlose Weiber? Nichts von solchen Verallgemeinerungen, nichts von solchen Ruyanswendungen. Man begnügt sich, von asiatischen Sitten zu reden. Ja, man findet den unangenehmen Zwischenfall eigentlich menschlich ganz begreiflich. Da liegt man in einem konservativ-antidemokratischen Blatte:

„In der serbischen Armee, die zu den Betten König Milans und auch in den ersten Jahren der Regierung seines Sohnes Alexander die feste Stütze, ja den einzigen Halt der Dynastie Obrenowitsch bildete, trat seit der unglückseligen Heirat des Königs Sascha mit der Witwe Draga Waskin ein radikaler Umschwung der Gemüthung ein. Im serbischen Offiziercorps herrschte seitdem ein tiefer Groll, eine heftige Erbitterung gegen das Königspaar, das allerdings ein seltenes Geschick darin zeigte, sich selbst zum Spottbild fürstlicher Würde zu degradieren. König Sascha, schon als Jüngling ein trauriger Wismasch körperlicher Verkümmern, geistiger Entartung und sittlicher Verwilderung, war durch die Ehe mit der bedeutend älteren, intriganten und schleichst beleumundeten Draga ein willenloser Spielball der ehrgeizigen und herrschsüchtigen Frau geworden. Die Erbitterung im Offiziercorps wurde durch das strupellose Gebaren der Königin genährt, mit dem sie es versuchte, ihrer Familie fürstlichen Rang und fürstliche Ehren, ja die Thronfolge selbst zu verschaffen. Da für ihre Ehe eine Leibeserbschaft ausgeschlossen war, setzte die Königin alle Hebel in Bewegung, ihren jüngeren Bruder, den Lieutenant Dunjewitsch in der serbischen Armee, zum Thronfolger einzusetzen. Dieses Intrigenspiel, dem König Alexander zu wenig Widerstand entgegensetzte, hat die Dynastie Obrenowitsch mit der grausigen Ermordung seines letzten Sprosses bühnen müssen. Mit dem Königspaar sind auch drei Mitglieder des Ministeriums dem Staatsreich zum blutigen Opfer gefallen.“

Ja, wenn es entschuldbar ist, Spottbilder fürstlicher Würde zu manüeln, wie viele Monarchen wären dann nach konservativ-antidemokratischer Anschauung ihres Lebens noch sicher? ...

Das serbische Königspaar galt in Westeuropa als komische Figur. Alexander und seine mit Unfruchtbarkeit geschlagene Frau waren Lieblingshelden des Dreißigjährigen Krieges. Neuerdings gab es indessen Leute, die in König Alexander einen serbischen Napoleon witterten. Im Frühjahr dieses Jahres hatte er einen genialen Staatsstreich inszeniert. Er hatte die demokratische Verfassung aufgehoben, ihm lästige Gesetze beseitigt und dann die Verfassung wiederhergestellt. Das imponierte allen westeuropäischen Gesinnungsgenossen. Noch neuerdings hatte er sich ausgezeichnete „Wähler“ verschafft. Die Wähler hatten überhäufigend „regierungsstreu“ gestimmt. Unmittelbar nach diesem glänzenden Vertrauensvotum jubeln dieselben Wähler, weil der Koffenkönig auf entsehlteste Weise gemordet. Die Armee erwies sich stärker als Staatsstreich und gute Wähler.

Die Geschichte Serbiens ist reich an Willkür, Wahnsinn und Verbrechen. Es ist müßig, in diesem Augenblick die Gründe anzugeben, die unmittelbar zu der That führten. Die siegreiche Revolution giebt sich radikal und vollkämlich. Aber das ist wohl nur ein Mittel der Inszenierung der neuen „Dynastie“. Die Obrenowitsch waren Freunde Oesterreichs, die Militärpartei, die jetzt einen der Jhrigen auf den Thron erhoben hat, ist Rußland ergeben. Und so mögen die Königsmörder nicht aus wilder Empörung über die Mißwirtschaft der Draga-Familie die That verüben, sondern im Dienste Rußlands gehandelt haben.

Die letzten Telegramme melden:
Bln, 11. Juni. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Belgrad vormittags 11 Uhr: Das Ereignis wurde heute nacht zwischen 10^{1/2} und 2 Uhr von dem sechsten, den Namen des Königs von Rumänien führenden Regiment, wie es heißt, unter dem Kommando der Obersten Wischitsch und Waskin, ausgeführt. Letzterer ist im neuen Kabinet Dauteminister und mit der Königin Draga verheiratet; sein Bruder war mit ihr verheiratet. Die Soldaten drangen nachts in den Konak und erschossen den diensttuenden Adjutanten Oberst Raumowitsch. Nach einer andern Version hatte König Alexander den Oberst Raumowitsch erschossen, weil dieser den Soldaten das Thor geöffnet und daher unter dem Verdacht der Mitwisserschaft gestanden habe. Der den König und die Königin erschossen hat, ist nicht bekannt. Gleichzeitig wurden der Generaladjutant Lazar Petrowitsch, der Minister des Innern Ljubomir Theodorowitsch, der Kriegsminister General Milowan Pawlowitsch

und die Mitglieder der Familie der Königin in ihren Wohnungen überfallen und, wie es heißt, alle niedergemetzelt. Der König, die Königin und die übrigen Toten werden heute in einfachen Särgen bestattet.

Die Staatschina und der Senat werden am 15. Juni die heute durch die Armee erfolgte Proklamation des Fürsten Peter Karageorgewitsch zum König durch formelle Wahl sanktionieren.

Große Volksmengen durchziehen die Stadt unter Kundgebungen für die neue Regierung.

Bln, 11. Juni. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Belgrad 11 Uhr 2 Minuten vormittags berichtet: Die bisher erschienenen Blätter melden, daß das blutige Ereignis sich um 2 Uhr nachts abgespielt habe. Zuerst drangen Offiziere des Generalkabes vom Vorbereitungsstabe in den Konak, wobei ein Gardist getötet wurde. Dann kamen Soldaten, die sofort das alte Königspalais umzingelten. Nach einer Version wurde das Königspaar im Schlafzimmer überrascht, nach einer andern sollen sich der König und die Königin auf den Hausboden geflüchtet haben; letzteres gilt als unwahrscheinlich. Sämtliche Ministerien wurden sofort besetzt. Früh morgens durchkreuzten Offiziere die Stadt und riefen vom Sattel herab, daß der König und die Königin erschossen worden seien. Königin Draga soll zahlreiche Schußwunden haben. Man erzählt, daß die Leichen des Königs und der Königin durch ein Fenster des Konaks in Leichenhäusern in den Garten des Konaks hinabgelassen und sofort auf Wagengewagen gelegt wurden. Die beiden Weiber der Königin wurden auch im Konak erschossen. Die drei Schweftern sind am Leben geblieben. Der Schwiegerjohn des Generals Jinar Markowitsch, Hauptmann Milowitsch, ist erschossen worden. Um 11 Uhr wurde an der Leiche des Königs, der Königin und dreier Adjutanten die Autopsie vorgenommen. Vom Minister des Innern Theodorowitsch verlautet, daß er schwer verwundet, aber nicht tot sei. Das Zeichen zum Beginn des Blutbades war durch einen Kanonenschuß gegeben worden. (Siehe auch vierte Seite.)

Wahlkampf.

Am 16. Juni wird gewählt!

Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und dauert bis 7 Uhr abends. Wer um 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokal war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe schon vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokal sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Bummelerei verlieren will, gehe rechtzeitig zur Wahl.

Es empfiehlt sich für jeden Wähler, eine Legitimation einzusteden (Einwohnerchein, Steuerquittung oder Mietvertrag).

Stimmzettel mit dem Namen des socialdemokratischen Kandidaten sind zwar an jedem Wahllokal zu haben, der vorrichtige Wähler nimmt aber seinen Stimmzettel schon von zu Hause mit.

Der Stimmzettel muß von weißem, mittelstarkem Schreibpapier sein, darf keinerlei Kennzeichen tragen und nichts weiter enthalten, wie die genaue Bezeichnung des Kandidaten. Der Stimmzettel muß ungefähr 9 zu 12 Centimeter groß sein.

Man kann sich seinen Stimmzettel selber schreiben. Gültig sind auch Stimmzettel, auf denen ein Name durchgestrichen und ein anderer darunter geschrieben ist.

Der Kandidat muß aber so genau bezeichnet sein, daß jeder Zweifel über seine Person ausgeschlossen ist. Es genügt also z. B. nicht „Schmidt“, sondern man muß schreiben: Arbeitersekretär Robert Schmidt in Berlin.

In welchem Wahlkreise man wohnt und in welchem Wahllokal man zu wählen hat, ist im „Vorwärts“ Nr. 125 (Pfingstnummer) bekannt gemacht. Außerdem bekommt jeder Wähler noch von unsrer Partei eine besondere Mitteilung darüber. Wenn sie aus Versehen nicht zugehen sollte, der bemühe sich bei dem Nachbar darum.

Das Wahlgeheimnis ist durch das neue Wahlverfahren vollständig gesichert. Niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Abstimmung kontrolliert werden kann. Es wird nicht mehr der bloße Stimmzettel abgegeben; dieser muß vielmehr in ein Couvert gesteckt werden. Das Couvert, das amtlich abgestempelt sein muß, erhält der Wähler erst im Wahllokal von einem Beauftragten des Wahlvorstehers. Jedes andre Couvert ist unzulässig. Den Stimmzettel muß der Wähler aber schon von draußen mitbringen. Mit dem Couvert begiebt sich der Wähler in den Nebenraum oder an den Rebenstisch, wo eine Vorrichtung angebracht ist (Vorhang oder Aufbau oder eine abgeschlossene Wahlzelle) und dort muß er seinen Zettel (aber nur einen!), geschützt vor jeder Beobachtung, in das Couvert stecken. Dann erst kann er abstimmen, indem er das den Stimmzettel enthaltende Couvert dem Wahlvorsteher übergiebt. Jede andre Art der Abstimmung ist gesetzlich verboten. Die Couverts sind vollständig undurchsichtig, so daß es von außen auf keine Weise zu bemerken ist, welcher Zettel in dem Couvert steckt.

Es hat daher jetzt kein Wähler mehr die Entschuldigung, daß er aus Furcht vor Schaden nicht socialdemokratisch wählen kann, Furchtlos kann jeder Wähler den socialdemokratischen Zettel abgeben.

Wähler, die aus irgend einem Grunde von der Wahl zurückgewiesen werden, wollen sich sofort bei dem socialdemokratischen Wahlkontrollleur melden, der die Zurückweisung notieren wird.

Das Reichstags-Wahlergebnis aus ganz Deutschland wird diesmal mit noch nie dagewesener Schnelligkeit festgesetzt werden und im großen ganzen schon am Tage nach der Wahl vormittags bekannt sein. Durch eine Kundverfügung der königlichen Regierung sind die Wahlkommissare angewiesen, das Wahlergebnis aus den einzelnen Wahlkreisen bis 7 Uhr morgens (17. Juni) an die Regierungspräsidenten telegraphisch zu melden. Um 8 Uhr morgens will der Reichstanzler bereits Kenntnis über die Wahlergebnisse aus allen Bezirken haben. Durch die Wahlkommission, deren Bureaus die ganze Nacht hindurch geöffnet sind, sind die Wahlvorsteher an-

gewiesen, die Wahlergebnisse aus allen Wahlbezirken telegraphisch, telephonisch oder durch Expressboten bis 5 Uhr morgens zu übermitteln. Die Postämter sind deshalb in der Nacht vom 16. zum 17. Juni geöffnet. Die Vermittlung der Wahlergebnisse an die Wahlkommissionen geschieht auf Staatskosten, das heißt gebührenfrei. Früher war den Wahlvorständen drei Tage Zeit belassen zur schriftlichen Uebersmittlung der Wahlergebnisse.

Zu den Reichstagswahlen erläßt die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin an ihre Inspektionen, Dienststellen-Vorsteher sowie sämtliche Beamten und Arbeiter die nachfolgende Verfügung: „Mit Rücksicht auf die am 16. d. Mts. stattfindenden Wahlen zum Reichstag wird allen Beamten und Arbeitern in Erinnerung gebracht, daß es besondere Pflicht der in einem staatlichen Betriebe beschäftigten Beamten und Arbeiter ist, das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehende Wahlrecht sowohl bei den Hauptwahlen, als auch bei etwaigen Stichwahlen auszuüben. Die Wahl zum Reichstag ist nicht auf einige Stunden des Tages beschränkt, sondern kann am ganzen Tage ausgeübt werden. Wenn trotzdem bei Arbeitern eine Arbeitsversäumnis nicht zu vermeiden ist, so findet nach der Bestimmung im Abschnitt H unter 4^o S. 150 des Teils XII der Finanzordnung ein Lohnabzug nicht statt.“

Wahlurnen-Enquete.

Bekanntlich werden bei den Reichstagswahlen vielfach sehr unzulängliche und zum Teil höchst fragwürdige Urnen als Wahlurnen verwendet, worunter die häufige und unerlässliche Ausführung des Wahlgeschäfts schwer leidet. Der bekannte Schriftsteller H. Siegfried in Königsberg i. Pr., welcher sich speziell mit wahlrechtlichen Fragen beschäftigt, ersucht um von überall her um Mitteilungen über derartige Fälle unter möglichst genauer Beschreibung der Mängel der betreffenden Wahlurnen sowie unter spezieller Beschreibung des Wahlortes (bei Städten des Wahlbezirks). Außerdem bittet der Genannte auch um Auskunft über Fälle, in denen die Wahlurnen während der ganzen Dauer der Wahlhandlung mittels eines Schlüssels verschlossen gehalten worden sind, so daß die Einführung der Wahlcouverts nur durch eine Spalte im Deckel erfolgen konnte. Gerade dieser für eine absolute Sicherung des Wahlgeschäfts höchst wünschenswerte Gebrauch dürfte bisher (etwa von den größeren Städten abgesehen) noch viel zu wenig in Übung sein.

Solche Materialsammlung kann für die Bekämpfung des Missbrauchs, der heute noch mit den Wahlurnen getrieben wird, sehr nützlich sein; wir empfehlen deshalb, den Wunsch des Herrn Siegfried nach Möglichkeit zu erfüllen.

Gegen die Isolierliste, die der Landrat von Sorau als ausreichende Einrichtung gegen Beobachtung der Wähler den Gemeinden empfahl, hat das socialdemokratische Wahlkomitee für Sorau-Kors bei dem Regierungspräsidenten eine Vorstellung erhoben, worauf dieser folgenden Bescheid gab:

Die in Ihrer telegraphischen Vorstellung vom 4. d. M. enthaltene Behauptung, daß die in der Kreisblatt-Bekanntmachung des Herrn Landrats von Sorau enthaltene Hinweisung auf die zweckmäßige Herstellung eines Isolierraumes für die Stimmabgabe bei der Reichstagswahl wider die gesetzlichen Vorschriften verstoße, erachte ich für unzutreffend. Es steht nicht zu befürchten, daß jene Hinweisung Anlaß zu Einrichtungen geben wird, durch welche irgendwie in Frage gestellt wird, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbedacht in den Umschlag zu legen vermag.

Bekanntlich hatte der Landrat empfohlen, auf den Rebenstisch eine ungekuppelte Kiste von 50 Centimeter Höhe zu stellen. Wenn das befolgt wird, dann bleibt der Wähler nicht unbedacht. Unsere Parteigenossen werden diesen Isolierstisch jedenfalls alle Aufmerksamkeit widmen.

Eine konservative Wählerversammlung für den dritten Wahlkreis tagte am letzten Mittwoch bei Rügenbogen. Der Saal war schwach besetzt, unter den Teilnehmern befanden sich auch Socialdemokraten. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung gleich mit der liebenswürdigen Ankündigung, daß er von seinem Hausrecht energisch Gebrauch zu machen gedenke. Das Referat des ersten Redners, Herrn Wegner, der die bekannnten konservativen Anschauungen über den Mittelstand vortrug, wirkte trotz zahlreicher Angriffe auf die Socialdemokratie durch die Trockenheit des Tones sehr beruhigend. Als aber später Herr Zahn angeblide Citate aus Vebels Nebenverlas, erscholl der Zwischenruf: „Wo steht das?“ Einen andern Zwischenruf haben wir nicht vernommen, auf alle Fälle bewies der Vorsitzende eine merkwürdige Auffassung von seinem Amte, da er von der Tribüne herab über Unverschämtheit und dergleichen zu schimpfen begann.

Noch angeregter ging es bei der folgenden Rede des Schneidemeisters Donner zu, der die socialdemokratischen Kandidaten persönlich angriff. Vom Genossen Robert Schmidt behauptete er, er habe in einer Wählerversammlung gesagt, er wolle auf die Stimmen der Gewerbetreibenden. Diese merkwürdige und — nebenbei gesagt frei erfundene — Nachricht wurde noch ruhig mit einem Kopfschütteln aufgenommen. Als aber der Redner dann mit wütender Stimme gegen Genossen Singer loszugehen begann, einen Zettel vorzeigte, der auf der einen Seite Singers Bild, auf der andern eine „jüdische“ Geschäftsreklame enthielt und hinzufügte: „Mensch und gleich gestellt sich gern!“ wurde der Ruf „Schraßschneider“ laut. Der Kaiser wurde sofort umringt und aus dem Saal gezerrt. Als er draußen war, richtete Herr Zahn, der plötzlich am Vorstandstische erschienen war, an den Delinquenten die Aufforderung, den Saal zu verlassen.

Die Sache war allerdings der Aufregung nicht wert. Es giebt bekanntlich Bilow-Heringe, die von einem hiesigen „jüdischen“ Warenhaus mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichsanwalters unter dessen Namen verkauft werden, es giebt Hohenzollern-Cafés und dergleichen mehr. Natürlich hat aber Genosse Singer seinen Namen zum Zwecke der Geschäftsreklame nicht hergegeben, ist also an dem ungeschicklichen Verbrechen, dessen Herr Donner ihn bezichtigte, vollkommen unschuldig.

Es ist nur dem Takte unrer Genossen zuzuschreiben, wenn es zu schlimmeren Szenen nicht gekommen ist. Jedenfalls wird jeder, der nicht provoziert und dann nach Hauswuchtmannier behandelt zu werden wünscht, gut thun, konservative Wählerversammlungen zu meiden.

Die „Nationalen“ in Niederschönhausen.

Der konservative Gegenkandidat Ringel-Panlow stellte sich Mittwochabend einer „nationalen“ Wählerversammlung in Niederschönhausen vor. Da die Einladung sich schlecht an nationale Wähler richtete, so hatten sich auch unsere Parteigenossen in Uebereinstimmung mit der bekannnten Auffassung Kommiens über den Begriff „national“ eingefunden. Nachdem Herr Ringel sein Mittelstandsprogramm in möglichst holperiger Weise unter vielen Anekdöten abgelesen und die deutsche Sprache um eilige Schönsheiten wie „produzieren“ die „5. Auflage des Reichstags“ und so fort bereichert, auch entkeht hatte, daß jedes im Reichstag von Socialdemokraten gesprochene Wort 10 000 M. koste, wettete sein getreuer Schritt- und Gelegenheitsmacher Jmer gegen die revolutionäre, antimonarchische Socialdemokratie, die alles teilen wolle, von Gleichheitsbüffel lebe, das Deutsche Reich in ein Zuchthaus zu verwandeln suche und so fort. Dabei sang die elegische Erinnerung an die schönen Zeiten durch, da man stilllich der Elbe von dem roten „Ansturz“ noch nichts wußte, da sich unter konservativ-liberalen Klängen in idyllischer Ruhe leben ließ, während durch das böse Missethäter diese schöne Zeit nun unwiderbringlich vorbei ist. Beide Herren vermieden es ängstlich, auf die Proschüre des bekannnten Normmachers Fischer, die von konservativer Seite gleichzeitig mit den „nationalen“ Flugblättern im Kreise Nieder-Varnim allenthalben vertrieben wird, einzugehen. Parteigenosse Dr. Lausenberger zapfte, von den Gegnern wiederholt stürmisch unterbrochen, die Herren aus jenes Wahlmandat an. Da die Redezeit auf 5 Minuten bemessen war, wurde ihm nach Ablauf derselben das Wort entzogen, und zwar wie anerkannt werden soll, nachdem der Vorsitzende zuvor

eine Abstimmung der Versammlung herbeigeführt hatte. Die Entgegnung der Herren Jmer und Ringel ließ die Verlegenheit erkennen, auf jenes periphrastische Wahlmandat festzusetzen zu sein; Herr Jmer meinte sogar, die Proschüre habe mit der gegenwärtigen Versammlung nichts zu thun und der Vordredner hätte besser gethan, darauf nicht zurückzukommen. Parteigenosse Ambis-Panlow stellte darauf fest, daß Herr Ringel in der „nationalen“ Wähler-Versammlung, die er vor kurzem in Panlow abgehalten, sich persönlich zum Verbreiter der Verleumdungen der hiesigeren Proschüre gemacht habe, indem er dieselbe fast wörtlich citierte, eine Feststellung, die Herr Ringel vergeblich mit einigen launigen Worten zu entkräften versuchte. Von den übrigen Stimmen, die aus der Versammlung zu Worte kamen, sind diejenigen bemerkenswert, die zwar für Herrn Ringel am Tage der Wahl eintraten, sich aber gegen den Pollsturz aussprachen. Bevor der Vorsitzende am Schluß der Versammlung das „Kaiserhoch“ ausgebracht, hatten unsere Genossen den Saal verlassen.

Ueber Beschimpfungen durch anonyme Zuschriften beschwert sich der bisherige Abg. Frese in Bremen (fr. Bg.) und sucht sie der Socialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Die Methode, jemandem in anonymen Zuschriften etwas vorzuwerfen, das man nicht öffentlich zu vertreten wagt, ist unter allen Umständen verächtlich, aber womit beweist denn Herr Frese, daß die ihm zugegangenen Briefe von Socialdemokraten herrühren? Wir können ihm verraten, daß uns und vielen unserer Abgeordneten, vielfach allen, fortwährend soviel anonyme Zuschriften voller insidischer Beschimpfungen zugehen, daß wir aus der Entrüstung gar nicht herauskämen, wenn wir uns darüber äußern wollten. Und wenn wir Parteien dafür verantwortlich machen wollten, dann könnten wir wohl jeder Partei den Inhalt solcher Verächtlichkeiten in die Schuhe schieben.

Soeben wird ja die Verwerfung der Revision des Herrn Golla in Leipzig mitgeteilt. Es wird wohl auch noch andren Leuten so gehen, daß sie mit anonymen Zuschriften belästigt werden; man verschone aber uns mit dem Vorkauf, schuld zu sein an Dingen, die wir jederzeit entschieden mißbilligen.

Demosche Häupter.

Zu dem Wahlausruf der „national-liberalen Jugend“ sagt die „National-Zeitung“, unrer Genossen über die Minderjährigkeit dieser wahren bewußte Jereführung, nachdem wiederholt festgestellt worden sei, daß diese „Jugendvereine“ wahlmündige Männer bis zum 45. Lebensjahre aufnehmen. Wir gestehen, die Thatsache war uns nicht gegenwärtig, aber sie scheint uns auch unerheblich. Wenn wir uns auch freuen über das Jugendfeuer, das in den mit eilichen 50 Semestern begabten demoschen Häuptern lebt, so kommt es doch weniger darauf an, bis zu welchem Alter Mitglieder aufgenommen werden, als vielmehr darauf, von welchem Alter an die Mitgliedschaft erworben werden kann und wie alt die Wehrzahl der Mitglieder ist. Oder sollte der Name Jugendvereine und der auf junge noch nicht wahlberechtigte Leute berechnete Inhalt des Ausrufs eine „bewußte Jereführung“ der Deffenlichkeit sein?

Statistik, Herr Professor! Der bisherige Abgeordnete und jetzige konservative Kandidat für Oberbarnim, Professor Pauli, sagte in einer konservativen Versammlung:

„Ich will nicht auf die landwirtschaftlichen Bölle besonders eingehen, wird doch in dieser Beziehung von unsren Gegnern, nicht nur den Socialdemokraten, in unglanblüchter Weise mit Zahlenmaterial operiert. Die Einen behaupten, jeder Pfennig Zoll verteuere in denselben Maße das Brot, andre bestreiten das. In solchen Fragen kann niemand etwas Genaueres und positiver Richtiges sagen. Ich richtete gelegentlich an einen großen Berliner Bäckermeister die Frage, ob die Erhöhung des Jolles auf den Brotpreis von Einfluß sein würde. Er erklärte mir, daß die Wähler gar nicht daran dächten, das Brot kleiner zu haben, wenn ein erhöhter Joll eintreten sollte.“

Der Herr Gymnasialprofessor hat wohl in seinem Bekannntkreise auch einen oder den andren Herrn, der sich mit der Statistik auskennt. Wenn er den statt des Bäckermeisters befragt hätte, hätte er am Ende erfahren, wie man Genaueres über die Sache rauskriegt.

Der Kaiser und die Wahlen.

Wir gaben in unrer Nr. 131 eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wieder, daß in Schierstein bei Wiesbaden eine socialdemokratische Versammlung verboten worden unter Berufung auf eine Verfügung, daß wegen der Anwesenheit des Kaisers auf zwei Meilen im Umkreise keine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden dürfe. Dazu wird uns heute mitgeteilt, daß aus demselben Grunde am 7. Juni auch Versammlungen in Redenbach und Wallau im Landkreise Wiesbaden (zum Reichstagswahlkreise Höchst gehörig) verboten worden sind. Der Kaiser scheint von dem Landrat des Wiesbadener Kreises nur als glücklicher Vorwand zu Versammlungsverboten benutzt worden zu sein. Aus einer Verfügung, die er schon am 22. Mai an die Bürgermeister seines Kreises erließ, geht hervor, daß ihm die socialdemokratischen Versammlungen überhaupt sehr unbecquem sind. In der Verfügung heißt es:

„In Anbetracht der sich mehrenden Versammlungen unter freiem Himmel verführe ich, daß die Ortspolizeibehörde hierzu ohne meine Zustimmung Genehmigung nicht zu erteilen hat.“

Der Antrag ist mir, wenn die Ortspolizeibehörde nicht schon selbst aus maßgebenden polizeilichen Gründen die Genehmigung versagt, mit einer gutachtlichen Aeußerung einzureichen.“

In Stelle der verbotenen Versammlung in Redenbach wurde für später eine andre angemeldet, die, anscheinend unter der Wirkung der citierten Verfügung vom 22. Mai, zwar genehmigt wurde, jedoch in folgender bedenklichen Form:

Ihrem Erindnen vom 7. Juni betreffend Abhaltung einer öffentlichen Wählerversammlung wird hiermit unter dem Vorbehalt, daß die öffentliche Ruhe nicht gefährdet wird, die Genehmigung erteilt.

Jedwede Kundgebungen, einerlei welcher Art, oder laute Rufe, Lärm usw. geben dem anwesenden Polizeibeamten die Befugnis, die Versammlung sofort aufzulösen.

Der Bürgermeister,
Fischer.

Eine Abwehrung. Bisher konnten wir eine ganze Anzahl Fälle melden, wo Behörden die Wahlzeit nach dem alten Reglement auf 6 Uhr schloßten. Fortschrittlicher ist der Gemeindevorstand in Heegermühle (Ober-Varnim). Er macht bekannnt, daß die Wahl bis um 8 Uhr dauert. Wir empfehlen allen Behörden die von unrer Partei-Duchhandlung herausgegebenen „Hinle für die Reichstagswahl“, da steht alles ganz genau drin.

Sommerliche Wahlhilfe. Aus dem Dörfchen Wildenbruch im Kreise Randow-Greifswalden wird uns berichtet, daß dort der Gemeindevorstand im Orte Geld für den konservativen Wahlkampf sammelt hat. Er hatte gleich eine Liste sämtlicher Bauern, Handwerker und Einziger nicht Sammelanruf, der unterschrieben war vom Pastor, vom Gemeindevorsteher und vom Amtmann, und damit ging er von Haus zu Haus. Das war gewiß ein zugkräftiges Mittel, um die konservativen Kriegskasse zu füllen.

Die geistigen Waffen des Centrums. Eine Anzahl Genossen aus Krefeld waren am vergangenen Sonntag bei einer Flugblattverbreitung im Kreise stempeln thätig. Sechs derselben erhielten einen Bezirk zugewiesen, welcher seinen Ausgangspunkt nach der holländischen Grenze hat. Schon in dem ersten Dorfe hinter Dülfen, Dülkrath hieß der Ort, merkten unrer Genossen, daß die Bewohner verhegt waren, doch gelang es ihnen, die Leute zu beruhigen und nun ging's nach Amern St. Anton. Kaum daß sie mit der Verbreitung begannen, kam ein Polizeibeamter, welcher das Verteilen der Flugblätter verbieten wollte. Während der Unterhaltung mit dem Beamten war der Kirchenchor, welcher unter Leitung des Ortsgeistlichen eine Probe abhielt, mobil gemacht worden.

Der Gesang verstummte plötzlich, und die Bauern, angefeuert durch den Geistlichen, drangen in einer Stärke von ca. 80 Mann mit Schießwaffen auf unrer Genossen ein. Junge Burschen und Frauen schloßten sich an und so wurden unrer Genossen buchstäblich das Dorf hinaus gedrängt. Die Frauen und Burschen warfen mit Steinen, so daß unrer Genossen verschiedentlich Verletzungen davon trugen. Einem derselben waren die Kleider vom Leibe gerissen worden. Gegen den Geistlichen mit seinem Kirchenchor wird Straf-antrag gestellt werden, damit in Zukunft derartige Ueberfälle unterbleiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni.

Der Ladenausfluß und die Socialdemokratie.

Wir haben uns gestern mit der Behauptung der „Staatsbürger-Zeitung“ beschäftigt, daß die Socialdemokratie 1890 für den Vieruhr-Ladenausfluß am Sonntag eingetreten sei. Wir haben demgegenüber festgestellt, daß die Socialdemokratie mit ihren Forderungen weitergehenden Schutzes von den bürgerlichen Parteien im Stiche gelassen worden ist.

Die Socialdemokratie hatte zunächst, wie wir gestern erinnert haben, den Antrag gestellt: fünfständige Oeffnung der Ladengeschäfte am Sonntag (spätester Schluß 4 Uhr) und einen freien Tag in der Woche für die am Sonntag beschäftigten Gehilfen. Da dieser weitergehende Antrag keine Aussicht auf Annahme hatte, stellten wir dann zur zweiten Lesung den Antrag: dreistündige Oeffnung der Ladengeschäfte, 12 Uhr Schluß.

Wir hätten die „Staatsbürger-Zeitung“ aufgefordert, diese Thatsachen ihren Lesern zu unterrichten. Natürlich erwarteten wir nicht, daß das Blatt der Wahrheit die Ehre geben würde. Aber in der Wahrheit muß man sich leider auch mit den kleinen gewerbmäßigen Abenblättern ernsthafter beschäftigen, die man zu andren Zeiten überhaupt nicht zu beachten braucht.

Es ist ganz amüßig, zu sehen wie sich das Pöcker-Organ für germanische Ehrlichkeit der ihr zugewandten Aufgabe unterzieht, einmal die Wahrheit zu sagen. Sie erzählt in unverschämtem Ritualmordstille:

„Die Socialdemokraten haben im Reichstage nicht den Zweihour-Ladenausfluß gewünscht, sondern sie haben den Antrag eingebracht, daß die Geschäfte erst um vier Uhr nachmittags am Sonntage geschlossen werden sollen, haben also den freien Sonntag, wie er heute gesetzlich festgelegt ist, den Handlungsgesilfen um zwei Stunden verlängern wollen. Wenn der „Vortwärts“ es heute so darstellt, als ob die Socialdemokraten diesen Vieruhr-Ladenausfluß nur als eine Art Abschlagszahlung, als Mindestforderung aufgestellt hätten, so ist das nicht wahr. Wahr ist, daß nur die Rücksicht auf die „Kluschhändler am Wählen-damm“, die ja den Singer, Stadthogen und Genossen in ihrer Klasse so nahe stehen, die socialdemokratische Forderung veranlaßt hat, nicht den Zweihour-Ladenausfluß, sondern den Vieruhr-Ladenausfluß an Sonntagen zu beantragen, um den Mühlendammern noch ein paar Stunden am Sonntag zum Fischzug durch die Arbeitermassen zu gönnen. Erst als in den Reihen der Handlungsgesilfen sich ein Entrüstungsturm gegen diesen socialdemokratischen Antrag geltend machte, lenkte die Faktion ein und kam mit einem andren Antrage, der auf den Zwölfuhr-Ladenausfluß hinauslief, der aber immer noch hinter den Anträgen der Konservativen zurückblieb, die den Zweihour-Ladenausfluß forderten. Also nicht aus warmem Interesse für die Handlungsgesilfen, sondern unter dem Trude der Agitation aus diesen Kreisen haben die Socialdemokraten sich zum Zweihour-Ladenausfluß verstanden. Wenn also die Handlungsgesilfen ihr Heil bei den Socialdemokraten gesucht hätten, würden sie heute den Zweihour-Ladenausfluß an Sonntagen nicht haben. Die Socialdemokraten haben sich also als falsche Freunde der Handlungsgesilfen gezeigt.“

Das Blatt, das die Interessen der Handlungsgesilfen zu vertreten behauptet, ist so unglanblüch unwissend, daß es in aller Gemütsruhe von einem gesetzlichen Zweihour-Ladenausfluß an Sonntagen redet. Vielleicht bemüht es einmal statt lediglich seine durch Ritualmorde und „roßende Seegeraugen“ bewirkte Phantastie eine Ausgabe der Gewerbe-Ordnung. Dann würde sie sehen, daß es gar keinen gesetzlichen Ladenausfluß an Sonntagen giebt, sondern nur 5 Stunden vorgegeschrieben sind. Daß die Konservativen den Zweihour-Ladenausfluß beantragt haben, ist uns nicht bekannnt; wir haben auch keinen dahingehenden Antrag in den Reichstagsakten finden können. Die „Staatsbürger-Zeitung“ wird uns also schon die Quelle ihrer Mitteilung angeben müssen.

Das wichtigste aber unterschlägt die „Staatsb.-Ztg.“ in bewußter Fälschung: Die Socialdemokratie hatte den Vieruhr-Ladenausfluß nicht als Mindestforderung gestellt, sondern gerade im Gegenteil in Verbindung mit dem freien Tag in der Woche als weitest gehende Forderung. Wird die „Staatsbürger-Ztg.“ sich nicht entschließen, diesen unlösbar dazugehörigen socialdemokratischen Antrag auch zu erwähnen, der in seiner praktischen Wirkung die vollständige Arbeitsruhe der Handlungsgesilfen an Sonntagen zur Folge gehabt hätte?

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bemüht sich natürlich nicht mit der Unterschlagung der einen von uns festgestellten Thatsache, sondern sie fügt noch als Zugabe eine neue, noch blödsinnigere Fälschung hinzu:

„Im Jahre 1896 verlangten die socialdemokratischen Handlungsgesilfen, daß der Parreitag in Gotha sich für den Achtuhr-Ladenausfluß erkläre. Dieser Antrag wurde wiederum von den jüdischen Führern der Socialdemokratie aus Mühlendammern-Mühsüchten bekämpft. Herr Stadthogen war es, der erklärte, der Achtuhr-Ladenausfluß wäre keine revolutionäre Maßnahme, durch Annahme einer dahingehenden Entschlieung würde man die Socialdemokratie zu einer bürgerlichen Reformpartei degradieren, mit derartigen kirchlichen dürfte man einen socialdemokratischen Parteitag nicht beladen. — Auch in diesem Falle stellten die Socialdemokraten das Interesse der Handlungsgesilfen zurück hinter das Interesse der Mühlendammern. Ihnen war der Achtuhr-Ladenausfluß „kirchlich“, und sie verbrühten die brutale Zurückweisung der berechtigten Forderung der Handlungsgesilfen mit revolutionären Phrasen.“

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bezieht ihre Enthüllungen über socialdemokratische Parteitage offenbar über Romm oder Röhne. Wie war es in Gotha? Die Reichskommission für Arbeiterschutz hatte den Achtuhr-Ladenausfluß beantragt. Darauf wütende Opposition in der gesamten Unternehmerpresse; vielleicht schlägt die „Staatsbürger-Zeitung“ ihre alten Jahrgänge nach, um den deutsch-nationalen Handlungsgesilfen mitzutheilen, was sie damals geschrieben. Nur die Socialdemokratie trat für den Achtuhr-Ladenausfluß ein. Um den Plan zu Fall zu bringen, erfand man das Märchen, die Arbeiter würden durch den Achtuhr-Ladenausfluß geschädigt. Der Parteitag in Gotha (1896) nahm nun sofort Anlaß, gegen diese Verfassung auf die Arbeiter energisch zu protestieren. Es wurde folgende Resolution vorgelesen und angenommen:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenausfluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterschutz vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nacharbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bürgerlichen Arbeiterschutzes, weil angeblich durch ihn die Interessen der laufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenausflusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.“

Der Referent Bumm begründete die Resolution, indem er hinzufügte: „Wir treten für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitsmittel und der Arbeiter im schwarzen Rod ein.“

Es wurde ein Amendement zur Resolution beantragt, das den „Achtuhr-Ladenausfluß“ als einen „Schritt zur weiteren Verlängerung der Arbeitszeit“ bezeichnet wissen wollte. Gegen diese Ueber-

„Schutz der Arbeiter-Verhältnisse“ als Schutzmaßregel wandte sich Stadthagen, indem er ausführte:

„Was ist denn an dem Vorschlag der Reichskommission so großes dran? Die Läden sollen nur von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends offen gehalten werden dürfen, es sollen die Handelsangestellten nur eine halbe Stunde nach 8 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Maximalarbeitszeit würde also 15 1/2 Stunden betragen, und das nennt Genosse Adler eine Verkürzung der Arbeitszeit. . . . Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Was in der Resolution zum Vorgelegenen ist, ist genügend. . . . Wir müssen uns vor einer Ueberbehütung hüten, es giebt in Deutschland Orte, wo der Siebenuhr-Ladenabschluss besteht; es giebt außerhalb Deutschlands viel weiter gehende Gesetze, und da sollen wir die 15stündige Arbeitszeit als eine Verkürzung mit Freuden begrüßen!“

Stadthagen bekämpfte also nicht den Achtuhr-Ladenabschluss, sondern er trat für ihn ein; ja er erklärt ihn in Uebereinstimmung mit dem ganzen Parteitag eher als eine noch bei weitem nicht genügende Maßregel.

Wir werden in der nächsten Nummer unsern Lesern berichten können, auf welche Weise die „Staatsbürger-Zeitung“ diese für sie tödliche Wahrheiten ritualmordet. Denn die Wahrheit bekämpft sie nicht! Eher hängt sie sich auf!

Deutsches Reich.

Die Schönheiten des preussischen Landtags-Wahlrechts scheinen der königlich preussischen Eisenbahndirektion Stettin gänzlich unbekannt zu sein. Sie erklärt für die Reichstagswahlen eine, vermutlich auf Anweisung des Eisenbahnministers zurückzuführende ähnliche Verfügung wie die Berliner Direktion folgenden Wortlauts:

„Die Ausübung des jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehenden Wahlrechts muß als eine besondere Pflicht aller in einem staatlichen Betriebe beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter angesehen werden. Ich erlaube deshalb alle Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter des Direktionsbezirks, sich an dem am 16. Juni dieses Jahres stattfindenden Wahl zum Reichstage, soweit dies der Dienst irgendwie zuläßt, zu beteiligen. Wenn auch die Reichstagswahl nicht auf einzelne Stunden des Tages beschränkt ist, sondern am ganzen Tage ausgeübt werden kann, so ist doch den Wählern, namentlich auch den Arbeitern, die Ausübung der Wahl, je nach den besonderen Umständen, auch während der Arbeitszeit zu gestatten. Durch zweckmäßige Ablösungen im Dienste werden die Dienststellen-Vorsteher es zu ermöglichen haben, daß ohne Benachteiligung des Betriebes dienstliche Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter ihr Wahlrecht ausüben können. Den Arbeitern und Hilfsbeamten darf für die etwa veräumte Zeit ein Lohnabzug nicht gemacht werden. Den Accordarbeitern ist für die durch Ausübung des Wahlrechts veräumte Zeit der anteilige Tagelohn zu zahlen, mit welchem sie an dem Accord teilnehmen. Den Herren Inspektionsvorständen und Dienststellen-Vorstehern mache ich es zur besonderen Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter von dieser Verfügung Kenntnis erhalten und daß für geeignete Ablösung im Dienste rechtzeitig Sorge getragen wird. Diese Verfügung soll auch für die später etwa stattfindenden Stadtwahlen und für die demnächst bevorstehenden Landtagswahlen Gültigkeit haben.“

Wie sich die Ablösungen bei der Landtagswahl gestalten sollen, ist etwas zweifelhaft. Bekanntlich erfordert das preussische Landtags-Wahlrecht die gleichzeitige Anwesenheit aller Wähler eines Wahlbezirks. Sowie die Anwesenden abgestimmt haben, wird die Wahlhandlung geschlossen. Es ist auch erforderlich, daß jeder Wähler bis zur Beendigung des Wahlgeschäfts im Wahllokal bleibt, da er sonst an den sofort vorzunehmenden notwendigen Stadtwahlen nicht teilnehmen kann. Wenn allen Angeestellten, was beabsichtigt ist, die Teilnahme an der Wahl ermöglicht werden soll, dann wird man den Betrieb wohl teilweise einstellen müssen — falls nicht noch über die Hundstage die Einsicht die Oberhand gewinnt, daß die Unvernunft des preussischen Wahlrechts einer Korrektur bedarf. —

Eine Stimme aus dem Zuchthaus.

Die „Sächsischer Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Brief des Bauarbeiters Zwahr, der durch das bekannte Köbener Zuchthaus-Urteil aus zehn Jahre aus der Liste der Lebenden ausgestrichen worden ist. Nachdem einige der Mitverurteilten vor Ablauf ihrer Strafszeit begnadigt worden sind, war allgemein die Ansicht verbreitet, daß man auch dem am schwersten betroffenen Zwahr einen Teil der harten Strafe erlassen werde in der Erkenntnis, daß hier That und Sühne im ärgsten Mißverhältnis zu einander stehen. Bisher hat sich diese Hoffnung leider nicht erfüllt, und es scheint auch, als ob keine Aussicht mehr vorhanden wäre auf eine Milderung der Strafe. Der Brief, den Zwahr an seine Schwester gerichtet hat, läßt einen tiefen Niedrigen in die Wirkungen einer so furchtbaren Strafe auf einen Menschen, der doch wahrhaftig nicht verdient hat, so getroffen zu werden. Der Brief lautet:

Waldheim, den 7. Juni 1903.

Liebe Schwester!

Ich meine Dich schon im Besitz meines am 31. v. M. an Dich gerichteten Briefes, da wurde mir am 6. Juni zu meinem nicht geringen Erstaunen mitgeteilt, daß derselbe nicht abgesendet werden könnte, aus Gründen, die ich Dir nicht mitteilen kann. Daher bin ich veranlaßt, Dir einen zweiten zu schreiben; allerdings ist das Schreiben von Briefen von hier aus nicht so leicht, denn man muß bei jedem gewärtig sein, daß man etwas antödig geworden ist, denn diese Erfahrung habe ich ja leider nicht zum erstenmal gemacht, obgleich ich mir sagen möchte, daß ich nach meiner Ansicht nur die Wahrheit geschrieben habe. Allerdings habe ich bei dem letzten mit einem sogenannten Formfehler zu Schulden kommen lassen, aber daß dieser die Benachteiligung zur Beschlagnahme sein könnte, hätte ich mir nicht träumen lassen. Es ist ja eine unabänderliche Tatsache, daß man sofort eine sogenannte Verhörszeit darin erblickt, wenn man seine That, wegen der man verurteilt ist, sowie die Strafe, die man sich deshalb zugezogen hat, für unbedingt zu hart erblickt, denn daß ich mir der Handlung und deren Folgen nicht bewußt gewesen bin, wird man mir doch ohne jeden Umschweif zugeben müssen. Liebe Schwester, weit entfernt bin ich davon, daß ich etwa, wie man mir erklärte, den Umständen spielen will, daß ich aber die ganze Schwere des Geschehes fühlen muß, auch dieses wird man nicht leugnen können, und daß man unter diesen Umständen verbittert wird, wer will einem das verargen?

Liebe Schwester, ich hoffe, daß ich es Euch noch werde durch die That beweisen können, daß selbst einer, der zehn Jahre Zuchthaus hat verbüßen müssen, doch noch den freien Willen haben kann, sich wieder in die Höhe zu arbeiten und so die Achtung seiner Mitmenschen, die er jetzt verloren haben muß, wieder zu erwerben. Wohl ist es heute nicht so leicht, auf den Erfolg zu rechnen, aber, wie schon gesagt, ein guter Wille vermag viel, auch das schier Unmögliche möglich zu machen. Für mich steht ja die Welt noch offen, noch bin ich an nichts gebunden, was mir in meinem Voratz hinderlich sein kann, und darum bin ich nicht gezwungen, die Zukunft im schwärzesten Lichte anzusehen.

Liebe Schwester, unter den jetzt obwaltenden Umständen kann ich Dich nur ermahnen, den Gedanken an die abermalige Einrückung eines Gnadengesuches ganz und gar fallen zu lassen. Denn daß wir keine Aussicht auf Erfolg haben, das beweist die Erfahrung, die ich während meiner nun ziemlich fünfjährigen Strafszeit gemacht habe. Doch, liebe Schwester, ich will zum Schluß kommen, das weitere mündlich, sobald Ihr mich wieder mit einem Besuch erfreuen werdet. Soweit bin ich noch gesund, was ich von Euch allen auch hoffe. So bin ich denn mit vielen Grüßen an Euch alle Euer Bruder Paul.

Der Brief läßt nebenbei auch ahnen, daß man schon Prinz Arenberg heißen und Schwarze ermordet haben muß, um das Zuchthaus erträglich zu finden.

„Ins Gesicht gespuht.“ Die freisinnige Presse hält ihre Wahl-lüge aufrecht, daß bei der Gewerbegerichts-Wahl in Nürnberg einem Hirsch-Dunderianer ins Gesicht gespuht worden sei. Der Orts-Verbandsauschuß der Hirsch-Dunderischen Gewerbevereine in Nürnberg schickte der „Frankl. Tagespost“ eine Verächtigung, worin jene Behauptung wiederholt wurde. Die „Tagespost“ verweigerte die Aufnahme der Verächtigung, da sie den Thatsachen nicht entspricht. Der Orts-Verbandsauschuß veröffentlicht nun eine Erklärung, in der er auf seinen Behauptungen stehen bleibt und Klage gegen die „Tagespost“ in Aussicht stellt. Diese Erklärung wird auch in der „Freisinnigen Zeitung“ abgedruckt. Um zu zeigen, was an den freisinnigen Klümpereien ist, sei ausdrücklich festgestellt: Am 10. Juni abends fand sich der Hirsch-Dunderianer, der insuliert und dem ins Gesicht gespuht sein soll, auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Nürnberg ein und gab in Anwesenheit von Zeugen, darunter der Beamte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und unser Nürnberger Korrespondent, folgende Erklärung ab: „Es ist mir nie ins Gesicht gespuht worden. Ich habe niemals zu Driehlein (dem Vorsitzenden des Gewerbevereins der Schlosser und Maschinenbauer) gesagt, daß mir ins Gesicht gespuht worden sei. Herr Driehlein hat einen Artikel aufgesetzt und mir vorgelesen, worin diese Behauptung aufgestellt wurde; ich habe ihn sofort und später wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht wahr sei. Trotzdem kam der Artikel in die Zeitung. Ich bin von den Metallarbeiter-Verbandsmitgliedern niemals deshalb belästigt worden, weil ich Gewerkevereiner bin, und habe mit ihnen stets in Frieden gelebt.“

Die „Franklische Tagespost“ kam somit mit Ruhe dem Prozeß entgegen.

Gebirgsarbeit.

In den öffentlichen Anschlagtafeln der Stadt Deutsch-Krone (Westpreußen) fand sich folgende Bekanntmachung: Die unverschämte Juliana Köpfe, eine arbeitsscheue Person und Mutter von drei unehelichen Kindern, sucht dadurch das Mitleid zu erregen, daß sie mit den drei Kindern in der Stadt und Umgegend herumzieht und sich darüber beklagt, daß sie ihre Kinder nicht zu ernähren vermöge und trotzdem keine Armenunterstützung erhalte. Wir bringen deshalb zur öffentlichen Kenntnis, daß wir die drei Kinder der v. Köpfe bei den Eltern ihrer Mutter in Pflege gegeben haben, die Juliana Köpfe dieselben aber aus ihrer Pflegsstelle wegholt, um das Mitleid von ihrer Not wahrscheinlich zu machen.

Juliana Köpfe hat nur für sich allein zu sorgen und bedarf deshalb keiner Geschenke von Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken.

Ihre Bestrafung wird herbeigeführt werden.

Dr. Krone, den 4. Juni 1903.

Der Magistrat.

Wenn es wirklich wahr ist, daß die so gebirgsarbeit Mutter arbeitsscheu ist, dann ist diese öffentliche Bekanntmachung sicher nicht das geeignete Mittel, sie wieder zur Arbeitslust zurückzuführen. Wer wird wohl in einem kleinen Orte einer Frau Arbeit geben, die durch solchen amtlichen Anschlag gekennzeichnet worden ist?

Wie mag es außerdem mit der Pflege der Kinder ausfallen? Sie sind bei den Großeltern untergebracht, vermutlich also alten Leuten, die selbst nicht viel zu beizugeben dürften. Wie viel Pflegegeld haben die Großeltern von der Stadt für die drei Kinder bekommen?

Die öffentliche Brandmarkung einer Mutter ist auf alle Fälle kein Kennzeichen hoher Kultur. Und schließlich: Wo bleibt die gepriesene Sittlichkeit auf dem Lande? —

Ausland.

Schweiz.

Demokratischer Fortschritt. Zürich, 6. Juni. (Fig. Ver.) In dem politisch verunpöhten Kanton Aargau ist ein erfreulicher demokratischer Fortschritt zu verzeichnen. Am letzten Sonntag ist in der Volkswahl mit 16 257 gegen 13 503 Stimmen die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte beschlossen worden, die bisher der Große Rat (Landtag) gewählt hat. Der Beschluß bedeutet eine Erweiterung der Vollrechte, einen Fortschritt in dem Ausbau der Demokratie. Mit dem Beschluß tritt der Kanton Aargau in die Reihe der großen Mehrzahl der Kantone, welche die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte bereits haben. —

Frankreich.

Kammernachwahlen. Paris, 9. Juni. (Fig. Ver.) Unter den vier neuesten Kammernachwahlen ist besonders bemerkenswert diejenige von Jorcalquer im Unterelpe-Departement. Dort siegte in der Stichwahl in einem bisher radikalischen Wahlkreis der Sozialist Jfoard mit 4082 gegen 3669 Stimmen, die auf einen liberalen „progressivsten“ Republikaner fielen. Im ersten Wahlgange hatte der Sozialist 1202 Stimmen erhalten, während die fünf radikalischen Kandidaten zusammen 3361 Stimmen auf sich vereinigten. Trotzdem haben die Radikalen zu Gunsten des sozialistischen Kandidaten verzichtet, weil dieser mehr Stimmen erhalten hatte als der meistbegünstigte radikale Kandidat (1169 Stimmen). Damit rückte er gemäß dem Uebereinkommen an die Spitze der antiliberalen bzw. ministeriellen Kandidaten. Dank dem Segen an radikalischen Kandidaten hat also der Sozialist Jfoard, wie ein radikales Blatt bemerkt, einen radikalen Wahlsieg davongetragen. Dr. Jfoard war Bürgermeister-Adjunkt im früheren sozialistischen Gemeinderat von Marseille. Er sieht, soweit bekannt, den ministeriellen Sozialisten nahe.

In der Nachwahl von Aurillac, Cantal, erzielte der Radikale Rigal einen verstorbenen rechtsstehenden, ebenfalls ministeriellen Deputierten, trotzdem er gegen einen sehr einflussreichen oppositionellen Kandidaten, einen Bruder des Verstorbenen, zu kämpfen hatte. In Saint-Etienne wurde der Radikale Claudin mit gesteigerten Stimmenzahl wiedergewählt, nachdem sein Pöndat für ungültig erklärt worden war. In Montbrison endlich, einem bisher ministeriell-republikanischen Wahlkreis, kommt es zur Stichwahl. Der Answahl ist unfruchtbar, da der ministerielle Kandidat 7721 gegen 8089 ministerielle Stimmen erhielt, die auf drei Kandidaten vertheilt waren. An ihrer Spitze steht der linksradikale Lépine mit 4499 Stimmen. —

Italien.

In der italienischen Deputiertenkammer kamen gestern die gegen den Marineminister Admiral Bettolo erhobenen Anschuldigungen zur Sprache. Wie behauptet wird, soll Bettolo sich durch seinen Bruder, der dafür eine Vermittlungsgebühr von über 2 Millionen Lire erhalten hat, dazu haben bestimmen lassen, mehrfach den Stahlwerken von Terni Lieferungen auf Panzerplatten zu ungewöhnlich hohen Preisen in Auftrag zu geben. Von den Abgeordneten Franchetti und Fracassi waren Anträge gestellt, daß, um die Verächtigung der Anschuldigungen zu prüfen, eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werde. Von den Ministern und Regierungsfreunden, denen die Anschuldigung Bettolos keineswegs so ganz zweifellos zu sein scheint, wurden jedoch diese Anträge unter Aufwendung von allerlei patriotischen Phrasen heftig bekämpft.

Der Minister des Aeußern, Morin, erklärte zunächst, er beabsichtige nicht, dem Marineminister vorzugehen, er wolle nur in die Verhandlung eingreifen, weil er erst kürzlich von der Leitung der Marinewerwaltung zurückgetreten sei. Die persönliche Verteidigung des Marineministers Bettolo sei überflüssig, weil er über jeden Verdacht erhaben sei. Morin weist jedoch die gegen die Marine-Verwaltung erhobenen Beschuldigungen im einzelnen zurück, auf gemeine persönliche Anschuldigungen wolle er aber nicht eingehen, sie seien lächerlich. Die vom Rechnungshof ausgeübte Kontrolle sei eine absolute Garantie für die Verwendung der öffentlichen Gelder. Des früheren Ministers Grim Verdienst sei es, die Marine durch Errichtung der Stahlwerke in Terni vom Ausland unabhängig gemacht zu haben. Der Staat habe nur die Wahl zwischen den Panzern von Terni und den Kruppischen; die Preise von Terni seien niedriger als die Kruppischen, betreffs der Güte könnten beide Fabrikate mit einander konkurrieren. Was die Kosten der Schiffe und die sonstigen

Verwaltungsfragen anlangt, so gebe das Budget darüber volle Auskunft; eine Untersuchung könne dieser Auskunft nichts hinzufügen. Redner bittet schließlich das Haus, den Antrag auf Untersuchung abzulehnen; so werde das Haus die Ehre der Marine wahren.

Marineminister Bettolo fährt darauf aus, Morin habe schon nachgewiesen, daß kein Grund für eine so ernste Maßregel, wie eine parlamentarische Untersuchung, bestehe. Was die persönlichen Beschuldigungen betreffe, so sei jeder auch ein ganzes mangellos verbrachtes Menschenleben nicht im Stande, gegen Falschheit und Verleumdung zu schützen. (Lebhafter Beifall; Lärm auf der äußersten Linken.) Wozu nütze ein reines Leben, wenn es nicht das Recht gebe, Verleumdungen zu verachten? (Lebhafter Beifall; Lärm auf der äußersten Linken.) Im Namen der Regierung bittet der Minister schließlich das Haus, den Vorschlag, eine Untersuchung anzustellen, nicht in Erwägung zu ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Janardelli erklärt, daß er aus dem pflichtgemäßen Gefühl der Zusammengehörigkeit sich weigern müsse, den Vorschlag einer Untersuchung in Erwägung zu ziehen. Er könne der jetzt vorgeschlagenen Untersuchung um so weniger zustimmen, als zur Rechtfertigung dieses Vorschlages keine einzige genaue Thatsache angegeben worden sei. Man sage, daß man Licht haben wolle; auch er liebe das Licht, aber man könne es auf mancherlei Art bekommen, ohne daß eine parlamentarische Untersuchung nötig wäre. Sotowohl die Budgetkommission, die die Rechnungskontrolle ausübt, als auch eine von der Regierung zu ernennende Kommission könne Licht schaffen.

Morgani und Fracassi ziehen darauf ihre Anträge zurück, während Franchetti erklärt, den seinigen aufrechtzuerhalten. Di Rudini und Sonnino erklären, daß sie für die Untersuchung stimmen werden; Fortis und Lacava erklären, sie werden dagegen stimmen. In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Franchetti mit 188 gegen 149 Stimmen abgelehnt.

Dieses Strauben gegen die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die ja größtenteils aus Regierungsfreunden bestehen würde, ist sicherlich am allerwenigsten geeignet, die Anschuldigungen zu widerlegen. —

England.

In die zollpolitische Debatte, die in den letzten Tagen das britische Unterhaus beschäftigte, hat zum Schluß auch noch Balfour eingegriffen, doch brachte seine Rede keine neuen Gesichtspunkte. Er beschränkte sich vielmehr darauf, die im Kabinett vorhandenen Differenzen als recht gering hinzustellen. Nach dem telegraphischen Bericht erklärte er, mit dem Kornzoll sei nicht eine Schutzmaßregel beabsichtigt gewesen, sondern er sei eingeführt worden, weil die Regierung Geld brauchte, und er werde abgeschafft, weil die Regierung die Einnahmen aus diesem Zoll nicht mehr nötig habe. (Weiterleit.) Bezüglich der Ministerverantwortlichkeit herrschten große Mißverständnisse. Was man von einer Regierung verlangen könne, sei gemeinsames Handeln, gemeinsame Verantwortlichkeit; Gleichmäßigkeit in Aeußerungen der Minister sei aber nicht erforderlich. Niemand, der die menschliche Natur kenne, erwarte absolute Uebereinstimmung der Ansichten; niemand nehme an, daß in einem Kabinett jeder Minister mit jeder Maßnahme einverstanden sei. Wenn aber ein Minister glaube, daß eine zwischen ihm und seinen Kollegen herrschende Meinungsverschiedenheit nicht bedeutend genug sei, um seinen Rücktritt zu rechtfertigen, so habe er auch die Verantwortung für die Handlungen der Regierung mitzutragen: das sei eine gesunde Auffassung der konstitutionellen Lehre.

Der Schwerpunkt der gegen ihn erhobenen Anklagen, fährt Balfour fort, liege darin, daß er nicht eine Erklärung im Namen seiner Kollegen und seiner Partei abgegeben habe, und zwar nicht über das jetzige oder das nächste Budget, sondern über gewisse große fiskalische und koloniale Probleme, die durch jüngst gehaltenen Reden aufgeworfen worden seien. Er könne sich aber keinen Vorwurf daraus machen, daß er eine solche Erklärung nicht abgegeben habe. Er gehöre nicht zu jenen selbstvertrauenden Leuten, welche glauben, daß ein vor 50 oder 20 Jahren unter ganz anderen Umständen eingeführtes Finanzsystem ewig in Kraft bleiben müsse. (Beifall.) Er glaube aber nicht, daß England jemals zu den absurden, komplizierten Tarifen zurückkehren solle, deren Reform im Jahre 1842 begonnen habe. Was die Frage der Verwendung von Kampftarifen bei Handelsvertrags-Verhandlungen anlangt, so seien seine Ansichten darüber bekannt. „Ich habe“, fährt Balfour fort, „im Jahre 1881 ausgeführt, daß die Möglichkeit, fremde Nationen dadurch zu Konzessionen uns gegenüber zu bewegen, daß wir ihnen Tarifkonzessionen gewähren, zu Ende gehen würde, und daß ich nicht einräde, wie in Zukunft unter günstigen Bedingungen verhandelt werden könnte, wenn wir nicht die Macht hätten, etwas wie eine Wiederergeltung entgegenzusetzen. Seit 1881 sind in den großen Ländern, mit denen wir zu verhandeln wünschen, viele Tarife zu stande gekommen, die für uns ungünstig sind. Wir haben das enorme Antoaßen der Tarife gesehen. Niemand ist im Hause, der nicht eine gewisse Beunruhigung fühlt bei dem Gedanken an ihre eventuelle Wirkung auf Englands große Stapelindustrien. (Beifall bei den Ministeriellen.) In einer großen, komplizierten Gemeinschaft, wie der unsrigen, müssen von Zeit zu Zeit große Veränderungen in Erwägung gezogen werden, und die Minister sollten versuchen, wenn das Kabinett glaubt, daß die Zeit gekommen sei, unter neuen Umständen entstandene neue Schwierigkeiten zu prüfen, ihre Ansichten im Stillen und Verborgenen reifen zu lassen. Ich will nicht leugnen, daß der von mir eingeschlagene Weg seine Nachteile hat; ich sage aber: laßt uns die Frage nach allen Seiten prüfen und alle Thatsachen und Gründe in Erwägung ziehen, und wenn eine Verschiedenheit der Ansichten der Partei besteht, so sollte man nicht über die zur Erwägung stehende Frage hinausgehen und die Einigkeit oder Loyalität der Partei in Frage stellen. Koloniale Fragen berühren nicht nur die öffentliche Meinung in England, sondern auch in allen unsren Kolonien mit Selbstverwaltung. Ich habe meine Ansichten mit vollkommener Aufrichtigkeit auseinandergesetzt, und ich würde meine Pflicht verletzen, wenn ich abgeschlossene Ueberezeugung ausdrücken wollte, wo solche nicht bestehen.“ (Beifall und Widerspruch.)

Nach Balfour sprach noch der Führer der Liberalen Campbell Bannerman. Er führte aus: Das bedeutendste Mitglied des Kabinetts nächst dem Premierminister hat erklärt, er sei bereit, das fiskalische System des Landes umzuwerfen, und er wolle dies zur Frage bei den nächsten Parlamentswahlen machen. Wir sind daher zu der Frage berechtigt, ob dies die beschlossene Politik der Regierung ist. Wir machen aus einem Munde oder einer Ansicht keinen Heiß, wir behaupten aber, daß unter der Freiband-Politik das Land mehr prosperiert hat, als irgend ein anderes Land, und diejenigen, welche diese Politik ändern wollen, sollen beweisen, daß wir im Unrecht sind.

Das Haus schreitet hierauf zur Abstimmung über den Antrag Chaplin auf Verbeibehaltung des Kornzolls. Der Antrag wird mit 424 gegen 28 Stimmen abgelehnt. —

Norwegen.

Ein Ministerwechsel. Der bereits bei den Verhandlungen über die Konsulatsfrage am 27. Mal unvermeidlich geworden war, ist jetzt endlich zum Abschluß gekommen. Der Kriegsminister Stang und der Landwirtschaftsminister Konoow haben demissioniert. Als Kriegsminister wurde der Ingenieurkapitän und Militärattaché Thomas Thomassen Hesthe ernannt. Das Landwirtschafts-Departement wird in Zukunft vom Staatsrat Gunnar Knudsen verwaltet. Dieser übernimmt an Stelle des Staatsrats Surde, der in die Staatsrats-Abteilung zu Stockholm übertritt, auch die Finanzen, während der Staatsminister Mehr neben dem Revisions-Departement auch das Handels-Departement verwaltet wird. — Die nun zurückgetretenen Minister sind diejenigen, die ein Hindernis der gegenwärtig vor sich gehenden friedlichen Lösung der Konsulatsfrage bildeten. —

Amerika.

Das Ende des venezolanischen Aufstandes. Ein Telegramm aus Curaçao besagt, Ratos und andre Führer der venezolanischen

Kuständlichen feien nach vierstägiger Fahrt in offenem Boot entbietet dort angekommen. Der größte Teil von Matos' Heer sei gefangen genommen. Die venezolanische Revolution sei beendet. —

Afrika.

Unterwerfung Nigals. Die Vertreter (Dschemmas) der sieben Dörfer der Gasse von Nigal sind in Beni-Unis angekommen, um ihre Unterwerfung anzugeben. General O'Connor erklärte ihnen, die Senaga vorgerückten erzielte Züchtigung sei nur der Anfang des Vorgehens, das man, wenn nötig, fortsetzen werde. Frankreich habe die Bewohner von Nigal nicht gestraft, weil sie sich für den Präsidenten erklärt hätten. Die Dschemmas mühten die Verantwortlichkeit für die Thaten ihrer Stammesangehörigen und die Thaten derer, welche sie bei sich aufnahmen, tragen. Frankreich wolle wieder die Erniedrigung, noch den Ruin Nigals, sondern im Gegenteil seine Wohlfahrt. Die im Bau begriffene Eisenbahn werde ihnen, wenn Sicherheit herrsche, Wohlfahrt bringen. Er sei gekommen, um diese Sicherheit herbeizuführen, und er werde sie herbeiführen, ohne vor irgend einem Mittel zurückzufahren. Er werde ihnen die Friedensbedingungen mitteilen, die er zunächst als Genugthuung, sodann aber besonders als Garantie für die Zukunft fordern müsse. —

Wahlversammlungen.

Für die Wähler-Versammlung des ersten Kreises, in der am Mittwoch der Kandidat Dr. Leo Arons sprach, erwies sich der Saal des Brandenburger Hauses in der Mohrenstraße als zu klein, viele der Einladungsbegehrenden mußten wieder abziehen, da das Lokal wegen Ueberfüllung polizeilich abgeperrt war. Sie wurden durch Handzettel auf die am Montag im Grenzpalast stattfindende Wähler-Versammlung, in der wiederum Dr. Arons sprechen wird, aufmerksam gemacht. — In klarer und überzeugender Weise widerlegte der Redner die zahlreichen Vorwürfe und Angriffe, die von konservativer und namentlich auch von freisinniger Seite gegen die Socialdemokratie gerichtet werden, und erläuterte den Standpunkt und die Ziele unserer Partei, wobei er die Anwesenden aufforderte, sich durch Lesen des socialdemokratischen Programms (das in der Versammlung verteilt worden war) selbst eine Ueberzeugung zu bilden. Allerdings hätten die Gegner recht, meinte der Redner, wenn sie behaupten, wir wollten die „Dummen“ fangen, das heißt diejenigen Wähler, die bisher noch dumm genug waren, den konservativen oder freisinnigen nachzulaufen. Diese beiden Parteien aber seien nicht einmal in der Lage, die Interessen eines wirklich liberalen Bürgertums, geschweige denn die der Arbeiterklasse zu vertreten. Wer aber diese Ueberzeugung gewonnen habe, der müsse dann auch konsequent sein und für die Socialdemokratie stimmen. — Im Laufe und am Schlusse des Vortrags erfolgten lebhafte Weisfals-Ansprachen. Gegner meldeten sich nicht. Der Vorsitzende Doppel wies noch darauf hin, daß gerade unser Kandidat Dr. Arons in hervorragender Weise geeignet hat, wie er unter Hintanhaltung aller anderen Interessen für die Sache des Volkes zu wirken bereit ist und sich nicht vor der Reaktion beugt.

Für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am Mittwoch eine Versammlung bei Altem, Hasenheide, statt. Sie war von über 1000 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse Ledebour übernommen, der in seinem zweistündigen Vortrag, wiederholt durch lebhafte Weisfals-Unterbrechungen unterbrochen, die gegenwärtigen politischen Zustände und die Bestrebungen der Socialdemokratie eingehend erörterte. Er besprach sodann die für den 2. Wahlkreis in Betracht kommenden Parteien und nachdem er den konservativ-antifreimännlichen Mischmasch, die Junkerschuhtruppe und namentlich von diesen betriebenen Schwindel mit der angeblichen Mittelstandsrettung gebührend gekennzeichnet hatte, beschäftigte er sich mit der freisinnigen Volkspartei, die in derselben Weise wie ihre konservativ-antifreimännlichen Bundesgenossen die Socialdemokratie in der schamlosesten Weise verleumdet und die jetzt auf dem Standpunkt angelangt ist, daß jeder, der nur noch einen Funken von demokratischem Gefühl besitzt, sich von dieser Partei abwenden muß. Zum Schluß richtete der Referent die Aufforderung an die Versammelten, dafür einzutreten, daß am 16. Juni ein für allemal entschieden wird, daß der zweite Wahlkreis endgültig der Socialdemokratie gehöre, und daß schon in der Hauptwahl der socialdemokratische Kandidat R. Fischer mit überwältigender Majorität gewählt wird. (Beifall.)

Da sich trotz wiederholter Aufforderung Gegner nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Disziplin-Abstand genommen. Der Vorsitzende Werner gab dann noch bekannt, daß bereits mehrere Fälle bekannt sind, wonach Parteigenossen, die in der Wählerliste nicht eingetragen waren und ihre nachträgliche Eintragung rechtzeitig beantragt, ganz zweifellos zu Unrecht abgewiesen wurden und ersuchte die Versammelten von allen derartigen Fällen das Wahlkomitee in Kenntnis zu setzen. Hierauf erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkervereinende Socialdemokratie, dem sich ein kräftiges Hoch auf die Genossen Ledebour und Fischer anschloß.

Für den zweiten Wahlkreis fand am Mittwoch noch eine Wähler-Versammlung in dem großen Saale des Wilhelm-Theaters in der Friedrichstraße statt. Gegen 500 Personen hatten sich hier eingefunden. Das Referat hielt Dr. Alfred Bernstein. Er wies hauptsächlich darauf hin, daß der Freisinn, der den Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden in den Wahlflugblättern so viele Versprechungen mache, in der Praxis und im Parlament ganz anders handle, und legte dann eingehend die socialdemokratischen Ziele und Grundzüge dar. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion meldete sich kein Gegner zum Wort trotz wiederholter Aufforderung seitens des Vorsitzenden. Einige Genossen nahmen das Wort; es wurde hierbei erwähnt, daß in einer nationalen Versammlung die Socialdemokraten hinausgeprügelt worden seien. Genosse Richard Fischer, der zum Schluß in der Versammlung erschien, rief davon ab, gegnerische Versammlungen zu besuchen, und nahm alsdann Veranlassung, seinerseits noch kurze Erläuterungen zu den Wahlmachinationen der Gegner im zweiten Reichstags-Wahlkreis den Versammelten vor Augen zu führen. Dem Appell Fischers, den 16. Juni zum einen Siegestag für unsere Partei zu gestalten und alle Mann an die Wahlurne zu bringen, stimmte die Versammlung begeistert zu. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie und Fischer ging die Versammlung auseinander.

Dritter Wahlkreis. Eine gut besuchte Wähler-Versammlung wurde am Mittwochabend im Lokale von Janna s. J., Inselstr. 10, abgehalten. Mehrere Arbeiter waren auch zahlreiche Angehörige des Mittelstandes, sowie eine Anzahl Sprechstiller erschienen. Genosse Wolfgang Heine nahm zuerst das Wort. Er betonte besonders, daß die Socialdemokratie und deren Kandidaten nicht die geringste Ursache hätten, etwa mit zusammengekauften Vornamen in den Wahlkampf zu ziehen, wie solches von unsern Gegnern so gern behauptet werde. Rein frei und offen sage er jedem Wähler, er sei Kandidat der socialdemokratischen Partei und werde auch stets als solcher handeln. Wer ihn also wähle, der wähle nicht den Rechtsanwalt Heine, sondern den Socialdemokraten Heine. Redner gab alsdann einen kurzen Ueberblick über die parlamentarische Thätigkeit der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion und unterzog das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstag wie auch bei der jetzigen Wahl einer scharfen Kritik. Stürmischer Beifall wurde dem Redner zu teil, als er zu energischer Wahlbeteiligung aufforderte, damit der dritte Kreis dauernd eine Domäne der Socialdemokratie bleibe. — Nachdem sich Genosse Heine unter lebhaftem Hochrufen der Anwesenden von der Versammlung verabschiedet hatte, um noch eine zweite Versammlung zu besuchen, sprach der Genosse Werner noch ausführlich über die hauptsächlichsten Programmpunkte unserer Partei, dabei gleichzeitig die widersprüchlichen Behauptungen der gegnerischen Flugblätter widerlegend. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Im „Märkischen Hof“, Admiralstraße, war die Versammlung sehr gut besucht, so daß trotz besetzter Gallerie viele mit Stehpulken vorlieb nehmen mußten. Der Referent Dr. Jadel be-

schloß unter wiederholtem Beifall der Versammlung die Fassung der bürgerlichen Parteien und deren Organe. Nach einer kräftigen Aufforderung des Referenten, nur socialdemokratisch zu wählen, stellte sich der Kandidat des Kreises, Genosse Wolfgang Heine, den Wählern vor. Er betonte, daß es nicht Sache der Socialdemokraten sei, den Wählern Möglichen und Unmögliches zu versprechen. Das die socialdemokratische Fraktion in letzter Legislaturperiode geihan, zeigte Redner durch ihre Stellungnahme zu den verschiedensten Gesetzesvorlagen im Gegenteil zur bürgerlichen Partei. Bei dieser Wahl, so schloß Genosse Heine, handelt es sich um die Rechte des ganzen Volkes und wer gegen Entrechtung und Ausbeutung seine Stimme abgeben will, müsse socialdemokratisch wählen. Nachdem der Beifall geendet, schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie, auf Wolfgang Heine und sämtliche socialdemokratische Abgeordneten des Reichstags.

Sechster Wahlkreis. Eine imposante, auch von Frauen zahlreich besuchte öffentliche Wähler-Versammlung hielten die Genossen der Rosenhäger Vorstadt in Daafes Salon, Brunnenstraße 104, am Mittwoch ab. Das Referat hatte Robert Schmidt übernommen, der an der Hand antifreimännlicher und freisinniger Flugblätter die unheimliche Lügenhaftigkeit unserer Gegner treffend charakterisierte und in längeren Ausführungen darlegte, daß zur Verbesserung unserer Zustände auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik nur einzig und allein die Socialdemokratie berufen ist. Unsere Parole müsse lauten, unablässig im Sinne der Socialdemokratie für die Wahlen zu wirken, damit die große Majorität der Stimmenzahl bei der vorigen Wahl sich um ein ganz bedeutendes bei der kommenden Wahl vermehre. Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall entgegen genommen. Da Gegner das Wort nicht nahmen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen und die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Die Gastwirtsgehilfen hielten am Donnerstag bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der socialdemokratische Kandidat des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises Dr. Arons über die Reichstagswahlen sprach. Der einstündige Vortrag, in dem der Referent namentlich die sociale Gesetzgebung behandelte und hierbei die arbeitfeindliche Stellung der bürgerlichen Parteien einer treffenden Kritik unterzog, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion im Sinne des Referats, von der besonders bemerkenswert ist, daß auch ein Vertreter einer großen Berliner Arbeitervereinsung, die nicht den freien Gewerkschaften angeschlossen ist, mit dem Hinweis auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu den Forderungen der Gastwirtsgehilfen, für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten plädierte, wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Die Versammlung ist mit dem Referenten darin einverstanden, daß die Interessen der erwerbsfähigen Bevölkerung im allgemeinen sowie die der Gastwirtsgehilfen im besonderen nur von der Socialdemokratie wirksam vertreten werden, und sie verpflichtet sich deshalb, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit aller Energie für die Socialdemokratie zu wirken und nur den Kandidaten dieser Partei die Stimme zu geben.“ — Mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie und den Referenten Arons erfolgte der Schluß der Versammlung.

Reichstags. Am Sonnabend tagte hier eine öffentliche Wähler-Versammlung, in der Genosse Dr. Silberstein das Referat hatte. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Herr Hammer hatte abgelehnt zu erscheinen. Herr Kleinow versuchte in der Diskussion für Herrn Hammer eine Lanze zu brechen, was jedoch zum Teil nur Heiterkeit hervorrief. Mit einem Hoch auf den Sieg am 16. Juni und die Socialdemokratie schloß die gut besuchte Versammlung.

In Rigodorf hielten unsere Parteigenossen am Mittwoch zwei Wähler-Versammlungen ab. In Gröplers Saal referierte Genosse Ströbel unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Von den erschienenen Gegnern meldete sich trotz der Aufforderung des Vorsitzenden niemand zum Wort. Zwei Genossen illustrierten die Ausführungen des Referenten durch eigne Erfahrungen. Nachdem der Vorsitzende Hoppe einen kernigen Appell zur regen Mitarbeit bei den Wahlen an die Parteigenossen gerichtet hatte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

In der zweiten, bei Thiel abgehaltenen, überfüllten Versammlung referierte Genosse Hülle. In dem oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Vortrage zeigte der Redner, was die gegnerischen Parteien den Wählern vor der Wahl alles versprechen, ohne daran zu denken, ihre Versprechungen jemals einzulösen. Der Redner beleuchtete die politische Situation und kam zu dem Resultat, daß nur die Wahl von Socialdemokraten die Sicherheit gäbe, daß die bestehenden Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtert würden. Nachdem sich trotz wiederholter Aufforderung Gegner nicht zum Wort gemeldet hatten, richtete der Vorsitzende Voelke an die Anwesenden den Appell, daß am Tage der Wahl ein jeder seine Schuldigkeit in vollem Maße thue, damit der Wahlkreis schon bei der Hauptwahl in unsern Besitz übergehe. Nach einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die völkervereinende Socialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Zum Apothekenboykott.

Zum erstenmal haben seit dem 30. Oktober v. J. gestern wieder Einigungsverhandlungen zwischen der Centralkommission der Krankenkassen und dem Vorstande der Apotheker-Vereinigung stattgefunden. Die Verhandlungen, die durch die Apotheker veranlaßt worden sind, scheinen diesmal doch zu einem Resultat zu führen. Von den Apothekern ist zunächst ein Rezeptur-Rabatt von 10 Prozent, die Beibehaltung der gelben Rezeptformulare mit der bisherigen Aufschrift, also die Lieferung der freigegebenen Arzneimittel durch die Droguisten, und entsprechende Erweiterung der Handverkaufsliste zugesprochen. Die Centralkommission hat den letzten Beschluß der Krankenkassen-Vorstände vertreten, der sich im wesentlichen dadurch von dem Vorschlage der Apotheker unterscheidet, daß ein Rezeptur-Rabatt von 17 1/2 Proz. gefordert wurde.

Nach längerer Verhandlung und nachdem die Parteien nochmals unter sich beraten hatten, wurden die Vergleichsbedingungen aufgestellt, nach denen unter anderem gewährt wird:

16 1/2 Prozent Rezeptur-Rabatt, Beibehaltung der gelben Rezepte und Lieferung der freigegebenen Mittel durch die Droguisten. (Die rechtlich zweifelhaften Mittel sollen die Apotheker liefern.) Erweiterung der Handverkaufsliste durch eine gemeinsame auf beiden Parteien gleichmäßig zusammengesetzte Kommission. Differenzen sollen durch eine Schlichtungskommission, event. unter dem Vorbehalt eines unparteiischen Vorsitzenden, der vom Oberbürgermeister ernannt werden soll, entschieden werden. Es wurde ferner festgelegt, daß eine materielle Schädigung der jetzt zur Lieferung zugelassenen Apotheker seitens der Apotheker-Vereinigung nicht stattfinden soll. Der aufgestellte Vertrag, der alle Einzelheiten enthält, soll möglichst am 1. Juli in Kraft treten und zunächst bis Ende 1905 dauern. Beide Parteien verpflichteten sich, die getroffenen Vereinbarungen den Versammlungen ihrer Auftraggeber zur Annahme zu empfehlen. Da nun auch auf Seiten der Apotheker der Wunsch zum Frieden vorzuliegen scheint, wie er von der Centralkommission immer angestrebt wurde, so ist Aussicht vorhanden, daß der langwierige Kampf, der über zwei Jahre dauerte, damit sein Ende findet.

Die Königsschlacht in Belgrad.

Belgrad, 11. Juni. Das neue Ministerium veröffentlicht folgendes Communiqué: „Verschiedene Zwistigkeiten, welche sich am Hofe ereignet haben, haben die Intervention der Armee und einen Konflikt hervorgerufen, in welchem König Alexander und Königin Draga den Tod gefunden haben. Zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung

im Lande in diesem traurigen und schwierigen Augenblick, haben sich die Vertreter aller politischen Gruppen verständigt und eine provisorische Regierung gebildet, damit der verfassungsmäßige Zustand, wie er vor dem 23. März bestand, wieder hergestellt werde. Sie haben beschlossen, die Nationalversammlung, welche unter Leitung der Verfassung vom 8. April 1901 gewählt wurde, zu einer Sitzung einzuberufen. Die Nationalversammlung wird zur Wahl eines Souveräns schreiten und andre Beschlüsse, welche die gegenwärtige innere Lage erheischt, fassen. Nach den bis jetzt von den militärischen und Civilbehörden enthaltenen Nachrichten ist die Ruhe im Lande nirgendwo gestört worden. Die Regierung wird bestrebt sein, dieselbe aufrecht zu erhalten. Die Regierung ist überzeugt, daß, indem sie in der Weise handelt, sie dem neuen Zustand der Dinge die Sympathie aller europäischen Mächte sichern wird.“

Belgrad, 11. Juni. (W. Z. B.) Hier herrscht völlige Ruhe. Die Stadt ist militärisch besetzt. Die Bestätigung der von den Truppen bereits gehehenen Ausrufung Peter Karageorgewitsch als König durch die für Montag einberufene Schupschima wird erwartet.

Belgrad, 11. Juni. (W. Z. B.) Am Schlusse eines Berliner Telegramms der „Königlichen Zeitung“ wird zu der serbischen Katastrophe ausgeführt: Es darf als ein Glück bezeichnet werden, daß die allgemeine politische Lage von heute so beschaffen ist, daß infolge des Einberufens zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn wohl kaum die Gefahr besteht, daß die serbischen Forderungen über dieses Land hinausgreifen. Das nach der persönlichen Seite furchtbare Ereignis dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach rein serbischen Charakter behalten, und die an den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel erst in zweiter Linie interessierten Mächte werden voraussichtlich einstweilen ruhig abwarten, wie sich die Dinge in Serbien weiter gestalten. (Gottlob, Bälow ist ruhig! Redaktion.)

Bern, 11. Juni. Peter Karageorgewitsch weilte heute nachmittag immer noch in Genf. Er ließ um 4 1/2 Uhr nachmittags einem Journalisten auf dessen Anfrage sagen, er habe noch keine offizielle Nachricht, er wisse noch nicht, ob und wann er nach Belgrad abreisen werde und ob er wirklich zum Könige proklamiert worden sei. Immerhin erklärte er, daß unter den Unterzeichnern der Proklamation des neuen Ministeriums mehrere seiner Anhänger sich befänden. Die beiden Söhne Karageorgewitsch, Georg und Alexander, besuchten Genfer Schulen, bis sie nach Petersburg kamen, wo sie heute noch weilen.

London, 11. Juni. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, herrscht in den Kreisen der hohen Diplomatie in London die Ansicht, daß den Nordthron in Belgrad ein Bürgerkrieg nicht folgen werde; seit seiner Verheiratung sei König Alexander beim Volke sehr wenig beliebt gewesen. Die Proklamation Peter Karageorgewitsch des Schwiegersohnes des Fürsten von Montenegro, zum Könige, sei die wahrscheinliche Lösung der Lage. Seine Wahl sei am annehmbarsten für das Volk. Es sei bekannt, daß jede europäische Macht auf den Frieden bedacht ist und daß keine Macht einen Krieg wünscht. Sollten unerwartete Verwicklungen entstehen, so werde angenommen, daß sofort österreichische Truppen in Serbien einrücken und die Ordnung wiederherstellen würden. Dieser Fall sei aber durchaus nicht wahrscheinlich.

London, 11. Juni. (W. Z. B.) Unterhaus. In Antwort auf Anfragen über die Umwälzungen in Serbien erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußern, Cranborne, die Regierung sei amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß der König Alexander und die Königin Draga in der letzten Nacht ermordet worden seien. Eine neue Regierung sei unter dem früheren Ministerpräsidenten Amalomonowitsch gebildet worden. Die Krone sei vom Könige aufgeborene Verfassung sei wiederhergestellt und die im vergangenen März aufgelöste Nationalversammlung sei zum baldigen Zusammentritt einberufen worden.

Budapest, 11. Juni. (W. Z. B.) Aus Belgrad wird gemeldet: Die Garbisten, welche den Konal bewachten, leisteten verzweifelten Widerstand; es sollen hundert von ihnen gefallen sein. Adjutant Oberst Matimowitsch, der in das Schlafzimmer des Königs einbrang, forderte die Abkantung des Königs, worauf dieser ihn mit dem Worte: „Verstirbt!“ niederschloß. Ein Trupp Offiziere, an ihrer Spitze Hauptmann Papowitsch, ermordete dann die Insassen des Konals.

Oberlieutenant Wischitsch erschloß den König. Das Attentat wurde durch das 16. Infanterie-Regiment verübt, welches neulich hart bestraft worden war, weil es gegen eine demonstrierende Menge die Waffen nicht gebrauchen wollte. Ein Kanonenschuß zeigte an, daß das Attentat vollzogen sei. Jngzar Marlowitsch wurde von einem Soldaten ermordet, der ihm eine dringende Vottschaft zu überbringen vorgab. Kriegminister Pawlowitsch flüchtete in einen Kasten, auf den 25 Schüsse abgegeben wurden. Alle Geschäfte sind gesperrt, viele Einwohner flüchteten. Von Semlin wurden telegraphisch eine große Anzahl von Waggons zur Beförderung der Flüchtlinge verlangt. Nach Belgrad eingelassen zu werden ist selbst unter Vorzeigung eines Passes schwer.

Belgrad, 11. Juni. (W. Z. B.) Wie amtlich festgestellt ist, wurden in der letzten Nacht außer dem Königspaar folgende Personen erschossen; die Brüder der Königin Draga Nikola und Nikodem Lunjevitz, der Ministerpräsident General Demeter Jngzar Marlowitsch, der Kriegminister General Pawlowitsch, der Generaladjutant General Lasar Petrovitsch, der zweite Adjutant Generalstabs-Oberst Michael Ramowitsch, der Ordnanz-Offizier Artillerie-Hauptmann Jovan Mikowitsch und der Lieutenant Milan Sagowitsch. Schwere verwundet wurde der frühere Minister des Innern Welimir Theodorowitsch und der Kommandant der Donaudivision Demeter Nikowitsch. Das Ereignis wurde gegen 2 Uhr nachts von einer Anzahl Offizieren unter Zuhilfenahme von zwei Truppenabteilungen ausgeführt und von der Armee ruhig aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englisches Unterhaus.

London, 11. Juni. (W. Z. B.) Drmsby-Gore (L) fragt ferner an, ob der österreichisch-ungarischen Regierung über die beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf britische Manufakturwaren Vorstellungen gemacht seien. Cranborne erwidert, über diesen Gegenstand seien keine Vorstellungen gemacht worden. Der österreichisch-ungarische Zolltarif werde in der nächsten Woche von der Nachrichtenabteilung des Handelsamts in Erwägung gezogen werden. Campbell-Bannerman leant die Aufmerksamkeit Balfours auf das Telegramm der Regierung von Neu-Südwaales, in welchem diese ihre Genugthuung über die Erklärung der britischen Regierung ausdrückt, daß jeder Kolonie die freie Ausübung ihres Rechtes gesichert werden solle, in engere Handelsbeziehungen zum Mutterlande zu treten. Campbell-Bannerman fragt ferner an, ob die Ansicht richtig sei, welche in dem Telegramm über die Absichten der britischen Regierung bezüglich der Vorzugszölle und Vergeltungstarife ausgesprochen werde. Balfour erwidert: Ich weiß nicht, auf welche Erklärung sich das Telegramm bezieht, aber ich habe namens der Regierung zu erklären, daß wir sicherlich nicht gleichgültig auf einen Versuch blicken können, eine englische Kolonie dafür zu strafen, daß sie ihr Recht ausübt, in besonders günstige Handelsbeziehungen zum Mutterlande zu treten. (Beifall.)

Die socialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

1. Kreis:

Privatdocent a. D. **Dr. Leo Arons, Berlin.**

2. Kreis:

Buchhändler **Richard Fischer, Berlin.**

3. Kreis:

Rechtsanwalt **Wolfgang Heine, Berlin.**

Niederbarnim: Stadtverordneter **Arthur Stadthagen, Berlin.**

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil, Berlin.**

4. Kreis:

Stadtverordneter **Paul Singer, Berlin.**

5. Kreis:

Arbeitersekretär **Robert Schmidt, Berlin.**

6. Kreis:

Schriftsteller **Georg Ledebour, Halensee.**

Der Wahltag ein Feiertag.

Der Wahltag ist ein so wichtiger Tag im Leben des Staatsbürgers, daß er als ein Feiertag betrachtet werden sollte. Wir erheben seit je die Forderung, daß in Würdigung dessen die Wahl am Sonntag vorgenommen werde. Nuderei und wahltaktische Erwägungen der herrschenden Parteien haben sich bisher diesem Verlangen widersetzt. Mögen daher die Arbeiter wenigstens versuchen, in friedlicher Verständigung mit den Unternehmern wenigstens einen Teil des Tages zum Feiertage zu machen. Wir richten an alle Arbeiterwähler das Ersuchen, mit den Unternehmern in Unterhandlungen zu treten, daß am Wahltag von Mittag an die Arbeit vollständig ruhe.

Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen in Preußen.

In dem gegenwärtigen Wahlkampf spielt die Behauptung unserer Gegner eine große Rolle, als hätte die Krise, die mit Ende 1901 einsetzte, ihren Höhepunkt bereits überschritten, als ginge es neuerdings in beschleunigtem Tempo in eine neue Prosperitätsperiode hinein, in der die Arbeiter von der enormen Mehrbelastung durch Brot- und Fleischwucher wenig oder nichts verspüren würden. Daher kommen die Berichte der „preussischen Regierungs- und Gewerbeberichte“ für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1902 zu gelegener Zeit, um mit dieser verlogenen Wahlschönheit noch im letzten Augenblick an der Hand eines jedenfalls unansehnlichen Materials eine gründliche Abrechnung zu halten. Wir wollen damit nicht sagen, daß die diesjährigen Berichte der preussischen Fabrik- und Bergwerksinspektion, abgesehen von dem nun einmal vorgezeichneten bürokratischen Schema, sich durch größere Einheitsliebe in der Ausföhrung oder durch eine weniger reaktionäre Zustimmung von denen der letzten Jahre wesentlich unterscheiden. Aber die wirtschaftlichen Tatsachen, wie sie in den einzelnen Berichten niedergelegt sind, reden eine sehr unzuweifelnde Sprache, daß an ihnen auch die verbissenste Schönungslogik zu Schanden werden muß.

Allerdings lauten nicht die Urteile aus allen Distrikten durchaus ungnädig. So heißt es in dem Bericht für die Regierungsbezirke Pommern und Stettin: „In den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen wurden 42 240 gewerbliche Arbeiter gezählt gegen 38 630 im Vorjahre. Diese Zunahme von fast 9 Proz. dürfte vornehmlich auf den besser gewordenen Geschäftsgang in den meisten Industriezweigen zurückzuführen sein.“ Auch der Bericht für den Regierungsbezirk Pommern besagt, daß die Arbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres wieder den normalen Umfang angenommen hatte, weiniglich die früheren Löhne noch nicht in voller Höhe wieder erreicht worden seien. Eine Besserung der Gesamtanlage wird ferner für den Regierungsbezirk Potsdam konstatiert; der im Vorjahre fast in allen Industriezweigen bemerkbare Rückgang sei zum Stillstand gekommen, in einzelnen Gewerben ein Fortgang zu verzeichnen, so in der Textil-, Hut- und Zementindustrie. Von dem im Vorjahre notwendigen Verkürzungen der Arbeitszeit habe daher wieder Abstand genommen, ein Teil der entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden können. Nur die von dem wirtschaftlichen Niedergang am meisten betroffene Maschinenindustrie habe sich auch im Berichtsjahre noch nicht zu erholen vermocht, so daß diese Gruppe wieder einen beträchtlichen Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter aufweise. Für den Regierungsbezirk Coblenz wird gleichfalls eine geringe Besserung in der industriellen Gesamtanlage, so weit die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Frage kommt, konstatiert, wogegen andererseits zugegeben werden muß, daß die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach Betriebsbeschränkungen und Lohnherabsetzungen zur Folge hatten.

Recht optimistisch spricht sich auch der Bericht für Düsseldorf aus, der als ein typisches Beispiel für bürokratische Schönfärberei gelten kann. „Wenn die Tabelle die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter 860 526 und die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter mit 267 667 um 2207 bzw. 1480 höher angibt wie im Vorjahre, so kann hieraus wohl geschlossen werden, daß der bisherige Mangel an Beschäftigung in unfruchtbarer Höhepunkt bereits überschritten hat.“ Wie jedoch der Bericht selber betont, wurden die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der wichtigsten Stadt des Bezirks, Düsseldorf, wesentlich beeinflusst durch die Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, die bei den Herstellung- und Abbrucharbeiten zahlreiche Personen lohnende Beschäftigung bot. Nichtsdestoweniger hat die „fortdauernde ungesichere Lage eine allgemeine Aufbesserung der Löhne bisher nicht ermöglicht.“ Tagelohn wie Accordlöhne sind durchweg noch immer niedriger als vor zwei Jahren. Wie gering aber im letzten Grunde gerade bei der Verhältnisse im Regierungsbezirk Düsseldorf der Anlaß zu optimistischen Ansichten ist, zeigen die Bemerkungen des Berichts über die „günstige“ Entwicklung der einzelnen Arbeitsnachweisseiten. Da heißt es: „In Essen wurde durch den städtischen Arbeitsnachweis 2864 männlichen und 1749 weiblichen Arbeitern bei 8250 bzw. 4109 Anmeldungen Arbeitsgelegenheit verschafft. Der in der Stadt Düsseldorf seit dem Jahre 1890 bestehende Verein für Arbeitsnachweis sowie für Beschäftigung und Verpflegung von Arbeitsuchenden hat es trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse im letzten Jahre ermöglicht, 2175 männlichen und 698 weiblichen Personen gegen 1440 bzw. 516 im Vorjahre Stellen anzuweisen. In der

Wanderherberge wurden 19 000 Nachtlager gewährt und in der Wanderarbeitsstätte 23 582 Centner Holz zerleinet.“ In Essen standen also über 12 000 Arbeitsangebote 4000 vermittelten Stellen gegenüber; für Düsseldorf läßt sich das Verhältnis aus dem Bericht nicht feststellen, aber die nahezu 20 000 Nachtlager in der Wanderherberge, die 23 1/2 Tausend Centner zerleineten Holzes sind doch recht verdächtige Zahlen.

Soweit also Stimmen laut werden, welche sich über die wirtschaftliche Lage günstiger aussprechen, unterliegen sie nicht nur wesentlichen Einschränkungen, sie bleiben andererseits auch durchaus in der Minderheit. Die weitaus größere Mehrheit der Berichte ist gezwungen, den andauernden Fortgang der Krise und ihre teilweise sogar steigende Tendenz, sowie die verheerenden Wirkungen derselben für das Proletariat unumwunden und rückhaltlos anzuerkennen, eine Auffassung der ökonomischen Situation, die sich mit derjenigen des von uns vor wenigen Tagen besprochenen holländischen Fabrikinspektions-Berichts völlig und bis in die Einzelheiten deckt.

Durchaus ungünstige Situationsberichte ergeben sich für die übrigen Provinzen. In Pommern waren infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage selbst die größten Werke gezwungen, zu Arbeiterentlassungen zu schreiten und die Nachtarbeit durchweg einzustellen, sowie die Tageslöhne zu kürzen. Die großen Werften arbeiteten fast die ganze zweite Hälfte des Berichtsjahres nur 8 Stunden täglich; Nachtarbeit kam überhaupt nur dort vor, wo es sich um den kontinuierlichen Betrieb von Oefen handelte. In der Provinz Posen ist die Zahl der industriellen Arbeiter um 2019 zurückgegangen, wie überhaupt im Vergleich zum Vorjahre gesagt werden muß, daß ein Fortschritt in der industriellen Entwicklung der Provinz nicht eingetreten ist.“ Der Bericht für den Regierungsbezirk Breslau stellt fest, daß es ohne Zweifel in dem größten Teil der Industrie des Bezirks an hinreichender Arbeit gefehlt hat. „Lohnherabsetzungen, abgesehen von solchen, die nur vorübergehend und mehr zufälliger Natur waren, haben die Löhne der Arbeiter in der Regel nicht feststellen können. Dagegen sind in einer Reihe von Betrieben teils direkte Lohnherabsetzungen beobachtet, wie in der Steinbruch-Industrie als Folge von in- und ausländischer Konkurrenz, teils indirekte, als Folge von eingelegten Feierschichten und verlängerter Arbeitszeit. Selbst da, wo, wie z. B. in dem Aufsichtsbereich Reichensbach, kein Rückgang der Lohnhöhe zu verzeichnen war... ist die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse infolge Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Fleisches, doch eine schlechtere geworden.“ Auch für den Regierungsbezirk Bielefeld wird zugestanden, daß „zahlreiche Lohnherabsetzungen, Verkürzungen der Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitern die wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Arbeiter leider sehr gedrückt“ haben. In der Wäsche-Industrie von Jauer vermag es eine Arbeiterin bei täglicher zehnjähriger Fabrik- und drei bis vierstündiger Hausarbeit zu einem Wochenverdienst von sechs bis zehn Mark zu bringen. Im Regierungsbezirk Pommern beträgt die Abnahme der industriellen Arbeiter 1012 (1,7 Proz.) gegen 1354 (1,1 Proz.) im Vorjahre. „Der wirtschaftliche Niedergang der Industrie hatte vielfach die Herabsetzung der Löhne, die Aufhebung der früher bewilligten Lohnprämien, die Einlegung von Feierschichten oder längere Verurlaubungen der Arbeiter zur Folge.“ Für Frankfurt a. O. wird berichtet, daß in der Maschinen- und Holzbearbeitungs-Industrie Lohnherabsetzungen bis zu 15 Prozent, im Bauwesen bis zu 10 Prozent vorliefen. In der Holzwaren-Industrie hob sich allerdings der Berechnung der Norddeutschen Textil-Vertragsgesellschaft zufolge der Durchschnittsverdienst von 691,37 M. in 1898 auf 701,50 M. in 1901; doch wird auch dieser Mehrerwerb „leider durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und stellenweise auch der Wohnungsmieten wieder ausgeglichen.“ In Berlin und Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf ist für das Berichtsjahr eine Abnahme der industriellen Arbeiter um 10 150 oder 4,3 Proz. ermittelt worden. „Die im Durchschnitt verlängerte Arbeitszeit des Vorjahres hat sich nicht gehoben. In einzelnen Fabriken konnten zwar die Feierschichten wieder aufgehoben werden, andre dagegen, z. B. Luxuspapier-, Karton- und einige Silberwaren-Fabriken, mußten ihre Arbeitszeit noch verringern. Zum Entlassungen zu vermeiden.“ Gut beschäftigt war nur die Konfektion.

Das gleiche traurige Bild bieten die mittleren Provinzen. Im Regierungsbezirk Magdeburg hat sich die Arbeitslosigkeit im letzten Winter in den Industriestädten stärker fühlbar gemacht, besonders in der Maschinenindustrie. Wegen Mangel an Aufträgen hat eine ganze Anzahl von Maschinenfabriken die Arbeitszeit eingeschränkt, zum Teil sehr erheblich, bis auf halbe Tage. Selbst vorzüglich empfohlene Arbeiter konnten in dieser Industrie kaum Beschäftigung finden.“ Eine Arbeitslosenzählung zu Ende des Berichtsjahres ergab für die Stadt Magdeburg 2750 Arbeitslose, wobei die Zusätze der Arbeiterkolonie, die Arbeitsfähigen, die arbeitslos von auswärtig Zugezogenen usw., 602 an der Zahl, nicht mitgerechnet sind. Von den Arbeitslosen waren 308 Angehörige der Bauindustrie und Bauarbeiter, 406 Maschinenbauer und Metallarbeiter. Außerdem wurden aber noch 2480 Personen mit verlängerter Arbeitszeit gezählt und die durchschnittliche Verkürzung von deren täglicher Arbeitszeit zu 2,56 Stunden ermittelt.“ Beim kommunalen Arbeitsnachweis der Stadt Magdeburg standen 8673 Stellenangeboten 17 310 Arbeitsgesuche gegenüber, beim Nachweis des Verbandes der Metallindustriellen war das Verhältnis sogar 2268 : 12 212. Der kommunale Arbeitsnachweis von Duedlinburg verzeichnet 2088 Stellenangebote, 3418 Arbeitsgesuche. Der Bericht für Merseburg giebt ähnliche Daten und betont, wie durch die im Berichtsjahre eingetretenen hohen Fleischpreise die Haushaltung der Arbeiter wesentlich beschwert worden sei. Ebenso heißt es in dem Bericht für Erfurt: „Der geschäftliche Rückgang war auch in diesem Jahre noch sehr zu bemerken und hatte teilweise Arbeitslosigkeit für die Arbeiter der Maschinen-, Dampf-, Eisen-, Blechwaren- und Gewerkefabriken sowie für die Bau- und Möbelfabriken im Gefolge. In

einigen Betrieben der Holzbranche, der Maschinenindustrie sowie in den Eisengießereien wurde teilweise die Arbeitszeit herabgesetzt. Die Pumpen- und Schuhfabriken waren mit Ausnahme von einigen geschäftstillen Wochen recht gut beschäftigt und haben sich besonders für Erfurt als segensreich erwiesen, da sie den Frauen und Mädchen der durch die Ungunst der Verhältnisse zum Feiern gezwungenen Männer die Möglichkeit gaben, ihren Familien den nötigsten Unterhalt zu gewähren. Nach der Ernte konnte man in den Herbergen und Vereinshäusern der Stadt Erfurt die Bemerkung machen, daß die vorhandene Zahl der Arbeitssuchenden täglich durch zuzuwandernde Anwärter und landwirtschaftliche Arbeiter vermehrt wurde.“ Wenn der Bericht und gleichwohl glauben machen will, daß trotz der obigen Ausführungen „eine erhebliche Arbeitsnot weder in Erfurt noch in den übrigen Städten des Regierungsbezirks hervorgerufen sei“, so liegt das Tendenzlose dieser Bemerkung auf der Hand. Dem Bericht für Schleswig zufolge hat das Steigen der Löhne aufgehört; „im großen und ganzen wird sich das Einkommen der arbeitenden Klassen verringert haben“, „ein weiteres Sinken der Löhne in der nächsten Zeit ist nicht ausgeschlossen.“ (Schluß folgt.)

Kartellkammer in Sachsen.

Als das Kartell in Sachsen zwischen dem Bunde der Landwirte, den Konservativen, den Antisemiten und den Nationalliberalen perfekt geworden war, erklärten die Zeitungen dieser Parteien, nun könne der Kampf der „Kartellhaltenden“ Parteien gegen die Socialdemokratie mit dem erforderlichen Nachdruck geführt werden. Die drohende socialdemokratische Gefahr hatte die reaktionären Parteien zum Kartell zusammengeführt.

Die Freunde am Kartell hat nicht lange gedauert. Für den 10. Kreis, Döbeln-Kohle, war von vornherein eine Ausnahme zugestanden worden. Im Kreise des biden Ort, dem 9. sächsischen, Freiberg, durchbrachen die Nationalliberalen die Abmachung. Vor einem Zusammengehen aller bürgerlichen Wähler ist in seinem Kreise die Rede, weil das Centrum und die Freisinnigen überall Jährländkandidaten in Vorschlag gebracht haben. Wenn es sich in den meisten Kreisen auch nur um die Aufspaltung verhältnismäßig weniger Stimmen handelt, sind die Kartellparteien doch in hanger Sorge. Die katholischen Wähler werden dringend beschworen, das „Vaterland über die Partei“ zu stellen und die Kartellkandidaten zu wählen. Das Dresdener Centrumblatt giebt den Kartellbrüdern aber eine runde Abfage, mit dem Hinweis auf das Jesuitengeschrei, das alle Kartellkandidaten angestimmt haben. Außerdem habe man das Centrum mißachtet, indem es nicht zu den Kartellverhandlungen hinzugezogen wurde.

Von wie geringer Bedeutung der Freisinn in Sachsen geworden ist, erhebt man daraus, daß der Vorstand des Freisinnigen Landesvereins in einem Circular sehr dringend um Geld bittet; 1500 Mark habe man zur Verfügung, während der Wahlkampf gegen 3000 Mark kosten werde, wogegen, nicht etwa in einem Kreise, sondern in ganz Sachsen. In einem andern Circular des Vorstandes der Freisinnigen Volkspartei in Königsreich Sachsen wird den Parteigenossen mitgeteilt, daß der Landesverein die Stimmgelder bezahlen will. Den Parteigenossen der einzelnen Kreise bleibe es überlassen, ob sie „noch durch kleine, wenig kostspielige Annoncen kurz vor der Wahl zur Stimmabgabe für den betreffenden Jährländkandidaten aufordern wollen“.

Wie wenig gut und zuverlässig die Stimmung der Kartellparteien ist, lehrt das Klagen ihrer Zeitungen darüber, daß diese Freisinnigen den andern bürgerlichen Parteien in den Rücken fallen.

Mit der Bekämpfung der Socialdemokratie durch die Kartellparteien ist es eine eigne Sache. Von einem Kampfe durch Debatten in Versammlungen ist jetzt in keinem Kreise mehr die Rede. In den meisten Kreisen leiteten die Kartellkandidaten von vornherein ab, Socialdemokraten in ihren Versammlungen sprechen zu lassen. Da too Diskussion zugelassen wurde, gab man in der Regel nur zehn Minuten Redezeit. Aber selbst das hatte bald ein Ende. Offen wurde ausgesprochen, daß von solchen Diskussionen nur die Socialdemokratie Vorteil habe.

Der frühere Kruppische Direktor Jenke im 20. Kreise ließ den socialdemokratischen Kandidaten Rosenow in zwei oder drei Versammlungen sprechen. Da hatte er genug und ließ Rosenow schriftlich mitteilen, er dürfe in die Versammlungen Jenkes nicht mehr kommen. Im 21. Kreise, Annaberg-Ebenholz, hat der Kartellkandidat Rehnold solche Angst vor Socialdemokraten, daß er durch den Vorsitzenden in seinen Versammlungen für jeden Widerspruch mit einem Prozeß wegen Hausfriedensbruchs drohen läßt.

Im 17. Kreise, Chemnitz, kündigte der Kartellkandidat Langhammer, der sich in 14 Tagen vom Jollgegner zum Jollfreund herumtauferte, als seine Hauptaufgabe den Kampf gegen die Socialdemokratie an. In einer Prekypolemik verwies er ausdrücklich auf noch folgende Auseinandersetzungen in Versammlungen. Dann kniff er aber schließlich und hält jetzt nur noch Versammlungen unter Ausschluß von Socialdemokraten ab.

Im 19. Kreise, Stollberg-Schneeberg, wo der schlichte Bergmann Hänel kandidiert, wurde von vornherein gesagt, daß nur Versammlungen unter Ausschluß von Socialdemokraten stattfinden würden und daß auf keinen Fall Diskussion zugelassen werde. Als dann in einer Versammlung doch Diskussion geführt wurde, bedröhten ein paar socialdemokratische Arbeiter den Kandidaten dermaßen zu, daß es nun endgültig mit der Redefreiheit vorbei ist.

Im 18. Kreise, Jwidaun, kam der nationalliberale Kandidat Schulze in ein paar socialdemokratische Versammlungen und sprach dort. In seinen Versammlungen dürfen jedoch Socialdemokraten nicht reden. Der Kandidat verbot den einigen Socialdemokraten, daß er gegen eine Diskussion nicht einzuwenden habe.

aber seine Wahlstimmen lieber nicht zu. Der Herr Kandidat ist also nur eine Art Marionette in den Händen der Kartellisten.

In allen andern Kreisen liegt die Dinge mehr oder weniger ähnlich.

Besonders hoch haben die Kartellbrüder im 17. Kreise, Glauchau-Neerane. Unser Genosse Auer kann an der Agitation nicht teilnehmen, weil er krank ist. Die Parteigenossen sind desto rühriger. Der Kartellkandidat, Geh. Regierungsrat Dr. Kumpel, hat nur in drei Versammlungen gesprochen. Dann hat er seine Parteifreunde sitzen lassen und ist auf Urlaub ins Ausland gefahren, von dem er erst nach der Wahl zurückkehrt.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie erfolgt also in Versammlungen, die hinter verschlossenen Türen tagen, vor meist lächerlich geringer Menge von Wählern. Die Hauptarbeit müssen die Amtsblätter besorgen. Mit scharfer unfaßbarer Frechheit und Verlogenheit wird von diesen Blättern die Sozialdemokratie heruntergerissen. Am 15. Kreise, Wittweida-Limbach, den Genosse Göhre voraussichtlich erobern wird, ist eine besondere Stelle geschaffen worden, von der aus die sieben Amtsblätter des Kreises mit den gemeinsten Notizen versehen werden.

Spahngel ist, daß die Kartellparteien in manchen Kreisen jetzt an Saalmaneuver leiden. Der Militärkommandant und der Postoffizier bürgerlicher Vereine ist bis jetzt in der rücksichtslosesten Weise gegen diese Versammlungen überfallen. Nun erklären eine ganze Anzahl Vereine, daß sie überhaupt keine Versammlungen abhalten lassen. In Neerane a. B. haben unsere Parteigenossen jetzt drei schöne Säle. Der Geh. Regierungsrat Dr. Kumpel konnte aber in der Stadt keine Versammlung abhalten, weil er keinen Saal bekam; in einem Saal der Sozialdemokraten weigerte er sich zu gehen. Auch in Chemnitz fürchten die Kartellisten über sozialdemokratischen Terrorismus, weil mehrere Säle ihre Säle zurückgezogen haben, aus Furcht, die Sozialdemokraten, denen die Säle natürlich ebenfalls verweigert werden, könnten sie boykottieren.

Daß die Behörden sich mit Eifer der Kartellparteien anschließen, ist fast selbstverständlich. In der Hauptsache geschieht das durch das massenhafte Verbot von Versammlungen. Die Versammlungsverbote geben in Sachsen schon in die Hunderte. Meist wird zur Begründung der Verbote die Minderjährigen-Bestimmung angeführt. Bei jeder Versammlung geht das aber nicht gut an. Die Annaberger Antischauphantasi hat daher jetzt Vorschriften ausgehängt, die es ermöglichen, jede Versammlung unter freiem Himmel zu verhindern. Es wird nämlich verlangt, daß jedes Feldgrundstück in „sicherer“ Weise mit festen Bretterplanen umzäunt wird. Das läßt sich in den Dörfern fast ausnahmslos nicht durchführen. In großen Teilen des 20. und 21. Kreises sind nun die Gegner Zent und Rehwald die unheimlichen sozialdemokratischen Versammlungen los, die bisher außerordentlich stark besucht waren.

Es herrscht überhaupt in allen Kreisen die freudigste Stimmung bei den Sozialdemokraten und die regste Tätigkeit wird entfaltet. Die Kartellparteien haben begründete Ursache, besorgt dem 16. Juni entgegenzusehen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Wülheim a. Rh. wurde unter großer Beteiligung der Genosse Lauber begraben. Er ist einer der ersten gewesen, die sich dem von Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein angeschlossen haben. Er war ein begeisteter Verehrer Lassalles, dessen Schriften er sehr fleißig studiert hatte. Er gehörte auch zu denen, die unter dem Sozialistengesetz sehr eifrig mitwirkten, unsere Ideen in Wort und Schrift zu verbreiten. Der Mann, der schon früh die Not und den Ernst des Lebens kennen lernte (er kam schon mit 14 Jahren zu fremden Leuten), ist bis an sein Lebensende ein treuer Anhänger und Verehrer unserer Sache gewesen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Als Verleger eines Volkskalenders sollte der Genosse Thiele zu Halle vom Schöffengericht zu Wittenberg dafür verantwortlich gemacht werden, daß von einzelnen Empfängern des Kalenders für denselben keine Geldbeträge gesendet worden waren. Die Anklage lautete auf Gewerbeübertretung. Da jedoch Thiele nachweisen konnte, daß er mit dem Vertrieb des Kalenders nicht das mindeste zu thun hat, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung für den Inhalt des Kalenders trägt, wurde die Klage zurückgezogen wie in Leipzig, wo wegen desselben angeblichen Vergehens vor vierzehn Tagen Termin anstand.

Ein anonymes Schmierblatt hatte seiner Zeit dem Genossen Wehler eine unflätige Postkarte zugesandt. Die „Leipziger Volks-Ztg.“ bezeugte als Verfasser derselben den Ratsekretär Golla in Leipzig. Golla fragte deswegen gegen unser Brudersblatt wegen Beleidigung; er wurde aber mit seiner Klage abgewiesen, da das Gericht als erwiesen ansah, daß G. der Schreiber der Karte war. — Wie uns nun ein Privattelegramm aus Dresden mittelt, hat das Oberlandesgericht die von Golla gegen das Urteil eingelegte Revision verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand. Aus zwei wichtigen Getreideproduktions-Ländern laufen Nachrichten über den Saatenstand und die nach diesem zu erwartenden Ernte-Erträge ein: aus Ungarn und aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

In Ungarn herrschte im letzten Drittel des Mai nach den beim Ackerbau-Ministerium eingelangten Berichten im allgemeinen veränderliches kühles und zum Teile regnerisches Wetter. In einigen Teilen des Landes aber, besonders in den nördlichen und östlichen Komitaten, giebt Regenmangel auch heute noch zu Klagen Anlaß. Desgleichen herrscht stellenweise jenseits der Donau ein derartiger Regenmangel, daß man an manchen Orten die Trockenheit schon als wahre Katastrophe empfindet. Die hohen Gebirgsgegenden bilden auch diesmal eine Ausnahme, denn dort gab es reichliche Niederschläge. Dies kann auch von einigen südlichen Gegenden gesagt werden. Winterweizen ist schon zumeist in die Halme und zum Teil im Alford in Rehren gedrosen und blüht. Rogg und Unkraut verursacht an ziemlich vielen Orten Schaden. Verhältnismäßig am besten steht Winterweizen in dem Winkel zwischen Theiß und Maros, zwischen der Donau und Theiß, ferner rechts der Donau und teilweise links der Donau, schließlich in Siebenbürgen. Weniger gut sind die Aussichten in der Theißgegend, besonders rechts der Theiß. Wenn auch heute schon nicht mehr ein so guter Ertrag erhofft werden kann, wie z. B. im Vorjahre, so ist es doch wahrscheinlich, daß im Falle günstigen Wetters der Ertrag im Landesdurchschnitt nicht unter mittel bleiben wird. Auch Sommerweizen hat sich in der letzten Zeit nicht entsprechend entwickelt. Winterroggen steht ziemlich befriedigend, stellenweise ist er sogar gut, nur sporadisch sieht man schlechtere Leere Halme. Wintergerste säht bereits in die Halme und steht in Blüte; sie dürfte einen befriedigenden Ertrag liefern. Sommergerste litt viel unter den heißen Winden. Die Hofschaalen stehen überwiegend mittel und gut mittel. Eine Ausnahme bildeten bis Ende Mai die östlichen Komitate und die nordöstlichen Gegenden.

Wichtig ist infolge des Einflusses, den die amerikanischen Ernten auf den Weltmarktpreis für Getreide ausüben, der Saatenstandsbericht des Washingtoner Ackerbau-Bureaus. Nach seiner Zusammenstellung haben sich die Aussichten für die Winter-Weizenernte der Union im letzten Monat um nicht weniger als 10,4 Proz. verschlechtert. Während die voraussichtliche Ernte Ende April mit 92,6 Proz. eingeklärt wurde, beträgt die Schätzungsziffer vom Ende Mai nur 82,2 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die bedeutenden Beschädigungen der Weizenselder durch die Heberfahnenwunden während der letzten vierzehn Tage in dieser Riffer noch nicht zum Ausdruck kommt. Als Gründe für die Verschlechterung der Saaten werden im Bericht teils Dürre, teils zu viel Regen genannt. Wenn trotzdem die zu erwartende

Menge an Winterweizen nach dem amtlichen Bericht hoch geschätzt wird (483 Millionen Bushels gegen im Vorjahre geerntete 412 Millionen Bushels), so liegt das an dem bedeutenden Anbau. Beträgt doch die mit Winterweizen bebaute Fläche 33 107 000 Acres gegen 28 581 000 in 1902. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß durch die jetzt noch andauernden Heberfahnenwunden nicht unansehnliche Flächen für die Ernte vollkommen ausfallen. Am meisten verschlechtert hat sich der Saatenstand in Kalifornien, Illinois, Missouri, Kansas und Indiana. Geschätzt wurde der Ertrag in Millionen Bushels am

	1. Juni 1903	1. Mai 1903	1. Juni 1902	1. Juni 1902
Winterweizen	483,4	546,3	349,6	411,8
Frühjahrsweizen	298,5	—	314,9	258,3
zusammen	781,9	—	664,5	670,1

Nach der Stand des Winterroggens hat sich etwas verschlechtert und ist jetzt 90,8 gegen 93,3 am 1. Mai und 88,1 Proz. am 1. Juni des Vorjahres. Hafer wird mit 85,5 gegen 90,6 vor einem Jahre und Gerste mit 91,5 gegen 93,6 Proz. angegeben. Ferner ist auch der Roggenanbau mit 1 907 000 Acres gegen 1 979 000 im Vorjahre und der von Hafer mit 27 732 000 gegen 28 633 000 Acres etwas kleiner als in 1902, während der von Gerste mit 4 001 000 gegen 4 681 000 Acres den letztjährigen Anbau übertrifft.

Kohlenhydrit und Magerlohsenzehen. Entgegen den neuerlichen Mitteilungen, wonach zwischen dem Kohlenhydrit und den Magerlohsenzehen eine Einigung stattgefunden haben soll, ist die „Athenisch-Bekifische Zeitung“ in der Lage, mitzuteilen, daß eine derartige Einigung thatsächlich noch nicht stattgefunden hat. Es sind im Gegenteil neuerdings wieder von einer aus der Gruppe der Magerlohsenzehen herabgebildeten Kommission mit den Vorständen der führenden Syndikatszehen Verhandlungen angeknüpft worden, die zum Zweck haben, die Hauptzehen dafür zu gewinnen, daß von Seiten des Syndikats den Magerlohsenzehen gegenüber, wie es ihre Erzeugnisse erheischen, eine liberalere Handhabung der Verkaufsbedingungen Platz greifen dürfte, d. h. also, daß den Magerlohsenzehen im Verkauf mehr Selbständigkeit namentlich ihrer privaten Kundschaft gegenüber zugestanden werde. Ob und inwieweit die Magerlohsenzehen mit ihren Bestrebungen Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht absehen. Es ist aber anzunehmen, daß das Syndikat wenigstens einen Teil ihrer Wünsche berücksichtigen wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Einem wahrhaft kläglichen Verzug, den Streikbruch der Hirsch-Dunderschen beim Weichischen Ausstände aus der Welt zu deuten, unternimmt der „Gewerkverein“ in seiner neuesten Nummer. Aber wie der Verfasser des Artikels sich auch dreht und windet, es gelangt ihm nicht, den Generalrat Gleichauf und seine Gesellschafter rein zu waschen von dem begründeten Vorwurf des Streikbruchs. Was wird denn nun zur Verschönigung des Verhaltens Gleichauf angeführt? Er habe schon am 20. Mai erklärt, daß die Gewerkschafts-Mitglieder nicht für den Streik stimmen würden. Trotzdem hätten sich dieselben der Wehrheit gefügt und am 22. Mai ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Nachdem Herr Gleichauf am 23. Mai die bekannten Zugeständnisse der Direktion gemacht wurden, hätten die Gewerkschaftler die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und diesen Beschluß am Montag, den 25. Mai, ausgeführt.

Diese vom „Gewerkverein“ angeführten Thatsachen sind unseres Wissens richtig. Ueber sie wird auch gar nicht gestritten, aber das Verhalten Gleichauf wird doch dadurch keineswegs gerechtfertigt. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter des Weichischen Betriebes hatte den Streik beschlossen. Für etwaige Verhandlungen mit der Direktion hatten sie eine Kommission gewählt, in der auch die Gewerkschaftsmitglieder vertreten waren. Nur diese Kommission war befugt, bindende Vereinbarungen für die Gesamtheit der Streikenden zu treffen. Herr Gleichauf hat aber hinter dem Rücken der Kommission und zwar nicht für die Gesamtheit der Streikenden, sondern nur für den kleinen Teil der Gewerkschaftler Abmachungen mit der Direktion getroffen. Indem er so einen Sonderfrieden mit der Direktion schloß, verriet er die Interessen der großen Mehrheit der im Kampfe stehenden Streikenden. Wer, so lange ein Streik nicht wieder durch Wehrheitsbeschluß aller Beteiligten aufgehoben ist, in dem gesperrten Betriebe die Arbeit aufnimmt, der ist ein Streikbrecher. Wer zum Streikbruch rät, und weiter Streikbrecher in den Betrieb sendet, wie es Herr Gleichauf gethan hat, der begünstigt den Streikbruch und ist schlimmer wie ein Streikbrecher. So galt es bisher in der Arbeiterbewegung, und so muß es bleiben, wenn nicht die gewerkschaftlichen Kämpfe illusorisch gemacht werden sollen. Es hilft kein Drehen und Wendeln, in der Weichischen Angelegenheit haben die Gewerkschaftler unter Führung des Herrn Gleichauf den schmachlichsten Streikbruch verübt. Darin stimmt uns auch — wie wir kürzlich mitteilten — der „Gewerkschaftsbote“ zu. Der „Gewerkverein“ aber schämt sich nicht, sich zur Verschönigung offenkundigen Streikbruchs herzugeben.

Zum Streik bei der Firma Weichisch. Obwohl dem Betriebe mit Hilfe der Hirsch-Dunderschen ca. 200 Arbeitswille zugesandt sind, ist der Streik keineswegs ausgesetzt. Es ist der Firma einfach unmöglich, ihre Lieferfristen innezuhalten, weil ihr die wichtigste Kategorie der Arbeiter, nämlich die Schleifer fehlen. Auf dem Arbeitsnachweis der Kühnemann in der Gartenstraße ist die denkbar eifrigste Nachfrage nach Schleifern; zur Firma Weichisch aber geht keiner von ihnen. Die paar arbeitswilligen Schleifer, die bei Weichisch arbeiten, bildet die Firma denn auch wie ihre Augäpfel. Sogar Betten sind jetzt in der Fabrik ausgefüllt, damit jene nur nicht mit den Streikenden in Verührung kommen, weil befürchtet wird, sie könnten sonst doch noch mit diesen gemeinsame Sache machen. Die Haltung der Streikenden ist nach wie vor ruhig und fest — Hervorzuheben aber ist, daß die Polizei den Ausständigen fortgesetzt in fast wie dazwischen Art Schwierigkeiten bereitet. Die Sittierungen von Streikposten mehren sich von Tag zu Tag. Eine besonders intensive Tätigkeit entfaltet die Polizei des Mittags und Abends, wenn die Arbeitswillingen die Fabrik verlassen. 30 bis 40 Schutzleute unter dem Kommando von zwei Polizeileutnanten und eines Hauptmanns bilden eine lange Postenkette die kurze Sophienstraße entlang, so daß schon jeder Passant vor weitem darauf aufmerksam wird, daß hier „was los“ ist. Was für Gefühle mögen wohl die Hirsch-Dunderschen beschleichen, so unter polizeilichem „Schutz“ zu stehen. — Bei allem Ernst der Situation fehlt es doch auch nicht an humoristischen Vorfällen. So wollte ein Streikender gestern die Sophienstraße passieren, doch der Polizeileutnant gestattete dies nicht. Der Arbeiter lehnte darauf wieder um, ging nach Hause und warf sich in Wids. Mit Gehrod, Cylinder und weißer Weste ausgestattet kam er dann wieder und konnte nun ungehindert die verbotene Straße entlang gehen, ja er konnte ungestört unter den Augen der Polizei die Weichische Fabrik und noch manches andre in Augenschein nehmen, so lange es ihm beliebte. — „Angströhren“ werden also von der Polizei respektiert.

Deutsches Reich.

Die Zimmerer in Hannover sind am 8. Juni plötzlich in den Streik getreten. Anlaß dazu gab die scharfe Ablehnung der Forderungen, die schon seit langen Monaten eingereicht worden sind. Es wurden einige Abänderungen des mit dem 31. März abgelaufenen Lohn- und Arbeitstarifs im November verlangt. Die hauptsächlichsten Abänderungen waren die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 Pf. Die Verhandlungen hatten sich zerplatzt und darauf haben die im Baubetriebe beschäftigten Arbeiter die Forderungen reduziert und gefordert, die 10stündige Arbeitszeit noch in diesem Jahre bei 52 Pf. Lohn pro Stunde beizubehalten und die zuerst gestellten Forderungen erst im nächsten Jahre in Kraft treten zu lassen. Der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe lehnte

aber auch dieses Anerbieten scharf ab. Am 11. April wurden darauf die reduzierten Forderungen jedem einzelnen Arbeitgeber zugesandt, ohne daß auch nur eine einzige Antwort darauf erfolgt wäre. Die Nichtachtung der höflichen Schreiben erregte natürlich Erbitterung, und den günstigen Augenblick zur Durchdringung ihrer Forderungen hatten nun die Zimmerer für gekommen. In die Listen der Ausständigen liegen sich Montagmorgen 470 Mann eintragen, im Laufe des Tages sind 40 Mann abgereist, denen noch weitere 50 folgten. Der augenblickliche Stand des Streiks ist ein guter, die Arbeit wurde einmütig niedergelegt. Der Arbeitgeber-Verband will als Antwort auf den Streik eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter eintreten lassen. Zugug nach Hannover ist fernzuhalten.

Einem Mißerfolg haben die Mainzer Bauunternehmer wieder einmal erlitten. Kürzlich hatten sie sich 43 italienische Maurer kommen lassen, die als Arbeitswille an die Stelle eines Teils der ausgesperrten treten sollten. Unter fürsorglichem Schutz von Polizeibeamten wurden die Italiener vom Bahnhof nach ihren Quartieren geleitet. Ein Maurermeister hatte dem auf ihn fallenden Teil der Arbeitswillingen in seiner eignen Wohnung eine Herberge eingeräumt. Die Unternehmer schwebten schon in dem freudigen Bewußtsein, nun wenigstens die dringenden Arbeiten fertiggestellt zu bekommen, aber die Freude sollte bald zu Wasser werden. Trotz der strengsten Überwachungsmaßregeln gelang es den Aussperrten doch, mit den Italienern in Verbindung zu treten, und sie über die Sachlage aufzuklären. Die Italiener fingen deshalb gar nicht erst an, sondern reisten sofort wieder ab, und die Maurermeister schauten ihnen mit langen Gesichtern nach.

Ausland.

Der vierte österröische Gewerkschafts-Kongress.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Bericht von Smitla über die Tätigkeit des „Ständigen Arbeitsrats“. Dieser vom Handelsministerium geschaffene Korporation besteht aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter. Im Laufe der Berichtsperiode sind Untersuchungen angestellt worden über die Heimarbeit, sodann über die Lage des Saubermachergewerbes. Beschlossen wurde, die Verhältnisse der Bergarbeiter im Ostrauer Revier statistisch festzustellen. Dieser Aufgabe wurden seitens der Unternehmer große Schwierigkeiten entgegengestellt. Zunächst verlangten die Kohlenbarone dieses Reviers, daß die Untersuchungen sich auf alle Gewerbe im Revier beziehen müßten. Ferner behaupteten sie in einer Eingabe, daß der Beirat kein Verständnis für die bergbaulichen Interessen habe. Dagegen mußte die Regierung, die diese Körperschaft selbst geschaffen, protestieren, und so kamen die Erhebungen in Gang; es wurden 30 000 Vergleute persönlich vernommen, das Material ist aber noch nicht veröffentlicht. Der Beirat befaßte sich auch mit der Regelung der Arbeitsvermittlung. Die Anträge der Arbeitervertreter, daß die Arbeiter die Vermittlung allein besorgen, daß die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften nicht beschränkt und daß die gewerkschaftliche Stellenvermittlung vollständig beseitigt werde, wurden zwar nicht angenommen, aber der Arbeitsbeirat hat doch mehrere Bestimmungen getroffen, die die größten Auswüchse der privaten Stellenvermittlung zu beseitigen geeignet sind. Den paritätischen Arbeitsnachweisen müssen Streiks sofort gemeldet werden. Der so zu hande gelommene Entwurf hat noch keine Gesetzeskraft erlangt. Der Arbeitsbeirat hat ferner Gutachten abzugeben gehabt über Arbeiterwohnungen, über Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Kündigungsschriften und Sonntagsruhe im Handwerksbetriebe. Ferner hat er mitgewirkt bei Gesetzesentwürfen betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung; besonders handelte es sich um Regelung der Lehrlingsfrage. Schließlich hat der Beirat eine Arbeitslosen-Statistik vorbereitet. Der Berichtschreiber schließt: Wenn auch Postibus durch den Arbeitsbeirat noch nicht erreicht sei, so sei es doch Pflicht der Arbeitervertreter, darin anzuharren und mitzuarbeiten, namentlich so lange die Sozialdemokratie im Parlament noch so wenig vertreten sei wie bisher.

Ueber die Unfallverhütungs-Kommission referiert Siegel. Diese Kommission ist zusammengefaßt aus Vertretern der industriellen Technik, der Unfallversicherungs-Anstalten, ferner aus neun Unternehmern und drei Arbeitern. Es seien Bestimmungen getroffen worden zur Verhütung von Unfällen auf Hochbauten, die keramischen Gewerbe, bei der Verarbeitung von Blei usw., aber Gesetzeskraft haben diese Bestimmungen noch nicht erhalten.

Haber berichtet über den Wasserstraßen-Beirat, der auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1901 geschaffen ist. In demselben ist Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Arbeiterchaft vertreten. Aufgabe dieser Körperschaft ist, die geplanten Kanäle der Donau, Oder und Elbe vorzubereiten. Die Vertreter der Arbeiterchaft haben sich bemüht, günstige Arbeitsbedingungen für die bei dem Bau dieser Wasserstraßen zu beschäftigenden Arbeiter durchzusetzen.

Zu diesen Referaten werden eine Reihe Beschlüsse gefaßt; unter anderem wird ein Antrag angenommen, welcher die Einbeziehung des ganzen Kleingewerbes unter das Unfallversicherungs-Gesetz verlangt. Ferner wurde beschlossen, die vollständige Sonntagsruhe im Warenhandel zu verlangen. Schließlich wird die Gewerkschafts-Kommission und die sozialistische Parteileitung beauftragt, eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung auszuarbeiten, die einen umfassenden Arbeiterschutz enthält.

Es folgt sodann ein Referat Quebers über Agitation und Organisation.

Sociales.

Der sechshundertjährige Arbeitstag für die Gastwirtsgehilfen, der nach der Bundesrats-Verordnung noch sechszigmal im Jahre verlängert werden kann, bleibt bestehen, trotzdem das preussische Ministerium in den Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung unambigüel ausgeprochen hat, daß für größere Städte eine Erweiterung der täglichen Ruhezeit von 8 auf 9 Stunden durch Verfügung der dazu berechtigten Polizeibehörden durchgeführt werden soll. Wie wir schon früher berichtet haben, haben sich auch die Gastwirtsgehilfen Berlins bereits Anfang März vorigen Jahres mit einer ausführlich begründeten Petition und mit dem Hinweis auf die Ausführungsbestimmungen des preussischen Ministeriums an den damaligen Polizeipräsidenten v. Windheim um Einführung der neunstündigen Ruhezeit gewandt. Herr v. Windheim, dem anscheinend von den unzufriedenen und langwierigen Erhebungen der Kommission für Arbeiterchaft sowie von den daraufhin erfolgten Gutachten des Reichs-Gesundheitsamtes nichts bekannt war, hatte es für notwendig befunden, die Petition der Gastwirtsgehilfen den Berliner Birle-Vereinigungen zur Begutachtung zu unterbreiten, aber Herr v. Windheim und auch sein Nachfolger haben es nicht für nötig erachtet, den Gehilfen auf ihre Eingabe zu antworten. Als nun auch die zweite Eingabe im Juni v. J. keine Antwort erfolgte, wandte sich die Nachkommission der Gastwirtsgehilfen am Ende des vorigen Jahres an die vorgelegte Behörde des Polizeipräsidenten, an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, von dem nun vor kurzem endlich nachstehende Antwort eingegangen ist:

Nach Lage der von mir geprüften Verhältnisse kann ich den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachten, auf den Erlass einer Polizeiverordnung hinzuwirken, durch welche eine Ruhezeit von 9 Stunden auch für die über 16 Jahre alten Gehilfen und Lehrlinge in den Gast- und Schankwirtschaften Berlins vorgeschrieben wird. An dieser Auffassung würde der in der Eingabe vom Dezember v. J. nachgesuchte Empfang einer Abordnung der Nachkommission der Gastwirtsgehilfen nichts ändern können. Ich habe deshalb davon Abstand genommen, dem bezüglichen Antrage stattzugeben.

v. Bethmann-Hollweg.
Die Gastwirtsgehilfen sind von dieser Antwort, die so lange auf sich warten ließ, natürlich nicht befriedigt. Sie haben bereits am Donnerstag hierzu Stellung genommen und in öffentlicher Versammlung einstimmig eine Resolution beschlossen, worin die Versammlung erklärt, daß sie sich bei dem Entschiede des Oberpräsidenten, der den Intentionen des preussischen Ministeriums direkt entgegensteht, nicht beruhigen werde, daß sie vielmehr die dazu be-

rauen Körperschaften beauftragt, zu geeigneter Zeit die Agitation zur Herbeiführung der neunstündigen Ruhezeit von neuem zu beginnen.

Ueber die bisher unternommenen Maßregeln zur Bekämpfung der Wurmkrankheit

teilt der „Reichs-Anzeiger“ in seiner gestrigen Nummer folgendes mit: Einfließlich mehrerer Gruben, deren Besitzer schon Ende 1902 oder Anfang 1903 die mikroskopische Untersuchung ihrer Belegschaften veranlaßt hatten, sind nunmehr für insgesamt 52 von der Krankheit befallene Gruben derartige mikroskopische Untersuchungen der ganzen unterirdischen Belegschaften angeordnet worden, und zwar auf 29 Gruben durch die Zechenverwaltungen selbst, auf 23 Gruben durch besondere bergpolizeiliche Anordnungen des Ober-Bergamts zu Dortmund. Die Untersuchungen erfolgen überall auf Kosten der Werke, sie müssen regelmäßig wiederholt und thunlichst beschränkt werden. (Wöchentlich sind auf jeder Zeche mindestens 200 Arbeiter zu untersuchen.) Die wurmbehafteten Personen werden einer Abtreibungs- kur unterworfen, sie dürfen nicht eher wieder zur Arbeit unter Tage zugelassen werden, als bis sie für wurmfrei erklärt sind, und sie werden nach Wiederanlegung noch mindestens dreimal in Zwischenräumen von je 4 Wochen auf das Vorhandensein von Würmern untersucht. Die erwähnten oberbergamtlichen Anordnungen stimmen im wesentlichen mit dem in der Konferenz vom 4. April d. J. vorgelegten Entwurf überein, sie enthalten also auch besondere Vorschriften über die Einrichtung, Reinigung und Desinfektion der Aborte unter Tage. Die Verpflegung mit Sumpfwasser ist verboten. Gleiche Maßregeln stehen für weitere Zechen in Aussicht. Um diese richtig auszuwählen, wird binnen kurzem durch allgemeine Bergpolizeiverordnungen für sämtliche Steinkohlengruben des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund die Vornahme von Stichprobenuntersuchungen, d. h. Untersuchungen von 20 Proz. der unterirdischen Belegschaft, vorgeschrieben werden; je nach dem Ergebnis dieser Stichprobenuntersuchung werden weitere Anordnungen getroffen werden oder nicht. Es steht zu erwarten, daß auf diesem Wege nicht nur eine baldige genaue Feststellung des Umfangs der Krankheit, sondern gleichzeitig auch eine Verminderung der Zahl der Wurmbehafteten herbeigeführt werden wird. So waren z. B. auf der Zeche „Erin“ bei der ersten, im März d. J. abgeschlossenen Durchmusterung der unterirdischen Belegschaft ungefähr 79 Proz. Wurmträger; nachdem ein großer Teil davon der Abtreibungskur unterworfen war, ist jetzt beim Abschluß einer zweiten Durchmusterung die Zahl der Wurmträger auf 44 Proz. zurückgegangen. Auf der Zeche „Julia“ belief sich bei der ersten, im Januar dieses Jahres durchgeführten mikroskopischen Durchmusterung der Prozenz der wurmbehafteten unterirdischen Belegschaft auf rund 20 Proz., die zweite Durchmusterung ergab einen Prozenzfuß von 15,67, die dritte einen solchen von 8 und die vierte, Mitte Mai abgeschlossene Untersuchung einen Prozenzfuß von 3,63.

Gleichzeitig mit der vorerwähnten allgemeinen Polizei-Verordnung werden übrigens polizeiliche Maßregeln zur Verhütung einer Uebertragung der Krankheit von Grube zu Grube getroffen werden. Insbesondere wird in Verfolg der Verhandlungen vom 4. April d. J. die Anlegung eines jeden Arbeiters zur unterirdischen Arbeit von dem Nachweis abhängig gemacht werden, daß Wurmträger bei ihm nicht aufgefunden sind. Diese Maßregel läßt sich nur durchführen, wenn eine genügende Anzahl sachgemäß vorgebildeter Ärzte und präventiv-sprechend eingerichteter Krankenhäuser zur Verfügung steht. Diese Voraussetzung ist inzwischen geschaffen worden: Außer denjenigen Ärzten, welche von den oben erwähnten 29 Zechen bereits angestellt sind und die über Untersuchungsstationen verfügen, sind 151 Anstaltsärzte zur Untersuchung Wurmbehafteter ausgebildet worden, und es haben sich bis jetzt 95 von ihnen, die über den ganzen Bezirk amgenen verteilt sind, zur Untersuchung der ihre Arbeitsstelle wechselnden Personen bereit erklärt. Von den im Bezirk vorhandenen

Krankenhäusern sind 30 in der Lage Wurmbehaftete zu behandeln, und auch diese sind zweckmäßig über den ganzen Bezirk verteilt. Ihre Zahl wird noch vermehrt werden.

Vier Zechen sind unter besonderen Vorkehrungsmaßregeln von der Verpflegung zur Verpflegung ganz oder teilweise entbunden worden. Erkrankungen von Familienangehörigen sind auch neuerdings nicht bekannt geworden, obgleich zahlreiche mikroskopische Untersuchungen von Frauen und Kindern, deren Männer oder Vater wurmfrei sind, stattgefunden haben. Inzwischen werden die Untersuchungen fortgesetzt. Die Mitteilung mehrerer Blätter, daß in einem besonderen Falle die Angehörigen eines Betriebsführers dadurch erkrankt seien, daß Hühner den Ausscheidungsstoff aus Gartenlaub verschleppt hätten, ist vollständig unrichtig, sie beruht auf einem schlechten Scherz.

Die Kosten der Bekämpfungsmaßregeln hatte zunächst der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum übernommen und dazu einen besonderen Betrag von 200 000 M. bewilligt. Von diesem besonderen Betrage, also ohne die Kosten der stützenden Maßnahmen, insbesondere auch durch die Feststellung der Krankheit erwachsen, werden von den Zechenverwaltungen getragen. Sie belaufen sich z. B. für die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft auf rund 250 000 M., für die Sarpener Bergbau-Aktiengesellschaft und für die Bergwerks-Gesellschaft Sibirnia auf je 50 000 M., für die Gwergesellschaft Graf Schwerin auf ungefähr 25 000 M. und für die Gewerkschaft Lothringen auf über 20 000 M.

Die in dem Bericht eines schlesischen Knappschaftsarztes enthaltene Mitteilung, daß vor einigen Monaten eine Umfrage nach etwaigen Vorkommen von Wurmkrankheit stattgefunden habe, die mit Ausnahme zweier eingeschleppter Fälle (im Kreisgebiet Andultau) negativ ausgefallen sei, ist dahin zu ergänzen, daß mit jenen zwei Fällen die im Jahre 1900 auf einer ober-schlesischen Grube vorgekommenen zwei Fälle gemeint sind. Seit 1900 sind Fälle von Wurmkrankheit im Ober-Bergamtsbezirk Breslau nicht festgestellt worden, obwohl dort eine mehrmalige Untersuchung aller aus verdächtig Gebieten zugewandener Bergarbeiter stattfand. Auch in den übrigen Ober-Bergamtsbezirken Preußens sind Fälle von Wurmkrankheit nicht bekannt geworden.

Der „Reichs-Anzeiger“ wird von Zeit zu Zeit weitere Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit machen.

Aus der Frauenbewegung.

Der sozialdemokratische Wahlverein der Frauen und Mädchen hielt am 10. Juni in Hermanns Festsaal (früher Cohn) in der Reuthstraße eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Frau Dr. M. Hofmann referierte über die Entwicklung der Frau zur Sozialdemokratie. In interessanter Darstellung zeigte sie, wie das einst wahre Wort: „Die Frau gehört ins Haus“, durch die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu einer Unwahrheit geworden sei. Trotzdem gingen die Gegner der so überaus notwendigen Beschäftigung der Frauen im öffentlichen politischen Leben immer noch mit jenem alten Ladenhüter hafteren. Die Frauen forderten jedoch immer mehr ihre Rechte und namentlich die proletarischen Frauen hätten erkannt, daß sie Schulter an Schulter mit dem Manne an der Befreiung unheilvoller Verhältnisse arbeiten müßten und daß sie in der Sozialdemokratie die beste Vertretung ihrer Forderungen hätten. Rednerin verwies auf das Programm der Partei und sprach dann über den Wahlkampf, indem sie seine Bedeutung, besonders auch für die Frauen, würdigte und die Notwendigkeit der Stärkung der Sozialdemokratie betonte. Die sozialdemokratischen Frauen hätten eingesehen, daß sie dabei helfen müßten, und hätten deshalb den Frauen-Wahlverein gegründet. Und wenn sie

auch nur ein Weniges beitragen könnten zum Siege, so hätte dies doch Bedeutung. Man müsse hierbei denken an den Einen, auf den es angeblich nicht und in Wirklichkeit doch sehr ankomme. Von ihrem Standpunkte aus könnten die sozialdemokratischen Frauen mit lächelnder Ueberlegenheit herabsehen auf die bürgerlichen Frauen. Letztere hätten ihren Frauenstimmrechts-Verein gegründet und bettelten hier und bettelten dort bei den bürgerlichen Parteien, wo niemand für das Frauenstimmrecht eintreten wolle. Sie redeten hier und redeten dort und wählten nicht einmal, ob die für die sie wirken, auch nur für die einfachsten Frauenforderungen eintreten werden. Die sozialdemokratischen Frauen hätten auch ihren Frauenstimmrechts-Verein, und der zähle Millionen Mitglieder: dies sei die ganze sozialdemokratische Partei. Unter großem Beifall schloß Rednerin ihren Vortrag mit einer Ermunterung an die versammelten Frauen, zu helfen, daß die Sozialdemokratie siege. — Genossin Vaader schloß sich in beredten Worten dem Aufruf der Vortragenden an, sowie auch ihr lebhaftester Beifall zu teil wurde. Nachdem noch Genossin Kähler unter lebhaftester Zustimmung den Wegener gehörig den Text gelesen hatte, schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei.

Soziale Rechtspflege.

Die Kündigung, am 1. Mai nicht zu arbeiten, als Grund zur augenblicklichen Entlassung.

In einem Betriebe der Holzindustrie hatte der Chef jedem Arbeiter die Entlassung für den Fall angedroht, daß er am 1. Mai die Arbeit ruhen lasse. Am letzten Apriltag ging nun der Werkmeister im Betriebe umher und fragte jeden, ob er am 1. Mai arbeite oder nicht. Drei Arbeiter, die erkrankt hatten, am 1. Mai zu feiern, wurden alsbald — gegen 2 Uhr mittags — entlassen. Sie verlangten den Arbeitgeber auf Zahlung einer Entschädigung beim Berliner Gewerbegericht und machten geltend, daß sie nur dann hätten plötzlich entlassen werden können, wenn sie wirklich am 1. Mai gearbeitet hätten. Das hätte der Beklagte doch erst abwarten müssen. Ihre Erklärung, sie würden am 1. Mai feiern, gebe noch keinen Entlassungsgrund ab, denn damit sei eine beharrliche Verweigerung der Arbeit noch nicht perfekt geworden. — Die Kammer IV unter dem Vorsitz des Dr. Gerth sah jedoch eine Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung schon in der Ankündigung, am 1. Mai zu feiern und wies deshalb die Kläger ab. Ein Entlassungsgrund sei gegeben.

Dieses Urteil enthält nach unserer Ueberzeugung eine geradezu unglaubliche Rechtsirrtum. Der Absatz 3 des § 123 der Gewerbeordnung sieht nämlich ausdrücklich vor, daß ohne Kündigung Gehilfen und Gehilfen entlassen werden können, wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben (!) oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern.

Daß die Beklagten im vorliegenden Falle die Arbeit unbefugt verlassen haben, wird wohl niemand behaupten können. Sie haben nur erklärt, daß sie am andern Tage nicht kommen würden. Auch ihren sonstigen Verpflichtungen gegen den Arbeitgeber, wie etwa die Verrichtung einer bestimmten ihnen aufgetragenen Arbeit sind sie bis zum letzten Augenblicke nachgekommen, am allerwenigsten haben sie sich beharrlich geweigert, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Sie sind gar nicht einmal gefragt worden, ob sie den sonst ihnen innerhalb der Arbeitszeit obliegenden Verpflichtungen nachkommen würden, sondern ob sie am andern Tag kommen würden, und sie haben sich nicht beharrlich geweigert, denn nach übereinstimmender juristischer Praxis hat man eine beharrliche Weigerung bisher nur darin gesehen, wenn jemand seine Pflichten trotz wiederholter Aufforderung nicht erfüllt. — Zweifellos liegt hier also ein Rechtsirrtum vor.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 12. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyberhaus. Figaros Hochzeit.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Reichens. Lustige Ehemänner.
Vorher: Nach dem Balle.
Wexen. Alt-Heidelberg.
Central. Was und Wodet.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner - Theater).
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater).
Der Meister von Palmyra.
Berliner. Festsitt von Conjanct.
Reichs. Kröge Koch.
Thalia. Die Grille.
Reichens. Nachholl.
Belle-Alliance. Der Jägerbaron.
Carl Weisk. Das Geheimnis des toten Hauses.
Metropol. Reue! Menschen! Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Vasage-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.
Castans Panoptikum. Friedrichstr. 165.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! „Auferstehung“.
Neu! Karl Forschaeritsch gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitokapelle, grosse Promenaden-Konzerte.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.
Castans Panoptikum. Friedrichstr. 165.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! „Auferstehung“.
Neu! Karl Forschaeritsch gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitokapelle, grosse Promenaden-Konzerte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adol. Wilbrandt.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Hexe.
Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Königsthor. Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: Das Allerweltsgenie.
Große Feste mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: Ball. Voltabekantungen. Anfang 5 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Max Klien's Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Hilbitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hoch elegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: Familien-Kränzchen.

Apollo-Theater.

Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
Grosses Post-Ballett.
Vorher: Neue glänzend. Specialitäten.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Arche Noah.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 73. Café Alexandr. Bei gütlicher Witterung im Garten.
Anthropos, der familiäre Mensch.
Paul Ybs, Russ. Imitation.
H. Schanz, Gelsen. Wendi, Marion.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entrée 1 M., von abds. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder die Hälfte.
In der Arena: Elefantennutter mit saugendem Baby, Shetland-Pony mit Zwergfohlen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Anfang: Wochentags 6 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Entrée: 30 Pf.
Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtsyl. Prater-Theater.

Kastanienallee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.
Täglich: Das Bild der Mutter.
Ballspiel mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Geeler u. D. Richter.
Konzert und Ball. Kullertzen erstklassiger Akrobaten. U. a.: Ada Marcell, Schröder u. Denter, Rolampagos Troupe; Ovargard.
Ein ideales Gefängnis. Große Pantomime. Mokaschly Troupe.
Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. 41, 50 Pf.

Fröhels Allerlei-Theater.

früher Puhlmann.
Zehnhanter Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Heute, sowie täglich:
Der erfolgreichste, brillante Juni-Spielplan.
Konzert, Theater u. Specialitäten.
Son 8 Uhr: Das große Volkstheater:
Zur rechten Stunde.
10 Uhr: Die verkehrte Welt.
Pigolla.
10 1/2 Uhr: Molly Verch.
10 1/2 Uhr: Die Katakomben von Paris.
Täglich: Großer Ball.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Eintritt 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-77.
Obstfeld (Ringstr.-St.). Ueberregent!
Täglich das unerreichte Juni-Programm! Robert u. Vertram. Clown Dolly. Fritz Brand. Cafe-Ball. Voccacelo-Itio etc.
Sonnabend, Sonntag u. Montag Tanz.

Bernhard Rose-Theater.

Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Paul Tagliani, Ballettmeister.
Helen Chache, die 11jährige unerreichbare Trapezkünstlerin Richard Wagner, beliebter Komiker und Liebeslänger.
Clara Antonie, Kostüm-Comedienne mit neuen Schlägern.
Schmidt-Hawkins, beliebter Humorist.
Eugenia Wernke, Meisterin der Akrobatenkunst vom Wintergarten.
Brothers Shadow, moderne Gladiatoren vom Circus Russe.
Willy Agoston in
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Anfang 4 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
In der Klemme.
Humoreske von Reffel.
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags: 7 Uhr.

Sanssouci.

Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags: Sonntag, 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr. Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Sonne: Tanz.

Dr. Simmel.

Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Franz Beyer.

Berlin N., Chausseestrasse 103, empfiehlt 14072*
Maltrank, Himbeersaft, sämtliche Arten Weine, Liqueure, Cognac, Rum etc. zu Engrospreisen.
Rob-Tabak
E. Nauen, a. d. Schmedtauerstr.

Neue Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 13. Juni

im Garten und den Gesamträumen der „Brauerei Friedrichshain“ (am Königsthor):

Grosses Sommernachtsfest Doppel-Künstler-Konzert

Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Maximilian Fischer und Berliner Blas-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Karl Woitschach.
Gesangs-Aufführungen: „Lorbeerkrantz (1879)“ unter Leitung des Herrn Fling, Preisschlessen, Preiskegeln, Bücherverlosung und Belustigungen aller Art.

Grosser Sommernachts-Ball.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. Kinder unter 12 Jahren frei.
Karten a 30 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben, an der Abendkasse 40 Pf.
Anfang des Konzerts 6 Uhr. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.
150/10
Der Vorstand. I. A.: Heinr. Neff, Veteranenstr. 6.

Wirtshaus Rosenseeterrasse in Britz

Chausseestr. 69/70 (Haltestelle der Strassenbahn).

Sonntag, den 14. Juni 1903:

Grosses Volks-Fest

veranstaltet von den **socialdemokratischen Parteigenossen in Britz.**
Reichhaltiges Programm, unter anderem:
Auftritt des beliebten **Berliner Uk-Trio.**
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Zahlreichen Besuch erwartet.
209/7*
Entree 20 Pf.
Das Komitee.



Neues Programm.

Agnes Säter, norweg. Soubrette.
Miss Votana, Schulkonzerterin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
Jim und Jan, komische Akrobaten.
Die Bisoras, weibl. Trompetercorps.
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adelo Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
„Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert.
Biograph.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 8 Uhr:
Gallisches Thor nach Dechly-Gellankant.
Anschließend werden die Mitglieder
bringend erlucht, zu der heute abend,
9 1/2 Uhr bei Wilke, Brunnenstr. 123
Rathhausenden 12/11

Versammlung

bestimmt und zahlreich zu erscheinen.
Mittwoch, den 17. d. M., im
Böhmischen Brauhaus, Landsberger
Ulee 11/13:

Versammlung.

NB. Die werten Mitglieder werden
höflich ersucht, die Bundeskarte bis
Juni in Ordnung zu bringen.

Schweissfüsse

(desgl. Achselschweiss)
werden trocken und geruchlos beim
Gebrauch von **Otto Pitschels**
tozmet. Schweiss-Puder

Thymolin

Garantirt unschädlich, daher ärztlich
empfohlen. Preis pro Schachtel 50 Pf.
Depots in den Apotheken, Drogerien
u. einschl. Geschäften, wo nicht erhält-
lich, gegen Einsend. v. 60 Pf. Marken
direkt durch d. Chem. Laboratorium von
Otto Pitschel, Berlin O., Caprivistr. 6.

Centralverband der Maurer Bezirk Wedding.

Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

im Lokale Pasewalkerstr. 3.
Tages-Ordnung: 1. Bericht aus den Vereiner- und Obsten-
Elyungen. 2. Ausgabe eines Flugblattes.
Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
137/16*
Der Obmann.

Rudolf Fink

Beusselstrasse 36, nahe Wielefstrasse.

Erste Bezugsquelle für:

**Kaffee, Zucker, Thee,
Kakao, Vanille,
Konserven, Mehl, Hülsenfrüchte,
Braunschweiger Fleischwaren**

Butter-Handlung.

fernsprecher. 1760L*

Westend-Charlottenburg.

„Zur Hoftrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Haltestelle der Strassenbahn. 15002*
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein
Karl Klambunde.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Wählerversammlungen:

Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, in der „Berliner Volkbräuer“, Tempelhofer Berg:

Referent Genosse **Paul Singer.**

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im „Wilhelm-Theater“, Friedrichstr. 236:

Referent Genosse **Arthur Stadthagen.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien“.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

(210/11*)

Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis. Wähler-Versammlungen

Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr,

1. im großen Saale des **Gewerkschaftshauses**, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl, ihre Bedeutung und unsere Gegner. Referent: Genosse **Wilhelm Pfannkuch.**
2. Diskussion.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: **Dr. R. Friedeberg.**
2. Diskussion.

Außer den Referenten wird auch der Kandidat **Wolfgang Heine** eine Ansprache halten.
Hohe Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet
Das Wahlkomitee.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 14. Juni cr., mittags 12 Uhr:

2 öffentliche Wähler-Versammlungen.

1. **Berliner Prater**, Kastanien-Allee 7/9. Referent: **Stadtkorrespondent Wilhelm Pfannkuch.**
2. **Fröbels Allerlei-Theater**, Schönhauser Allee 148. Referent: **Waldeck Manasse.**

Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr:

7 öffentliche Wähler-Versammlungen.

1. **Kronen-Brauerei**, Alt-Moabit 47/49. Referent: **Stadt. Voigtherr-Stettin.**
2. **Moabiter Kasino**, Wilsnackerstraße 63. Referent: **Stadt. Fritz Wilke.**
3. **Feldschlößchen**, Müllerstraße Nr. 142. Referent: **Der Kandidat des Kreises Georg Ledebour.**
4. **Eiskeller**, Chausseestraße 88. Referent: **Redakteur P. John.** Ansprache des Genossen **Georg Ledebour.**
5. **Bernhard Raabe**, Kolbergerstraße 23. Referent: **Dr. Alberty.**
6. **Ballschmieders Salon**, Badstraße 16. Referent: **Redakteur Strübel.**
7. **Senfels Salon**, Invalidenstr. 1a. Referent: **Waldeck Manasse.**

Tages-Ordnung:

1. Ein letztes Wort vor dem Kampf.
2. Freie Diskussion.

Die Gegner sind hierdurch eingeladen.

Um zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen bitten
Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins u. Umg. Versammlung.

heute, Freitag, den 12. Juni, im Lokale **Königsbank**, Große Frankfurterstr. 117. Referentin:
Genossin **Dr. Wally Zepior** über: Warum müssen wir Frauen das
Stimmrecht erkämpfen? 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Mitglieder erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte eine Broschüre gratis.
Männer und Frauen als Gäste sind willkommen.
19066
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. 117/17

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dietz, Adlerstr. 123:

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik „Einigkeit“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Berlin.

Bilanz per 31. Dezember 1902.	
Activa.	Passiva.
An Casso-Conto	1 426,31
Materialien-Conto	8 431,50
Berzeng. abstr. 10%	2 755,—
Casso-Corrent-Conto (Debitoren)	12 249,70
	19 862,51
Ver. Conto-Corrent-Conto (Creditoren)	6 508,75
Casso-Corrent-Conto (Darlehen)	10 650,40
Geschäftsanteil-Conto	300,—
Reservefonds-Conto	100,—
Prozess-Rückstellungs- Conto	1 000,—
Gewinn- und Verlust- Conto, Gewinn	677,50
Gewinn-Vortrag 1901	535,86
	19 502,51

Ausgeschlossen sind am 1. Januar 1903 keine Genossen. Neueingetretene
am 1. Januar 1903 keine Genossen. Der Mitgliederbestand war am
31. Dezember 1902: 12 Genossen. Die Haftsumme betrug am 31. Dezember
1902: 390 M.

Der Vorstand. A. Siebert. E. Vorpahl.



Bergschloss-Restaurant Waidmannslust.

Schönstes Lokal
an der Nordbahn.
5000 Personen fassend.
Allen Vereinen und Gesellschaften
bestens empfohlen.
19242*
Ferdinand Müller.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Aus Rücksicht auf die Wahlbewegung fällt die für Donnerstagabend
geplante

Außerordentliche Generalversammlung

aus; dieselbe ist für Sonntag, den 14. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr,
Neue Friedrichstrasse 20 bei Koch anberaumt.
35/12

Tages-Ordnung:
1. Bekanntgabe der Julchrist seitens des Vereins der Bauanschläger
Berlins und Umgegend. 2. Stellungnahme zum Antrag Dietz. Kassabok.

Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin und Umgegend).

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über die Verlegung des Arbeitsnachweises nach dem
Central-Arbeitsnachweis-Rinderstraße.
Um regen Besuch bitten
138/18
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin. (E. H. 89.)

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten, Bezahlung der Bei-
träge, Bülletverkauf zur Dampferpartie am 5. Juli.
193/19
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.
Vollständiges Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Es findet zunächst eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner statt, in welcher die Ersatzwahl für die vor 14 Tagen ausgestellten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beiden Abteilungen des Bezirksausschusses zu Berlin vollzogen wird. Die Ausgelosten werden wiedergewählt.

Darauf beginnt die Sitzung der Versammlung, welche Vorsitz Dr. Langerhans um 5 1/2 Uhr eröffnet.

In den Ausschuss für die Angelegenheit wegen der angeblichen Abgabe von Abbedereifisch als Nahrungsmittel für Menschen sind unter andern die Stadtv. Augustin, Dr. Bernstein und Dr. Freudenberg (Soz.) gewählt worden, in die höchste Deputation zur Beratung der Frage, in welcher Weise die drohenden Ausfälle im Stadthaushaltsetat durch Vermehrung der Einnahmen gedeckt werden können, die Stadtv. Borgmann und Singer.

In die Kanalisationsdeputation wird Stadtv. Buchow (fr. Fr.), in das Viehhof-Kuratorium Stadtv. Thierme (A. L.) gewählt.

Der Urlaub städtischer Arbeiter.

Der Ausschuss für die Angelegenheit betr. die Erteilung eines Urlaubs von einer Woche an die städtischen Arbeiter bezw. die dadurch entstehenden Vertretungskosten empfiehlt einstimmig, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, dahingehend, daß den städtischen Arbeitern, die fünf Jahre sich im städtischen Dienst befinden, jährlich ein Urlaub von einer Woche unter Fortbezug des Lohnes gewährt wird.

Referent ist Stadtv. Cassel. Dazu sind folgende Anträge von Augustin und Genossen gestellt:

1. Grundsätzlich den Urlaub durchweg nach einjähriger Dienstzeit zu gewähren;
2. event. den Urlaub nach dreijähriger Dienstzeit, solchen Arbeitern aber, die dauernd Sonntagsarbeit ohne eine 24stündige Ruhezeit in der Woche verrichten; nach einjähriger Dienstzeit zu gewähren;
3. den Urlaub den Arbeitern möglichst noch in diesem Jahre zu gewähren.

Der Referent führt aus, daß der Ausschuh Antrag nichts Unantastbares darstellen solle, daß es sich auch hier darum handle, auf die bestehenden Verhältnisse und auf den Kostenpunkt Rücksicht zu nehmen. Aus derselben Erwägung seien die weitergehenden jetzt im Plenum wieder aufgenommenen Anträge abgelehnt worden.

Stadtv. Hing (Soz.): Wir haben eventualiter auch beantragt, den Urlaub nach dreijähriger Dienstzeit zu gewähren. Das ist sehr wohl ausführbar, ist den Arbeitern wenigstens nach drei Jahren zu erteilen, wenn Sie sich schon nicht dazu entschließen können, ihn nach einem Jahre zu bewilligen, ist zweifellos. Der Unterschied in den Vertretungskosten zwischen drei und fünf Jahren beträgt nur 25 000 M.; an einer solchen Kleinigkeit kann man doch unsern Antrag nicht scheitern lassen. Die Notwendigkeit der Urlaubverteilung ist im Ausschuss allgemein anerkannt worden; gegen unser Verlangen hat man im wesentlichen nur finanzielle Bedenken vorzubringen vermocht. Tatsächlich würde es sich auch bei Urlaub nach einjähriger Dienstzeit nur um 100 000 Mark handeln, da die Gas- und Kanalisationswerke schon jetzt Urlaub erteilen und die Vertretungskosten tragen. Der Hinweis auf die Privatindustrie, die uns nicht folgen könne, ist nicht stichhaltig. Zahlreiche Privatindustrielle sind in diesem Punkte der Stadt längst voraus. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt Berlin sind denn doch auch nicht so traurig, daß man aus diesem Grunde unsern Antrag ablehnen müßte. Die städtischen Werke ergeben ja allein einen Uberschuß von 6 Millionen; und wie häufig hat man Beträge von 100 000 M. für Zwecke verwendet, wo es sich bloß um eine einzige Person gehandelt hat, während es sich hier um 10—11 000 Arbeiter handelt! Der Antrag bezüglich der Arbeiter mit dauerndem Sonntagsdienst spricht ja für sich selbst. Kollege Goldschmidt, der heute leider nicht hier ist, hat in einer Versammlung behauptet, wir Sozialdemokraten seien Schuld daran, daß der Urlaub den Arbeitern in diesem Jahre noch nicht bewilligt worden sei; ein Arbeiter habe ihm sogar erklärt, unser Antrag ginge entschieden zu weit. Diesen Arbeiter muß uns Herr Goldschmidt auf den Tisch des Hauses niederlegen (Heiterkeit), denn das wäre wirklich ein Monument von einem Arbeiter! Tatsächlich haben wir schon 1900 denselben Antrag gestellt; damals stand Herr Goldschmidt mit seinen Kollegen auf einem andern Standpunkt als heute, da beantragte Herr Kreitzing im Ausschuss den Urlaub nach 3 Jahren! Das hat Herr Goldschmidt dergleichen. Andererseits können wir doch nicht zu allem, was der Magistrat vorschlägt, einfach Ja und Amen sagen, damit nur eine Sache nicht verschleppt wird. Verschleppt ist die Angelegenheit nachgerade genug; der Ausschuss hat Viertel- und halbe Jahre zu einer einzigen Sitzung gebraucht. Die Schuld daran tragen nicht wir. Aber auch jetzt noch haben Sie Gelegenheit zu zeigen, daß Sie etwas für die Arbeiter zu tun gedenken, indem Sie für die zuletzt von uns gestellte Resolution stimmen. Einige Betriebe haben ja bereits Urlaub erteilt; es wäre also eine Ungerechtigkeit gegenüber den andern Arbeitern, wenn man diesen keinen Urlaub gewährt. Die technische Unmöglichkeit kann nicht vorliegen, das beweist die Praxis in der Gas- und Kanalisations-Deputation.

Stadtv. Nathan (A. L.): Ich werde die Vorlage nicht agitatorisch, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten prüfen und da muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß irgendwo eine Verschleppung stattgefunden hat. Die Gesamtheit der Versammlung will den städtischen Arbeitern wie den Beamten nach einer gewissen Zeit die Wohlthat von Ferien zubilligen; Streit ist nur über den Zeitraum, nach welchem dies geschehen soll. Die fünf Jahre sollen durchaus nicht etwas Unabänderliches darstellen; aber zur Zeit werden Sie etwas Weiteres nicht erreichen, sowohl nach der Zusammenfassung der Versammlung, als nach der Stimmung im Magistrat. Der Magistrat wird selbstverständlich um so eher zustimmen, je geschlossener die Versammlung zu der Frage Stellung nimmt. Der finanzielle Effekt ist durchaus nicht als ausschlaggebend angesehen worden. Was nun ein Beschluß, dem der Magistrat nicht zustimmt? Spannen wir den Bogen nicht sofort zu stark, so wird es um so leichter auch möglich werden, immer weitere Kreise der Privatindustrie zur Nachfolge zu veranlassen. Auch mit dem Ausschuh Antrag wird ein großer Schritt vorwärts getan sein. Wir wollen nicht die Vertreter der Arbeiter allein, sondern die Vertreter der Gesamtheit der Bürgerschaft sein, und da kann ein Beschluß nur durch ein Kompromiß zu Stande kommen, welches beiden Seiten thunlichst gerecht wird.

Stadtv. Handelsrichter Raas (A. L.) spricht sich für den Ausschuh Antrag aus und bittet, alle weitergehenden Anträge abzulehnen. Der Ausschuh Antrag gehe über das ursprüngliche Angebot des Magistrats schon weit hinaus.

Unter Ablehnung der Anträge Hing wird der Ausschuh Antrag einstimmig angenommen. Für die Gewährung des Urlaubs nach drei Jahren stimmen mit den Antragstellern auch die Mitglieder der Reuen Linken Nathan, Kreitzing und Rosenow.

In der Angelegenheit betreffend die anderweitige Organisation der

Reinigungsarbeiten in den höheren Lehranstalten hat der niedergesetzte Ausschuss vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, über seine früheren Vorschläge hinaus die Fußböden in allen städtischen Schulen ausreichend mit Stauböl streichen und

die Fenster aller städtischen Klassenzimmer alle sechs Wochen putzen zu lassen.

Die Forderung, alle Schulzimmer täglich fegen zu lassen, ist im Ausschuss mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden.

Stadtv. Rosenow (A. L.) hält die tägliche Auskehrung der Klassenzimmer nach wie vor für unumgänglich; man müsse doch für die Schulzimmer mindestens dieselbe Sauberkeit wie im eignen Haushalt beanspruchen. Inzwischen habe die Schuldeputation angeordnet, daß in den Gemeindeschulen mit Stauböl gestrichen und täglich ausgefegt werden solle. Redner kann nicht einsehen, weshalb hier ein Unterschied zwischen den Gemeinde- und den höheren Schulen zu Ungunsten der letzteren gemacht werden solle. Die Zeit zum Auskehren müsse vorhanden sein. Es bleibe außer dem Tatsache, daß der Schmutz nicht beseitigt werde, sondern mit dem Del verbunden drei Tage liegen bleibe, wenn nur zweimal wöchentlich ausgefegt wird. Das sei doch ein höchst mißlicher Zustand. Redner beantragt, auch das tägliche Fegen in dem an den Magistrat zu richtenden Antrag zu fordern.

Stadtv. Realschuldirektor Dr. Hellwig (A. L.): Die Mehrzahl meiner Freunde ist bezüglich der Möglichkeit, sich vor dem Staub zu schützen, anderer Meinung als der Vorkredner. Wir meinen, die Festhaltung des Staubes durch das Stauböl macht das tägliche Ausfegen überflüssig. Jedenfalls würde das Stauböl dann mit entfernt werden, und ob eine häufigere oder gar eine achtstägige Erneuerung des Staubölanstrichs überhaupt möglich ist, steht nach der Ansicht der Sachverständigen dahin. Die Direktoren der Vorkanalkassen haben eine zwei- bis dreimalige Reinigung in der Woche für genügend erklärt, und das sind doch Männer von Pflicht und Gewissen. Die für die Gemeindeschulen erwählte Verfügung wird sich nach meiner Auffassung für die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen; die Sache befindet sich überhaupt noch im Stadium des Versuchs und des Erprobens. Ich bitte daher, den Ausschuh Antrag unbedenklich anzunehmen.

Nachdem Stadtv. Rosenow nochmals für seinen Antrag eingetreten, gelangt derselbe in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 46 Stimmen zur Annahme. Mit dieser Genehmigung erteilt die Versammlung dem Ausschuh Antrag ihre Zustimmung.

Die Vorlage betr. die baulichen Veränderungen und die Reuinstandsetzung des Ratskellers geht auf Antrag Stapp (A. L.) an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Nachtrags-Ladenschluß der Nähmaschinenhändler.

Zur Neuerung ist der Magistrat vom Polizeipräsidium aufgefordert worden über seine Stellungnahme zu dem mit 89 gegen 4 Stimmen beschlossenen Antrag der Nähmaschinen-Geschäftsinhaber, in dieser Branche den Nachtrags-Ladenschluß einzuführen. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich ihrerseits zu äußern.

Stadtv. Michelet (fr. Fr.): Ich bitte, dem Antrage die Zustimmung zu verlagern. Ich möchte ihn nicht bekräftigen, weil es für mich gewiß ist, daß, sowie wir hier den ersten Schritt thun, sofort andre nachfolgen werden (Hört! Hört!) und weil ich das für eine Vergewaltigung des wirtschaftlich Schwachen gegenüber dem wirtschaftlich besser Gestellten halte. Es handelt sich hier nicht um die Angelegten, für die würde ich mich sofort ins Zeug legen; es handelt sich um den freien, selbständigen Handelsbetrieb, dem Hindernisse in den Weg zu legen halte ich für eine Härte. Ein geöffneter, erleuchteter Laden ist doch kein Hindernis im öffentlichen Verkehr, und daß einzelne Ladenlokale derselben Branche geschlossen sind, halte ich für keinen unlauteren Wettbewerb. Der Handelsmann ist ein Arbeiter wie jeder andre. Mit der Zustimmung laden Sie sich unnötig eine Verantwortung auf, welche in den Kreisen der Minderbegüterten böses Blut machen wird.

Stadtv. Hing (Soz.): Ich habe nicht für möglich gehalten, daß sich hier im Hause ein Kollege finden würde, der dem berechtigten Wunsch der Nähmaschinenhändler gegenüber sich ablehnend verhalten könnte. Es sind von insgesamt 48 Händlern 30, welche sich für den Nachtrags-Ladenschluß ausgesprochen haben. Aus diesem Zahlenverhältnis erhellt man am besten die Notwendigkeit, dem Antrage der Händler zu entsprechen. Der Nachtrags-Ladenschluß hat diesen keinen Schaden gebracht, und der Nachtrags-Ladenschluß wird ihnen keinen Schaden bringen, wenn er allgemein durchgeführt wird. Nach dem Willen des Kollegen Michelet würden Sie die 39 zwingen gegenüber den 4, welche nicht schließen wollen, auch ihrerseits die Geschäfte offen zu halten. (Zwischenruf.) Mit freier Vereinbarung ist auf diesem Wege nichts zu erreichen. Die Buchhändler, die Eisenwarenhändler, die Lederwarenhändler rüsten sich, mit ähnlichen Anträgen an die Polizei heranzutreten. Um hier vorwärts zu kommen, nicht bloß dem Angestellten, sondern auch dem kleinen Gewerbetreibenden entgegenzukommen, der mit seiner Frau allein das Geschäft betreibt, die seelenvergnügt sind, wenn sie eine Stunde früher zumachen müssen, empfiehlt es sich, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Stadtv. Kreitzing (A. L.): Nachdem hier die Interessenten fast mit Einstimmigkeit den Nachtrags-Ladenschluß beschlossen haben, sollen wir uns diesem Beschlusse widersetzen? Dazu haben wir keine Veranlassung. (Beifall.)

Stadtv. Cassel (A. L.) stellt in Uebereinstimmung mit dem Vorkredner ausdrücklich den Antrag, dem Nachtrags-Ladenschluß in dieser Branche zuzustimmen. Man würde gegen den Geist der Gesetzgebung und des Gesetzes handeln, wenn man ohne gewichtige Gründe die Zustimmung verweigert, die schon erteilt werden kann, wenn nur eine 2/3-Mehrheit der Interessenten vorhanden ist.

Stadtv. Michelet (fr. Fr.): Ich bin ein Freund des freien Gewerbebetriebes, ich will nicht, daß die großen Betriebe durch solche Beschlüsse die ihnen unliebsame Konkurrenz der kleinen zurückdrängen können. Ich sehe aber, daß ich mit meinem Antrag heute keine Zustimmung finden werde, und ziehe daher denselben zurück.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Nachdem der Antrag zurückgezogen ist, beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß Herr Michelet sich irrt, wenn er glaubt, es sei das erste Mal, daß in Berlin dergleichen geschieht. Wir haben bereits für die Lederhändler den Nachtrags-Ladenschluß eingeführt.

Die Zustimmung wird darauf durch die Versammlung ausgesprochen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Heidrich wird das Thema behandelt: Erwerbung von Pommerbankaktien durch die Strelitzbank, die den Angeklagten Schulz und Komeid als Untrene zur Last gesetzt wird. Ueber Zweck und Bedeutung dieser Anläufe äußert sich Angeklagter Komeid in eingehender Weise. — Nach den vorhandenen Schluppscheinen ist der erste Posten am 26. Mai 1896 von nom. 1 742 400 M. a 144 Proz. = 2 509 056 M. von dem Kaufmann Georg Kellner, ein zweiter Posten am 1. September 1897 von nom. 638 800 M. a 153,80 Proz. = 1 310 833 M. von einem Aktienkonsortium der Pommerbank zu Händen des Georg Kellner gekauft worden. — Der Angeklagte Komeid weiß unter anderem darauf hin, daß in den Jahren vorher schon Aktien-Konsortien bestanden hätten, deren Zweck gewesen sei, bei Emissionen die Aktien gegen bar an Provinzial-Bankiers zu verkaufen, d. h. die Werte möglichst fest zu Kapitalanlagen zu placieren. Dies sei geschehen, weil die Pommerbank ihre Aktien nicht selbst verkaufen wollte. Mitglieder des hier in Frage kommenden Konsortiums waren Direktor Eugen Kellner, dessen Bruder Georg Kellner, die Direktoren Schulz und Komeid, Willy Schumacher und der Oberlehrer Armbrorst. Der Angeklagte Komeid bestreitet, daß er an diesen Aktien direkt oder indirekt beteiligt ge-

wesen sei. Wichtig sei es, daß ein dritter in der Anklage herbeigehobener Posten von zusammen 2 826 800 M. von ihm und Schulz herkommen; das seien Aktien gewesen, die sie beide übernommen hätten, um die Emission nicht schädigen zu lassen.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß nach der Ansicht der Anklage die schwere Veräußerlichkeit der Pommerbankaktien zu jener Zeit auch schon dadurch bewiesen werde, daß die Pommerbank für ihre Unterbringung Provision bezahlte, die beispielsweise bei dem Bankier Lazarus in Brandenburg bis zu 8 Proz. hinaufgegangen sei. — Angekl. Komeid behauptet, daß die Zahlung solcher Provisionen keineswegs etwas Ungewöhnliches sei. — Die Anklage behauptet weiter, daß die Angeklagten auch getuscht hätten, daß der Ankauf der Pommerbankaktien für die Strelitzbank nachteilig gewesen sei. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Komeid nach dieser Richtung hin zwei Depeschen desselben an Schulz vom 14. und 15. Juni 1897 vor, in welchen Komeid die Befürchtung ausdrückt, daß die Zulassungsstelle schon an einem Bestände von 1 742 400 M. Pommerbankaktien für die weitere Zulassung von Strelitzbankaktien Anstoß nehmen könnte und deshalb eine Umbildung der Pommerbank in Erwägung zieht. Die Anklage betont weiter, daß die Angeklagten aus dem Verlaufe der Pommerbankaktien an die Strelitzbank große persönliche Vorteile eingeleistet haben, da die Aktien lange nicht den Verkaufspreis wert gewesen seien, dieser Preis vielmehr nur durch Kurstreiber erzielt worden sei.

Gerichtlicher Bücherrevisor Meuter äußert sich auf Grund der Klagen über die Erwerbung der Pommerbankaktien seitens der Strelitzbank und schildert die Weiterveräußerung der Pommerbankaktien. Hier- nach hat die Strelitzbank im ganzen 7 578 000 M. Pommerbankaktien erworben, bei denen zum Teil festgestellt sei, daß die Angeklagten Schulz und Komeid die ursprünglichen Besitzer der Aktien gewesen sind und bei dem Verlaufe der Aktien erhebliche Vorteile erzielt. Sie hätten bei der Uebernahme der Aktien bei der Emission wesentlich niedrigere Kurse bezahlt, als sie später bezahlten ließen. Er habe festgestellt, daß durch geschickte Manipulationen der Angeklagten an der Börse der Kurs der Pommerbank günstig beeinflusst wurde, und zwar habe der Prokurist Kellner für die Pommerbank den Kurs reguliert.

Es werden zu diesem Thema noch die Zeugen Armbrorst, Hackmeister und Karthäuser vernommen. Letzterer war Vertreter der Pommerbank in der Provinz und reiste für diese, um die Pfandbriefe in der Provinz unterzubringen. Er bestätigt dem Angeklagten Schulz auf dessen Frage, daß das Geschäft ein sehr gutes war und er die Pfandbriefe sowohl als auch die Aktien der Pommerbank sehr gut habe unterbringen können.

Sachverständiger Geh. Rat Hecht erklärt auf Befragen, daß im Süddeutschland es unbekannt sei, daß Hypothekenbanken Reisende haben. — Sachverständiger Bankdirektor Gerschel: Reisen zur Unterbringung von Aktien seien so ipso ausgeschlossen. Für Pfandbriefe sollen einige Hypothekenbanken zeitweise reisen lassen und auch Vorstandsmitglieder, die sich gerade auf Reisen befinden, sollen mandata die Gelegenheit benützen, um für die Unterbringung der Pfandbriefe zu wirken. — Reichlich äußert sich Regierungsrat a. D. Guttman. Letzterer erklärt, es sei auffällig, daß sich gar nicht feststellen lasse, von wem diese großen Posten Aktien eigentlich herühren; ebenso auffällig sei es, daß die Aktien zu einem so hohen Kurse erworben wurden.

Sachverständiger Bankdirektor Dr. Gerschel: Die ganze Mahregel des Ankaufs der Pommerbankaktien sei eine ganz außerordentliche. Jene welche plausible Gründe lassen sich nicht erkennen. Die Strelitzbank sei begründet worden, damit sie die Geschäfte mache, die der Pommerbank nach dem preussischen Hypothekenbank-Gesetz verlagert waren. Die Mittel zur Begründung der Strelitzbank seien durch die Pommerbank hergegeben worden, und nun hätten die Angeklagten wahrnehmlich den Zweck verfolgt, das bei der Gründung der Bank hergegebene Geld recht bald wieder herauszubekommen. Die Angeklagten haben nach seiner Ansicht auch getuscht, daß sie mit der ganzen Transaktion etwas Unzulässiges thäten, darum haben sie die Sache in die Bilanzen verschleiert.

Justizrat Meuter beantragt, dem Angeklagten Schulz Gelegenheit zu geben, sich dem umfangreichen Gutachten des letzten Sachverständigen gegenüber auch in extenso äußern zu können. Dem Antrage soll stattgegeben werden. Der Vorsitzende vertagt zu diesem Zweck die Sitzung auf Freitag.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlberichterstattung.

Wir haben umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Leser so schnell wie möglich über die Ergebnisse der Reichstagswahlen zu unterrichten, insbesondere aus den Laudesteilen, die unser vornehmstes Kampffeld bilden. Wir möchten aber besonders darauf aufmerksam machen, daß wir telephonische Mitteilungen über Wahlergebnisse weder entgegennehmen noch erteilen werden. Wir bitten also, die Benützung des Telefons für diesen Zweck sowohl bei der Hauptwahl als auch bei der Stichwahl zu unterlassen.

Zur Lokalliste.

Parteigenossen! Breccine! Wachtet bei Ausschüssen und Partien, die während des Sommers unternommen werden, genau auf die am 1. Mai erscheinende Lokalliste, verkehrt nur in denjenigen Lokalen, welche in der Liste verzeichnet stehen.

Berlin SO. (IV. Wahlkreis). Lotts Festfeste (Oranien-Salon), Oranienstr. 170, steht der Arbeiterschaft jetzt zu Versammlungen zc. zur Verfügung.

Wilhelmsberg. Das Lokal von Krause, Berlinerstr. 12, vis-a-vis den Kirchhöfen, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen zc. nicht mehr zur Verfügung. Wir ersuchen die Besucher der Kirchhöfe, dieses Lokal streng zu meiden.

Am Sonntag, den 14. Juni, veranstaltet der Gesangverein „Fortuna“ (Pirma Herzog) bei Schwarz in Lichtberg ein Sommerfest, am Sonnabend, den 27. Juni, der Musikklub „Reichenbusch“ eine Rundscheinfahrt nach Müllers Blumengarten in Ober-Schöneweide. Man versucht nun zu beiden Vergnügungen Billets in Arbeiterkreisen abzugeben. Wir ersuchen, das Angebot zurückzuweisen und die obigen Vergnügungen streng zu meiden, da diese Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen zc. nicht zur Verfügung stehen. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Für das Hansa-Wiertel findet heute, Freitag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Tiergartenhof, am Bahnhof Tiergarten, eine Wähler-Versammlung statt. Genosse Georg Bernhard hat das einleitende Referat übernommen und wird unser Reichstags-Kandidat Dr. Leo Arons sich den Wählern nochmals präsentieren.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 Uhr, in der „Vodbrauerei“, Tempelhoferberg, Wähler-Versammlung. Referent: Paul Singer. Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien“. Recht zahlreichen Besuch erwartet.

Das Wahlkomitee. Das Central-Wahlkomitee des zweiten Kreises befindet sich bis 15. Juni im Restaurant von Paul Scholz, Postenstr. 1, Ecke Barufeststr. 22.

Dritter Wahlkreis. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, finden im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, und bei Frank, Sebastianstr. 39, Wählerversammlungen statt, in der ersten wird Genosse W. H. Paunlich und in der zweiten der Genosse Dr. Alfred Bernstein an Stelle Dr. Friedeburg über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen. Außerdem Diskussion.

Regen Besuch dieser Versammlungen erwartet

Das Wahlkomitee.

Das Central-Bureau für den 4. Wahlkreis Südost befindet sich am Tage der Wahl Klaligerstr. 94b bei Dalg, in der Nähe des Laufstegs. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1903.

Fünfter Wahlkreis! Heute, Freitagabend 8 Uhr, große öffentliche Wähler-Versammlung bei Leyheder, Sophienstr. 34. Der Kandidat des Kreises, Robert Schmidt, spricht über: „Die Verdränger der Freisinnigen und Antisemiten“. Genossen, agitiert für starken Besuch.

Das Wahlkomitee.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend. Letzte Versammlung vor den Wahlen am Freitag, den 12. Juni, im Lokale Königswalder, Gr. Frankfurterstr. 117. Referent: Genossin Dr. Wallig Hepler.

Mitglieder erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte eine Broschüre gratis. Männer und Frauen als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg! Genossen, welche bereit sind, am Wahltag, den 16. Juni, für die Partei in unserm Wahlkreise thätig zu sein, werden ebenso wie Arbeiter-Madefahrer gebeten, sich im Central-Wahlbureau, Volkshaus, Kofinenstraße 3, zu melden.

Den Parteigenossen diene ferner zur Kenntnisnahme, daß sich das Central-Wahlbureau im Volkshaus, Charlottenburg, Kofinenstr. 3, im unteren kleinen Saale befindet. Alle Zuschriften sind dann an Genosse W. H. Eberhardt, Central-Wahlbureau, Charlottenburg, Kofinenstr. 3, zu richten. Telephon: Amt Charlottenburg Nr. 1696.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 14. Juni, morgens 7 1/2 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus eine Flugblattverbreitung für die Reichstagswahl statt: 1. Bezirk: Ferdinand Paasche, Potsdamerstraße 44; 2. Bezirk: Herm. Wabe, Rehringstr. 25; 3. Bezirk: Emil Müller (Volkshaus), Kofinenstr. 3; Bernhard Gimpel, Donaubrüderstraße 3; 4. Bezirk: Eduard Dörre, Wallstr. 90; 5. Bezirk: Adolf Barisch, Seidenheimerstr. 11; 6. Bezirk: Leopold Fischer, Westlorenzstraße 84; 7. Bezirk: August Röttger, Leibnizstraße 3; 8. Bezirk: Wilhelm Stolzenburg, Lutherstr. 45. Die Genossen werden aufgefordert, sich zahlreich an der Arbeit für die Reichstagswahlen zu beteiligen.

Schöneberg. In der am Sonntag stattfindenden Flugblattverteilung wollen sich die Genossen früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen zahlreich einfinden: Ständer, Hohenstaufenstr. 29; Schilling, Mythenbühlstr. 16; Krüger, Grunewaldstr. 110; Döring, Wertheburgerstr. 7; Dohst, Weiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 36; Hoffmann, Cheruskerstraße 16; Donath, Fritz Reuterstr. 3; Moll, Sponholzstr. 34.

Pankow. Letzte Flugblattverbreitung vor den Wahlen am Sonntagmorgen 7 Uhr. Die Genossen, welche am Wahltag an der Arbeit teilnehmen wollen, treffen sich morgens 8 Uhr im Central-Wahlbureau, Kreuzstr. 3/4. Am Wahltag abends 9 Uhr öffentliche Versammlung bei Kochki, Tagesordnung: Verlesung der eingelaufenen Wahlergebnisse. Treffpunkt am Sonntag: 1. Bezirk: Rahn, Schloßstr. 19. 2. Bezirk: Mierke, Berlinerstr. 53. 3. Bezirk: Griffl, Kaiser Friedrichstr. 75. 4. Bezirk: Hoffmann, Mühlenstr. 25. 5. Bezirk: Dreßler, Florastr. 35. 6. Bezirk: Janert, Schönholzerstr. 16. 7. Bezirk: Clemen, Wollanstr. 122. 8. Bezirk: Wölde, Wollanstr. 100. — Rieder, Schönhausen. Treffpunkt: Anton, Kaiser Wilhelmstraße. — Franz, Buchholz. Treffpunkt: Käthe, Berlinerstraße.

Brig. Am Sonntag, den 14. Juni, veranstaltet die Parteigenossen in Brigg, im Birtshaus „Rosenfeld-Terrasse“, Chausseestraße 69/70, ein großes Volksfest mit ausserordentlichem Programm. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf. Da der Ueberflus an Pulver in dem Bahnlager dienen soll, so ist eine zahlreiche Beteiligung besonders der Niddorfer und Brigger Genossen erwünscht. Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.

Treptow-Baumfchulenweg. Zur Orientierung der Wähler von Treptow-Baumfchulenweg, welche noch nicht wissen, zu welchem Wahlbezirk sie gehören, diene folgendes:

a) 1. Bezirk:

Lohmühlenstraße, Jordanstraße, Doudstraße, Eisenstraße, Kiehlstraße bis Dammweg, Nr. 1-44, 79-87, 251-259, 302-341, Köpenicker Landstraße bis Dammweg, Ruderstraße, Treptower Chaussee, jüdische Erfrischungshalle im Park, Eichenstraße, Beer-mannsche Fabrikgrundstück, Hoffmannstraße, Parkstraße, Neue Krug-Allee bis Dammweg, Nr. 1-15 und 57-65, Altes Bierhaus, Neues Bierhaus, Haus Engelhardt, an der Kiehlwerder-Allee und Pötensteig.

b) 2. Bezirk:

Neue Krug-Allee südlich des Dammweges, Nr. 16-56, Köpenicker Landstraße südlich des Dammweges, Kiehlstraße südlich des Dammweges, Nr. 68-250, Baumfchulenstraße, Behringstraße, Marien-thalerstraße, Ernststraße, Haidelampweg, Niddorfer-Kammer-Chaussee, die Häuser Köhler, Mühlig und Schaffert.

Wahllokal: Adermanns Restaurant, Baumfchulenstraße 76.

Für den 2. Bezirk haben sich die Genossen, soweit es noch nicht geschehen, bei den Genossen König, Baumfchulenstr. 65 und Rosa, Baumfchulenstr. 36 part. bis Sonnabend zu melden.

Grünau. Am Sonnabend, den 13. Juni, abends 9 Uhr, findet bei Duchaufour, Köpenickerstr. 79, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Boeske wird über: „Auf zur Reichstagswahl!“ sprechen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Einberufer.

Johannisthal. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins für Johannisthal und Rudow findet am Freitag, den 12. d. M., im Lokal von Wille, früher Lenz, Friedrichstr. 61, abends 8 Uhr, statt. Es ist dringend erforderlich, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.

Am Montag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Senfleben eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, zu der sämtliche Wähler hiermit eingeladen sind.

Alt-Rahnsdorf, Neu-Rahnsdorf und Umgegend! Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet in Rahnsdorfer Mühle im Saale der Witwe Klemm eine Volksversammlung statt. Genosse Stadthagen spricht über das Thema: „Aus Waterland, ans teure, schließ Dich an.“ Um recht zahlreichen Besuch bittet Das Wahlkomitee von Friedrichshagen.

Pankow. Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, erfolgt die Material-Ausgabe und Regelung der letzten Wahlarbeiten im Restaurant A. Wolff, Calandrellistr. 27/29. — Ebenfalls findet am Sonntagmittag 1 Uhr eine öffentliche Wähler-Versammlung statt, für deren Besuch wir nach Kräften zu agitieren bitten. — Genossen, welche am Tage der Wahl nicht arbeiten, werden gebeten, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen und sich bei Geisen-Kerling, Siemensstr. 32, zu melden.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

entschied gestern über die viel umstrittene Frage der Gewährung eines Urlaubs an die Gemeinde-Arbeiter, mit der sie in den letzten Jahren sich so oft beschäftigt hat, ohne

zu einem Ergebnis zu kommen. Nach den gestrigen Beschlüssen bleibt es dabei, daß die Arbeiter der Stadt Berlin erst nach fünfjähriger Thätigkeit in Dienste der Stadtgemeinde Anspruch auf einen Urlaub von jährlich einer Woche haben sollen. Stadtv. Cassel (Alte Linke), der über die Verhandlungen des Ausschusses zu berichten und dessen Beschlüsse der Versammlung zur Annahme zu empfehlen hatte, ver-tröstete auf die „Entwicklung der späteren Zeit“, der man die „weitergehenden Wünsche überlassen“ müsse. Die „weitergehenden Wünsche“ waren die Anträge der socialdemokratischen Fraktion, die im Ausschuss von den Freisinnigen abgelehnt worden waren, aber im Plenum von unsern Genossen erneut eingebracht wurden: Urlaub schon nach einem Jahre, eventuell wenigstens nach drei Jahren. Sie wurden vom Stadtv. Genossen Hünke in ein-dringlicher Beweisführung noch einmal als eine durchaus berechtigte und erfüllbare Forderung dargelegt, doch es war anders beschlossen im Räte der Freisinnigen. Auf das Mehr an Kosten kommt es ihnen nicht an, das sagte auch Stadtv. Nathan (Neue Linke) wieder, der die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu verteidigen hatte; aber die Privatindustrie, versichern sie, würde es nicht vertragen, wenn die Stadt Berlin gleich so weit gehen wollte und die privaten Unternehmer dann folgen müßten. Hünke hätte gern bei dieser Gelegenheit mit Herrn Nathans Fraktions-genossen, dem Stadtv. Goldschmidt, abgerechnet, der in einer Versammlung freisinniger Reichstagswähler behauptet hatte, die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion habe die Ent-scheidung der Urlaubsfrage verschleppt und es dadurch verhindert, daß schon in diesem Sommer Urlaub gewährt werden könne. Indes Herr Goldschmidt war diesmal nicht anwesend. Unser Redner wies nach, daß die Sache sich genau um-gekehrt verhält. Socialdemokraten waren es, die zuerst und schon im Jahre 1900 einen Urlaub für Gemeinde-Arbeiter forderten, und zwar schon damals Urlaub nach einjährigem Dienst. Und Freisinnige waren es, die die Entscheidung bis ins Jahr 1903 zu verzögern wußten! Herr Nathan bemerkte, er wolle die Angelegen-heit „nicht agitatorisch“ behandeln. Das klang sehr vornehm, aber durch einen Zwischenruf, der von den Plätzen der Socialdemokraten kam, wurde er sofort daran erinnert, daß gerade sein Fraktions-genosse Goldschmidt eine agitatorische Ausbeutung ver-sucht hatte.

Die Abstimmung ergab: Ablehnung des Antrages „ein Jahr“, für den allein unsere Genossen stimmten; Ablehnung auch des Antrages „drei Jahre“, den außer unsern Genossen drei Freisinnige unterstützten. Als Kuriosum sei erwähnt, daß unter diesen drei weissen Raben, wenn wie richtig gesehen haben, Herr Nathan war, der im Ausschuss gegen diesen Antrag gestimmt und auch im Plenum nicht für ihn gesprochen hatte. Warum mag er unangefallen sein?! — Abgelehnt wurde ferner ein von der socialdemokratischen Fraktion gestellter Zusatzantrag, um wenigstens den regelmäßig am Sonntag beschäftigten Arbeitern Urlaub nach einem Jahre zu gewähren. Ein einziger der Freisinnigen gewann es über sich, mit hierfür zu stimmen. Abgelehnt wurde endlich eine von der socialdemokratischen Fraktion eingebrachte Resolution, die die Gewährung des Urlaubs möglichst noch für dieses Jahr forderte. Sie wurde von keinem Freisinnigen unterstützt — von keinem, Herr Goldschmidt!

In weiteren Verlauf der Sitzung gab es eine Debatte über die Reinigung der höheren Schulen. Stadtv. Rosenow (Neue Linke) verlangte mit Recht tägliche Reinigung. Stadtv. Hellwig (Alte Linke), von Beruf Realgymnasial-Direktor, hielt weniger für aus-reichend. Man stimmte namentlich ab: 47 Stimmen waren für tägliche Reinigung, 46 dagegen.

Zuletzt führte noch der Antrag, dem Wunsche der Näh-maschinenhändler auf Einführung des Rühr-Laden-schlusses für ihre Branche zuzustimmen, zu einer inter-essanten Scene. Herr Mischelet (Fraktion Rommsen) will diesen „ersten Schritt“ nicht mitmachen, weil noch weitere folgen könnten. Genosse Hünke nagelte diese socialpolitische Rückständigkeit sofort fest. Als dann auch die Stadtv. Kreitzing und Cassel Herrn Mischelet vorlägen, zog dieser kleinlaut seinen Widerspruch zurück und ersparte der Stadtverordneten-Versammlung eine Blamage.

Der Polizeikampf gegen die Droschkenfutcher.

Die Lebensbahn eines Berliner Droschkenfutcher's ist noch mehr als die eines andern Sterblichen „mit Dornen besät“. Die Stelle der „Dornen“ vertreten bei ihm die Strafmandate, die eine allezeit wachsame Polizei mit ach! so freigebiger Hand ihm auf den Weg streut. Daß das öffentliche Fuhrwesen einer Stadt wie Berlin von einer Behörde geordnet und beaufsichtigt werden muß, versteht sich von selbst und es wird dabei auch nicht ganz ohne Straf-androhungen und Strafverfügungen auszukommen sein. Aber das Thun des Droschkenfutcher's ist durch Polizeibestimmungen aller Art, durch notwendige und überflüssige, so vielfältig reglementiert und ein-geengt, daß er wirklich kaum mehr wissen kann, wie er es anfangen soll, um nicht in Strafe zu fallen.

Wer zu schnell fährt, besonders an Straßenkreuzungen, der wird bestraft; wer an belebter Straßenkreuzung durch einen Polizisten zu schnellerer Fahrt angetrieben wird und dem Beamten „nicht rasch genug macht“, der hat ihm „nicht unbedingt Folge geleistet“ und wird gleichfalls bestraft; wer mit seinem Wagen nicht nahe genug an der Vordrängewelle bleibt, wird bestraft; wer einem an der Vordrängewelle haltenden Wagen zu knapp ausweicht und ihn streift, wird natürlich wieder bestraft; wer aber dabei den Vogen zu reich-lich nimmt, auf das Straßenbahngeleise gerät und dann durch einen Straßenbahnwagen von hinten angefahren wird, der riskiert erst recht, bestraft zu werden; wer auf dem Halteplatz als Erster in der Reihe nicht am Wagen ist, wird bestraft; wer sich dem letzten Wagen als Ueberzügler anreißt, wird bestraft; wer im Fahren die Peitsche nicht in der Hand hat, wird bestraft; wer die Tafel nicht umgeschmalt hat, wird bestraft — und so geht das weiter. Ein Futcher, der da nie mit der Polizei in Konflikt kommt, ist geradezu ein Wunder.

So oder ähnlich war's wohl immer, seit es Droschken in Berlin giebt, so ist es bis heute geblieben, und so oder ähnlich wird es voraussichtlich bleiben, so lange es Droschken bei uns geben wird. Seit einiger Zeit werden aber die polizeilichen Bestimmungen mit einer Unnachlässigkeit zur An-wendung gebracht und die angedrohten Strafen in einer Höhe verhängt, daß es so dem doch nicht länger bleiben kann, wenn nicht die Droschkenfutcher Berlins dem wirtschaftlichen Ruin entgegengeführt werden sollen. Wenn wegen geringer Versehen, die sonst mit 1 M., mit 3 M. usw. geahndet wurden, jetzt Strafen von 10 M., 20 M., 30 M., ja von 50 M. verhängt werden, wenn ein Futcher in einer einzigen Woche mit drei Strafverfügungen über zu-sammen 95 M. drangsalirt wird, ein anderer aus einem einzigen Tage sechs Strafen von zusammen 50 M. zahlen soll — ja, dann hört doch eigentlich alles auf! So „bide“ haben die Berliner Droschkenfutcher das Geld doch wirklich nicht, daß sie das auf die Dauer aushalten könnten! In letzter Zeit haben die Futcher im ganzen etwa 600 solche Strafverfügungen über sich er-gangen lassen müssen. Und diese Strafen werden nicht mehr, wie

früher, einfach von der Polizei verhängt, sondern die Polizei berichtet jetzt in der Regel an den Staatsanwalt, der dann richterlichen Strafbefehl herbeiführt. Kein Mensch weiß, warum mit einem male so scharf gegen die Droschkenfutcher vor-gegangen wird, und warum jetzt gleich Staatsanwalt und Richter in Aktion treten müssen. Sind vielleicht ein paar Droschkenfutcher irgendwo zu rücksichtslos in die Quere ge-fahren — oder wie anders soll man sich diese plötzliche Strenge erklären?

Die gewaltige Erregung, die dieses Vorgehen der Polizei unter den Futchern und den selbständigen kleinen Fuhrherren hervorgerufen hat, machte sich Luft in einer öffentlichen Protestversammlung, die vom „Verein Berliner Droschken-futcher“ zu Mittwoch nach dem Gewerkschaftshause einberufen war. Der große Saal samt Galerien war bis auf das allerletzte Plätze besetzt. Kopf an Kopf sahen und standen die wettergebräunten Männer, die Tag für Tag im Sonnenbrand wie im Regenschauer auf dem Kutschbod zu bringen müssen. Die Verhandlungen, vom Kollegen August Beder geleitet, begannen mit einem Referat des Vereinsyndikus Rechtsanwält Schreier, der empfahl, das Polizeipräsidium um Rückkehr zu dem früheren Verfahren zu bitten. Starke Wirkung erzielte Kollege Beder, der den Eifer der Polizei an den Erfahrungen aus der Praxis näher beleuchtete. „So ein Schuymann ist ein kleiner Herrgott!“ bemerkte er boshaft, und er zeigte an zahlreichen und drastischen Einzelfällen, was so ein „Herrgott“ manch-mal fertig bringt. Ein Futcher, dem die Polizei ein Bonquet von gleich sechs Anzeigen überreicht, soll an ein und demselben Vormittag von 10,30 bis 11,45 im Schanklokal gefessen und seinen Wagen ohne Aufsicht gelassen, aber um 11 die linke Straßen-seite befahren haben. Hier war die Versammlung „ein-sach bass“. Ein anderer wurde vom Schuymann angehehrt, er sei nicht vorschriftsmäßig um die Ecke gefahren. Der Futcher erwiderte, der Vogen sei vorschriftsmäßig gewesen, und fuhr weiter. Nachher gab's ein Strafmandat über 30 M.; er soll dem Beamten „nicht unbedingt Folge geleistet“ haben. „Wie sollte er denn noch Folge leisten, nachdem er den Vogen schon gemacht hatte?“ fragte der Redner. „Umlehren und nochmal machen!“ sagte ein Ver-sammlungsbesucher, der trotz aller Strafmandate offenbar den Humor noch nicht verloren hat.

Eine längere Resolution, die Beder der Versammlung vor-legte, erhebt energischen Protest gegen das Vorgehen der Polizei, das geeignet sei, die Kutscher wirtschaftlich zu ruinieren und das ganze Fuhrgewerbe zu untergraben und beauf-tragt den Vorstand, an geeigneter Stelle hier gegen vorstellig zu werden und sich zu diesem Zweck mit andern Vereinen in Verbindung zu setzen. Die lebhafteste und aus-gedehnte Diskussion, die zur einstimmigen Annahme der Reso-lution führte, war eine lange Reihe gleichlautender Klagen. „Sitzt man erst mal auf dem Bod“, sagte ein Futcher, „so ist der Ver-brecher fertig.“ Das war der Grundton der Ausführungen fast aller Redner. Die Verhandlungen klangen aus in die Mahnung: „Organisiert Euch; denn der einzelne ist wehrlos!“ und in den Kampfruf: „Denkt an den 16. Juni und wählt Männer in den Reichstag, die für die Arbeiterklasse eintreten!“

Die „Wahlzellen“ sind, wie die „Volks-Zeitung“ mittelt, den Inhabern der Wahllokale, meist Restaurateuren, zum Teil bereits zugegangen; in jedem Lokal werden zwei aufgestellt. Die aus Kiefernholz bestehenden „Zellen“ sind 1 Meter hoch, haben eine äußere Breite von 90 Centimeter und eine innere von 88 Centimeter. Die Seitenwand ist 72 Centimeter breit. Sie werden an einem gewöhnlichen Tisch mit zwei Schrauben be-festigt und vorn durch einen zweitheiligen Vorhang aus grünem Schürzenleinen verschlossen. Die neuen dreieckigen Wahlurnen bestehen aus Blech; sie sind 31 Centimeter hoch und unten 41, oben 31 Centimeter breit. Der Schloß ist 20 Centimeter lang. Nach der Beschaffenheit der Wahlzellen und Wahlurnen ist also das Wahl-geheimnis thätiglich vollständig gesichert. Jedermann kann nach seiner Ueberzeugung wählen!

Doch ein zweiter Befall. In der Erkrankung des Wärters Marggraf macht die königliche Charité-Direktion jetzt offiziell bekannt: Die Erkrankung des Wärters Marggraf in der Charité, über die schon berichtet wurde, hat sich bei den bakteriologi-schen Untersuchungen im Institut für Infektionskrankheiten, die heute am Donnerstagmorgen zum Abschluß gelangten, nun doch als die Folge einer leichten Befallsinfektion herausgestellt, da in seinem Nach-schleim lebende und virulente Pestbakterien gefunden wurden. Der Zustand des Kranken ist wahrcheinlich unter dem Einfluß der Serumbehandlung, ein verhältnismäßig günstiger, insbesondere ist Fieber nicht vorhanden. Die Serumbehandlung wird fortgesetzt. Neue Maßnahmen wegen dieses Falles wurden in der Sitzung, welche heute im Kultusministerium stattfand, nicht für erforderlich erachtet.

Die amtliche Wahlliste Berlins wurde von etwa 150 000 Per-sonen, d. h. ein Drittel der eingeschriebenen Wähler, eingesehen. Allerdings sind die Einsichtnehmenden nicht alle selbst in den amt-lichen Wahlbureaus erschienen, sondern viele der Wähler haben einzelne Personen mit der Einsichtnahme der Listen beauftragt, ein System, welches ganz besonders viel in Arbeiterkreisen durchgeführt wurde. Insgesamt wurden 3000 Beauftragungen geltend gemacht, von denen noch 1900 als unberechtigt zurückgewiesen worden sind. Die Zurückweisungen erfolgten aus formalen Gründen und wurden dadurch bedingt, daß die Einspruchsbekundenden Armenunterstützung bezogen, nicht deutsche Staatsangehörige sind oder ihnen durch Gerichtsbeschlüsse die Ehrenrechte entzogen worden sind usw. In 1100 Fällen erfolgten Nachtragungen.

Recht sonderbare Blüten zeitigt der Wahlkampf im Hinblick auf die Agitation unserer Gegner. Steht da am Belle-Alliance-Platz ein Mann, der ein Kellametafelsen auf einer Stange hochhält. Oben an diesem Tafelchen weht lustig flatternd ein rot-weiß-schwarzes Fähnlein. Sieht man sich die Sache genauer an, so zeigt sich, daß das Tafelchen einen Wahlausruf an alle deutschen Männer enthält, unterzeichnet vom Vorstand der konservativen Partei.

Wir raten den Herren, doch den Riesen Machnow als Vannertträger zu engagieren. Vielleicht wäre es auch empfeh-lens-wert, das Klopfpapier der öffentlichen Bedürfnisanstalten mit einer gleichlautenden Aufforderung bedrucken zu lassen!

Der russische Ministerpräsident Ivan Mikolajewitsch Dumobow ist in der vergangenen Nacht auf einer Reise in Eisenbahnzuge während der Fahrt auf preussischem Gebiete plötzlich gestorben. Der Ministerpräsident, der im Ausgang der sechziger Jahre nach, ver-ließ gestern mit seiner Gattin und seinem Arzte Antioff Achtsineff St. Petersburg, um zur Kur Wiesbaden aufzuziehen. Auf der Strecke zwischen Königsberg und Marienburg wurde in den Abteil 1. Klasse, das seine Gattin und der Arzt mit ihm teilten, plötzlich von einem heftigen Unwohlsein befallen, das nach kurzer Zeit zum Todesurtheil. Wahrscheinlich ist ein Herz- oder Gehirnschlag die Todesursache. Die Leiche wurde u. dem Zuge nach Berlin mitgenommen, wo sie gegen 2 Uhr ankam und vom Bahnhof Friedrichstraße mit einem Wagen eines Beerdigungsinstituts nach dem Schauhause gebracht wurde, um dort in der Kapelle zur Trauerfeier aufgebahrt zu werden. Die russische Botschaft wurde von dem Sterbefall sofort in Kenntnis ge-setzt. Zur Trauerfeier, die bereits morgen stattfinden soll, wurde der erste Geistliche der russischen Botschaft, Probst v. Walzer aus Wiesbaden, wo er zur Kur weit, telegraphisch hierher drufen. Gleich nach der Feier soll die Leiche zur Bestattung nach St. Peters-burg übergeführt werden.

Ein großes Fischereibeiwerk zeigt sich nach den starken Regengüssen der letzten Tage, die in Berlin und Charlottenburg ein Dessen von Notauslassen erforderlich machten, jetzt wieder in der Untersee. Der sonst nicht unbedeutende Fischreichtum erleidet dadurch eine schwere Einbuße. Große Neugier fische treiben seit vorgestern abend ganz oder halb verendet auf der Oberfläche des schlammigen Wassers, die deshalb stellenweise ganz weiß aussieht. Ihre Freude an diesem Sterben haben nur die wilden Fische, die die willkommene Beute mit Reßern und den Händen herausheben und öfter bis zu einem Centner wegschleppen. Nicht bloß kleine Fische, sondern auch stauische Welse, Hechte und kinderbarmende Käte kommen in dem Schlamm, der ihnen die Luft raubt, um. Nimmt man die noch lebenden Fische zeitig heraus und bringt sie in frisches Brunnenwasser, so erholen sie sich bald wieder. Die große Masse aber geht elend zu Grunde und die Wasserbau-Inspektion hat ihre Arbeit, die vertrocknenden Fischleichen wegzuschaffen.

60 Jahre Buchdrucker! Ein selbener Fest — das „Eiserne Jubiläum“ — bei geistiger und körperlicher Frische und stets gutem Humor ist dem Schriftsetzer Albert Hering, geboren am 18. Oktober 1828 in Berlin, heute beizukommen. Am 12. Juni 1848 begann er in der schon längst nicht mehr existierenden Buchdruckerei von Reisch in Berlin seine Buchdruckerlehre. Bald nach Gründung des „Verbandes der deutschen Buchdrucker“ wurde H. Mitglied desselben und hat in den 37 Jahren treu zu seiner Fahne gehalten. Aus seinem arbeitsreichen Leben sei u. a. erwähnt, daß er als Seiger an der Herstellung des damaligen Partei-Organ „Freie Presse“ während der ganzen Dauer ihres Erscheinens wächtig mitarbeitete und nach vielen Wechseln im Jahre 1887 in die „Norddeutsche Buchdruckerei“ eintrat, wo der „edle Don“, wie er von seinen Arbeitsgenossen genannt wird, heute noch als fast 75-jähriger Greis seinen Beruf ausübt. Dies Beispiel zeigt wieder, daß es dem Proletariat selbst nach einer 60-jährigen Tätigkeit nicht vergimmt, die Früchte seiner Arbeit im wohlverdienten Ruhestand zu genießen.

Durch einen herabfallenden Balken schwer verletzt wurde vorgestern nachmittag um 5 Uhr am einem Neubau in der Friedrichstraße der 34 Jahre alte Zimmermann Hermann Leder aus der Dresdenerstraße Nr. 8a. Er erlitt einen Bruch der rechten Schulter und des rechten Beines und mußte von der Unfallstation mit einem Korpsschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Durch einen Schuß ins Herz hat sich der frühere Gefangenenaufseher August Müller an der Lehrterstr. 19 das Leben genommen. Müller war beim Jellengefängnis in der Lehrterstraße angestellt, mußte aber vor einem Jahr wegen eines Nervensleidens schon mit 40 Jahren in den Ruhestand versetzt werden. Sein Leiden wurde so schlimm, daß er wiederholt seine Frau und die beiden Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren mit dem Seitengewehr oder dem Messer bedrohte. Da er sich nicht bewegen ließ, eine Anstalt aufzusuchen, so trennte sich die Frau mit den Kindern vor vierzehn Tagen von ihm und zog zu ihrer in demselben Hause wohnenden Mutter, da sie fortwährend ihr Leben ernstlich bedroht sah. Müller, der allein in der Wohnung blieb, wurde seit Montagvormittag nicht mehr gesehen. Als der Hausverwalter am Mittwochabend keine Wohnung mit einem Nachschlüssel öffnete, fand er ihn tot auf dem Fußboden liegen. Neben ihm lag ein Revolver, aus dem er sich eine Kugel in das Herz geschossen hatte, ohne daß jemand es hörte. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon mindestens 24 Stunden vor dem Auffinden der Leiche eingetreten war.

Hus den Nachbarorten.

Herr Hammer als Verleumder.

Wie wir bereits in unserem geistigen Bericht aus Zehlendorf mitteilten, hat Herr Hammer, der konservativen Kandidat des Kreises Teltow, die berechtigte Kritik, die Genosse Köster an seiner kommunalpolitischen Tätigkeit resp. Unfähigkeit geübt hatte, in der ihm eignen „objektiven“ Weise damit erwidert, daß er den Genossen Köster persönlich beleidigte, ihn als einen von Arbeitergeizigen lebenden berufsmäßigen „Deber“ bezeichnete. Später hat er dann im Privatgespräch mit einem Genossen die Behauptung aufgestellt, daß Köster für seine Tätigkeit 1000 M. aus der Parteikasse erhalte. Als der betreffende Genosse diese Behauptung als dresches Märchen bezeichnete, hat sich Herr Hammer damit „entschuldigt“, daß diese Behauptung ja „Dorfgespräch“ sei, als ob eine Verleumdung dann keine Verleumdung sei, wenn man sie andern Verleumdern einfach nachschwatzt! Abgesehen davon, daß das angebliche „Dorfgespräch“ jedenfalls erst von Leuten in Umlauf gesetzt worden ist, die Herrn Hammer schwerlich allzu fern stehen!

Nun ist es ja an sich ebenso wenig eine Schande, von Parteigeldern zu leben, wenn man dafür seine Arbeitskraft in den Dienst der Partei stellt, wie es für Staatsbeamte schmuckvoll ist, sich für dem Staate geleistete Arbeit bezahlen zu lassen. Von der Lust kann kein Mensch leben, auch Herr Hammer nicht, der vermutlich von dem aufgeschickten Mehrwert lebt, den er während seines ehemaligen Berufes als Kasermeister aus seinen Arbeitskräften herausgeschlagen hat. Für den Genossen Köster liegt aber die Sache so, daß er in seinem Verufe als Tischler seinen Unterhalt verdient und nur in seinen freien Stunden gleich den Tausenden anderer tätiger Genossen agitatorisch für die Partei wirkt, ohne selbstverständlich dafür Bezahlung zu erhalten. Würde er sich für diese aus Idealtönen geleistete Arbeit bezahlen und gar so hoch bezahlen lassen, wie Herr Hammer so dreist behauptete, so würde begreiflicherweise seine Tätigkeit in einem bedenklichen Lichte erscheinen. Es mußte deshalb dem Genossen Köster alles daran liegen, Herrn Hammer zur öffentlichen Zurücknahme seiner ehrenrührigen Behauptung zu veranlassen. Unser Genosse richtete daher sofort einen Brief an Herrn Hammer, in dem er ihn aufforderte, als anständiger Mensch seine Verleumdung zurückzunehmen. Herr Hammer jedoch beantwortete den Brief Kösters mit folgendem interessanten Schreiben:

Zehlendorf, den 9. Juni 1903.

Herrn Tischler Köster, hier!

Sie haben mich in der gröblichsten Weise beleidigt mit zwei unabweislichen Injurien und ich habe auf der Stelle erwidert. Und zwar: daß Sie zum Teil von Agitationsgeldern leben! Sie nehmen Ihre Beleidigungen nicht nur nicht zurück, sondern Sie erklären mir nicht einmal auf Ihr Wort, daß Sie niemals Agitationsgelder empfangen haben und da soll ich in den Wäutern etwas zurücknehmen? Ja, für wen halten Sie mich denn eigentlich, glauben Sie denn mich selbstigen zu können und ich solle schweigen? Und Sie drohen mir noch, ohne mir auf Ehrenwort zu versichern, daß Sie niemals Agitationsgelder empfangen haben.

In 27 Versammlungen habe ich gesprochen, aber noch in keiner derselben bin ich so roh beleidigt worden wie von Ihnen und Sie glauben noch mir mit Klagen zu drohen, ja, wenn Sie vorstehende Bedingungen nicht erfüllen, so habe ich mit Ihnen darüber nichts mehr zu verhandeln.

Hochachtung

H. Hammer.

Dieser Brief zeigt den konservativen Kandidaten von einer nichts weniger als vorteilhaften Seite. Zunächst verrät es eine höchst eigenartige Moral, aus politischen Angriffen eines Gegners für sich das Recht herzuleiten, diesen Gegner in persönlicher ehrenrühriger Weise zu beschimpfen! Ferner: Herr Hammer hat nicht die Spur eines Beweises dafür, daß Genosse Köster Agitationsgelder empfangen hat, er verlangt aber trotzdem, daß Köster ehrenwörtlich das Gegenteil versichern solle! Ganz abgesehen davon, daß schon in der Anfrageforderung Kösters an Hammer, seine Verleumdung zurück-

zunehmen, für einen vernünftigen Menschen die von Hammer verlangte Erklärung enthalten ist — seit wann ist es Pflicht eines leichtfertigen und grundlos Verleumdeten, feierlich seine Reinheit zu beteuern, statt dem Verleumder das Erbringen des Beweises oder den Widerruf zu überlassen?! Unser Genosse würde sich geradezu etwas verbeugen, wenn er sich nach dieser moralischen Selbstcharakteristik des Herrn Hammer noch zu weiteren Auseinandersetzungen mit diesem Herrn erniedrigte. Wohl aber wird er Herrn Hammer auf andern Wege zu dem Eingeständnis zu veranlassen wissen, daß er im politischen Kampfe schloße persönliche Verdächtigungen nicht gescheut hat, um einen ehrenwerten Mann in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, ohne sich auf etwas andres als ein aus trübsen Quellen fließendes verleumderisches Geschwätz stützen zu können!

Die Beilegung des Charlottenburger Kommunal-Konfliktes.

Die Mamen des Herrn Ströbler haben sich in der letzten Stadterordneten-Versammlung eine empfindliche Niederlage geholt. Noch vor wenigen Tagen konnten sie den Mund nicht voll genug nehmen, noch vor wenigen Tagen erhoben sie gegen den Magistrat die schwersten Vorwürfe und beschloßen im Ausdruß, die geforderten Etats-Ueberschreitungen nicht zu genehmigen. Ueber Nacht ist den Herren plötzlich die Erläuterung gekommen, daß es doch besser sei, klein beizugeben, und so traten sie denn wenige Minuten vor Eröffnung der Sitzung mit einem Antrage hervor, durch welchen den Mitgliedern, die die bekannten unwahren Aeußerungen gemacht hatten, zwar der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde, durch welchen aber im übrigen die Ueberschreitung des Armen-Stats um 77 000 M. rüdnweg genehmigt wird. Weiter empfiehlt der Antrag mit Rücksicht auf die erheblichen Meinungsverschiedenheiten, welche im Ausschusse über die Armenpflege herorgetreten sind, eine Aenderung der Organisation der Armenpflege nach folgenden Grundsätzen: a) es werden zwei ständige Verwaltungs-Deputationen, eine für die Armenverwaltung, die andere für die Waisenverwaltung gebildet, b) die Zahl der Deputationsmitglieder wird durch Gemeindefestsetzung festgesetzt. Alle größeren Ausgaben, die erforderlich werden, insbesondere auch für die Sendung in Kurs- und Heilanstalten, können nur unter Beschluß der Deputation erfolgen, abgesehen von dringenden Fällen. Für diese dringenden Fälle ist die nachträgliche Genehmigung einzuholen, c) die für Berlin, Schöneberg und Nixdof geltenden Bestimmungen, ebenso die Bestimmungen über die Privatwohlfahrt sollen bei der Ausarbeitung der neuen Organisation in Betracht gezogen werden.

Die Ströblerianer hielten es nicht einmal für nötig, diesen plötzlichen Umfall zu begründen; es bestand die Absicht, die ganze Angelegenheit ohne jede Debatte zu begraben; man stellte sogar an unsre Fraktion das Ansuchen, sich an der Diskussion nicht zu beteiligen. Natürlich konnten wir den Herren diesen Liebesdienst nicht erweisen. Im Gegenteil, unser Fraktionsredner Genosse Hirsch nahm nun erst recht die Gelegenheit wahr, das Verhalten der Mehrheit einer scharfen Kritik zu unterziehen, er ließ sich auch trotz der wiederholten Zurückweisungen des Herrn Ströbler, der es nicht für nötig hielt, den Vorschlag niederzulegen, nicht aus dem Konzept bringen, sondern führte seine Rede unter lebhaftem Beifall der Minderheit und Fischen der Mehrheit zu Ende. Redner betonte, daß der neue Antrag den klüglichen Rückzug bedeute, den man sich denken könne. Die Mehrheit sieht ein, wie schwach ihre Position ist, sie kann mit ihren mittelalterlichen Anschauungen nicht durchdringen. Das Streben der Steifemeren ist darauf gerichtet, Grundsätze in unsrer Armenverwaltung einzuführen, die von andern Gemeinden längst als veraltet über Bord geworfen sind, sie will die Armen einfach verhungern lassen, sie will von einer vorübergehenden Armenpflege nichts wissen, und warum? Um die Steuerzuschläge nicht zu erhöhen. Der Vortreiber hat den Ruf der Stadt aus das schwerste geschädigt und es ist eine starke Zumutung, daß ihm deshalb noch Dank ausgesprochen werden soll. Die Mittel, deren sich die Mehrheit bedient hat, sind solche, die man im ethischen Kampfe nicht anwendet. Von einer Prüfung ist keine Rede gewesen, für den Ausschuss gilt das sic volo, sic jubeo des Herrn Ströbler; der Magistrat soll das Gesetz übertreten haben, in Wirklichkeit hat er höchstens die lex Ströbler übertreten, ein Gesetz, das Herr Ströbler sich selbst schafft und das mit den Forderungen der Humanität in Widerspruch steht. Was die Mehrheit beschließt, ist gleichgültig, den einen Erfolg hat ihr Verhalten, daß bei den nächsten Wahlen ihre Herrschaft gebrochen wird. So wird sich die Mehrheit, die Vertreter der bestehenden Klassen, auch diesmal wieder erweisen als Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Ramens der Liberalen ging Stadterordneter Dr. v. Liszt scharf mit den Ströblerianern ins Gericht. Auf eine sachliche Erwiderung verzichteten die Herren, Herr Ströbler und seine Mitbeschuldigten erhielten das gewünschte Vertrauenstimm, die geforderte Etatsüberschreitung wurde bewilligt. So ist denn, wie Genosse Hirsch ausführte, die Komodie programmäßig verlaufen, es wurden einige Bankstrecken gehalten und Magistrat und bürgerliche Mehrheit, die sich eben noch gegenseitig als Lügner bezeichnet hatten, lagen sich verächtlich in den Armen.

Steglich. Dieser hängen! — Unse Gegner scheinen mit den geistigen Waffen am Ende ihres Lateins angekommen zu sein, denn sie beginnen jetzt mit Gemeinheiten zu operieren. Die „Steglicher Zeitung“ trägt ihrem wäderndenden Kommenten folgende bodenlose Verleumdung unfres Genossen Jubel auf:

Ein erbitterter Wahlkampf fand am Dienstagabend in einem Steglitzer Lokale in der Schlossstraße, dessen Besitzer wir auf seinen Wunsch verschweigen wollen, statt. Zwischen 7 und 8 Uhr waren in dem betreffenden Lokale eine große Anzahl Gäste anwesend, die über die Wahlperiode disputierten und durch ihre Meinungsverschiedenheiten hoch und heilig gerieten. Von seiten des sozialistischen Kandidaten Jubel waren nämlich mehrere Arbeiter abgesehen worden, die für seine Partei agitieren sollten, und diese Wintermänner gaben nun viel zum Besten. Das wäre ja auch ganz schön gewesen, wenn die Herren „Rechtsvertreter“, wie sie sich nannten, nicht zu weit gegangen wären. In ihrem betrunkenen Zustande, in dem sie sich bereits befanden, konnten sie keine Rücksicht mehr und gossen ganz einfach ihren Gegnern das Bier ins Gesicht. Nun konnten letztere aber auch keine Rücksicht mehr und mit Hilfe von Cafenzimmern wurden die jubelischen Vertreter unter Hurrorufen zum Lokal hinausverpeert.

Das ehrenwerte Blatt sollte wissen und weiß jedenfalls auch, daß der sozialistische Kandidat Jubel nicht nötig hat, Arbeiter nach Steglich zu schicken, um für ihn zu agitieren, das besorgt der hiesige sozialdemokratische Wahlverein viel gründlicher, vielleicht sogar gründlicher, als unsren Gegnern lieb ist. Das „zum Besten geben“ in Wahlanglegenheiten ist bis jetzt immer ein beliebtes Mittel unrer unanständigen Gegner gewesen, wir verwerfen solche Stimmenerwerbungen. Aber auch der sozialdemokratische Wahlverein agitiert nicht auf solche Weise, er besorgt eine ganz andere Politik. Wenn an der ganzen Sache überhaupt etwas Wahres ist, was wir bezweifeln, so handelt es sich um eine reine Privatangelegenheit der Betroffenen, die sie auch ganz allein mit den ordnungsparteilichen Knüppelhelden abzumachen hatten. So viel Bestand, um das zu begreifen, sollte doch selbst die Redaktion der „Steglicher Zeitung“ besitzen, von der man freilich im allgemeinen wenig erwartet.

Friedrichsfelde. In ganz kurzer Zeit sind mehrere Unfälle hier im Ort passiert, hervorgerufen durch übermäßig schnellfahrende Automobile. Geradezu lebensgefährlich ist das Ueberschreiten der Straßen, wenn Reuten in Doppelgattern oder Kartsdorff abgehalten werden. In eine dicke Staubwolke eingeschüllt rasen diese Fahrzeuge durch den Ort. Von polizeilichen Einschreiten hat man noch nichts vernommen. Ja, wenn es sich um sozialdemokratische Versammlungen handelte! Bekanntlich sollte die Fertigstellung des Rager Viehhofes

bis 30. Juni erfolgen. Später ist die Eröffnung auf den 15. Juli verschoben. Eine Fertigstellung auch bis zu diesem Zeitpunkt ist eine Unmöglichkeit, sind doch nicht einmal der Wasserturm, die Kanalstation usw. auch nur annähernd fertig. Die Ausschachtungsarbeiten für noch zu errichtende Baulichkeiten sind noch in vollem Gange. Dem Vernehmen nach muß die bauausführende Firma über den 1. Juli hinaus für jede Woche 5000 M. Konventionalstrafe zahlen.

Wie gebaut wird, möge folgendes illustrieren: Auf der an der Ostbahn liegenden Seite sättete man erst circa 10 000 Kubikmeter Boden auf und errichtete ein massives Gebäude darauf. Nach einiger Zeit wurde dieses Gebäude wieder abgerissen, die aufgeschüttete Menge Boden wieder abgeföhren und jetzt von dem ursprünglichen Niveau noch zwei Meter tief ausgeschachtet. Auch eine Berechnung! Der Landtag hat ja das Geld bewilligt.

Im Schlaf ins Wasser gestürzt und ertrunken ist am Dienstag in der Nähe von Rudow (Kreis Teltow) ein Wandersmann, welcher nach Ausweis seiner Papiere der am 12. November 1848 zu Groß-Fredenswäde (Kreis Templin) geborene Arbeiter Franz Höffler ist. Derselbe glaubte beim Bau des Teltowkanals Arbeit zu finden und befand sich auf dem Wege dorthin, wobei er seine geringen Habseligkeiten in einem Handkoffer mit sich führte. Ermüdet ließ er sich abends auf der Chaussee an einer Stelle nieder, die steil zu dem zur Ruhe gehörigen Wasserarm „alte Lanke“ abfällt, wobei er sich auf seinen Koffer setzte. Im Schlaf ist Höffler alsdann den Abhang hinabgestürzt, ins Wasser gefallen und ertrunken. Der Gastwirt Behrend aus Saarmund entdeckte morgens, als er dort vorüberfuhr, die Leiche und machte Anzeige.

Gerichts-Zeitung.

„Im Interesse der Strafrechtspflege“ behauptete die gestern vor dem Schöffengericht vernommene Zeugin Frau Wende gehandelt zu haben, indem sie im Auftrage des Kriminalkommissars Rode die Verkäuferin im Laden der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend veranlaßte, ihr für 10 Pf. Mehl zu verkaufen. Sowohl die Verkäuferin wie der Lagerhalter Schubart erhielten dann eine Strafanklage, weil sie entgegen dem Verbot des Genossenschaftsgesetzes an Nichtmitglieder des Vereins Waren verkauft hätten. Auch der als Zeuge vernommene Schuymann Rode behauptete, daß nach Urteilsprüchen höherer Gerichte und der Anweisung seiner vorgesetzten Behörde er befugt sei, zum Zwecke der Veranschaulichung der Genossenschaften in dieser Weise strafbare Handlungen herbeizuführen. Während die Verkäuferin die ihr auferlegte Strafe mit drei Mark bezahlte, hatte der Lagerhalter Schubart Einspruch erhoben. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Steinschneider beantragte Freisprechung, weil nach dem Gesetz nur die wissenschaftliche Zuverlässigkeit oder die Verletzung einer von dem Vorstand des Vereins erlassenen Anweisung — eine solche war nicht vorhanden — strafbar sei. Das Gericht entsprach diesem Antrage. Der Vorsitzende erklärte bei der Verlesung, daß die Zeugin Wende unvereidigt geblieben sei, weil sie sich der strafbaren Handlung mit schuldig gemacht habe. Keine Behörde und kein Gericht könne im höheren Interesse eine Handlung erlauben, die das Gesetz ausdrücklich verbiete, und das Genossenschaftsgesetz stelle ausdrücklich diejenigen unter Strafe, welche es unternehmen, die Verkäufer in Konsumvereine zur Abgabe von Waren an Unbefugte zu verleiten.

Verfammlungen.

In der öffentlichen Versammlung der Rohrer am Sonnabend hatte die Lohnkommission Bericht zu erstatten, über den den Unternehmern unterbreiteten Lohnantrag sowohl, als auch über die bereits eingegangenen Antworten der Unternehmer. Da die vorliegenden Antworten größtenteils nur nichtigende Redensarten enthielten, die Vorschlag der Unternehmer überhaupt noch nicht geantwortet hat, wurde folgender Antrag zum Beschluß erhoben: Der Verein der Rohrer soll so lange eine abwartende Stellung einnehmen, bis die Antworten der Unternehmer eingelaufen sind; die Lohnkommission bleibt in Permanenz. — Nachdem ein Kollege der Versammlung die Ziele und das Programm der Sozialdemokratie in längerem Vortrage auseinandergesetzt hatte, ersucht derselbe die Mitglieder, sich am 16. Juni den Wahlvereinen zur Verfügung zu stellen, auch den Tag, wenn irgend möglich, als Feiertag zu begehen.

Verein der Bauanschläger. In der Versammlung am 7. d. M. wurden 19 Kollegen aufgenommen. Es wurde beschlossen, in der Tariffrage gemeinschaftlich mit dem Verband der Bauanschläger vorzugehen. Ferner wurde beschlossen, am Tage der Wahl die Arbeit möglichst ruhen zu lassen und sich der Partei zur Verfügung zu stellen. Dem sozialdemokratischen Wahlfonds wurden 25 M. überwiesen.

Die Maler, Anstreicher und Lackierer hielten am 9. d. Mts. im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, um Beschluß darüber zu fassen, in welcher Höhe gemäß Beschluß der Generalversammlung für Berlin und Umgegend die Beiträge zu erheben seien. Nach einer sehr regen Debatte, in welcher die Redner sich teils für, teils gegen eine Festsetzung der Beiträge über 40 Pf. aussprachen, gelangte mit 180 gegen 113 Stimmen ein Antrag zur Annahme, vom 1. Juli d. J. ab die wöchentlichen Beiträge für 35 Sommerwochen mit 45 Pf., für die Winterwochen mit 15 Pf. zu erheben. Die Lackierer haben erklärt, über einen höheren Betrag als 40 Pf. nicht hinauszugehen zu wollen oder zu können.

Die Fuhrerträger hielten am 7. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Unter anderem brachte Beier einen Fall zur Sprache, wo die Fuhrer sich ihren Trägern gegenüber unsozialistisch gezeigt haben. Die Versammlung protestierte energisch gegen diese Handlungsweise und beschloß, die Sache den beiderseitigen Kommissionen zu überweisen. Nachdem noch aufgefördert war, sich recht rege an der Reichstagswahl zu beteiligen und am Wahltag möglichst die Arbeit ruhen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Witterungsübersicht vom 11. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. n. G. (°C) = (°F)	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. n. G. (°C) = (°F)
Eminende	753	W	4 wolkenl	18	63	Saparanda	753	W	4 wolkenl	7	30
Hamburg	752	SE	2 bedekt	16	61	Beiersburg	758	ED	2 wolkenl	20	68
Berlin	754	SE	2 wolkenl	18	64	Carl	759	SD	1 bedekt	14	57
Königs a. M.	757	WS	3 bedekt	16	61	Abderden	—	—	—	—	—
München	760	SE	3 bedekt	13	55	Paris	760	SE	1 wolkenl	15	59
Wien	758	ED	1 heiter	19	66	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Juni 1903! Etwas kühler, vielmal heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und ziemlich frühen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

S. E. Nichtsofenstraße. Besten Dank. War schon geplant. Kommt von nächster Nummer an täglich. — Münster. Die „A“ bedeutet, daß die Auflage auf der Dreidruckmaschine gedruckt ist. — 1875. Steht uns leider nicht zur Verfügung. — J. Friedrich Wilhelm-Rinstall für Arbeitamer, Adresse: Hofhaus, Berlin C. — Reichstag. 1893. — W. 500. Hier unbekannt. Fragen Sie bei der Direktion an. — Schönberg. Remmen wir nicht. Fragen Sie an bei der „Vollstimme“, Rogdeburg, Müngte. B.

